Informations-Dienst

zur Verbrei ung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 234 17.Juni 1978 | D 1870 CX

einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen voraus kasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf postscheckkonto 52 52 28 - 602 postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60) bitte stichwarter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse, noch besser: die abonummer

frisch, fromm, fröhlich...
...äh, ... na...








HAUSMITTEILUNG

Letzte Woche ist einiges in unserem Computersystem durcheinandergeraten und deshalb werden sich einige gewundert haben, daß sie den ID 233 gleich zweimal bekamen, während sich viele andere (genau 136) ärgern mußten, daß der ID nicht im Briefkasten lag.

Trotzdem nochmal im Briefkasten nachgucken, wir haben ihn nachgeschickt. Außerdem wurden Bezahlungen doppelt verbucht, was auf dieser ID-Adress-Etikette wieder korrigiert ist. Auf der Etikette steht also jetzt wieder die genaue Nummer des Heftes bis zu dem ihr bezahlt habt.

Viele schreiben uns, daß der ID nicht ankommt, obwohl sie das Geld dafür schon überwiesen haben. Aber – erstens dauert es mindestens 3 Wochen, bis nach der Einzahlung der ID bei euch ankommt. Zweitens können wir oft den Absender nicht lesen, weil er entweder zu undeutlich geschrieben ist oder aber der Bankdurchschlag unleserlich ist. Drittens kommt es immer mal wieder vor, daß die Anschrift überhaupt nicht draufsteht.

Wenn ihr schon umzieht, so schreibt uns das bitte rechtzeitig. Die Post schickt den ID nur dann nach, wenn ein Nachsendeantrag gestellt wird, auf dem auch das Nachschikken von Zeitungen vermerkt ist. Das kostet so um ne Mark rum

BETRIFFT: KONTAKTBEREICHSBEAMTE

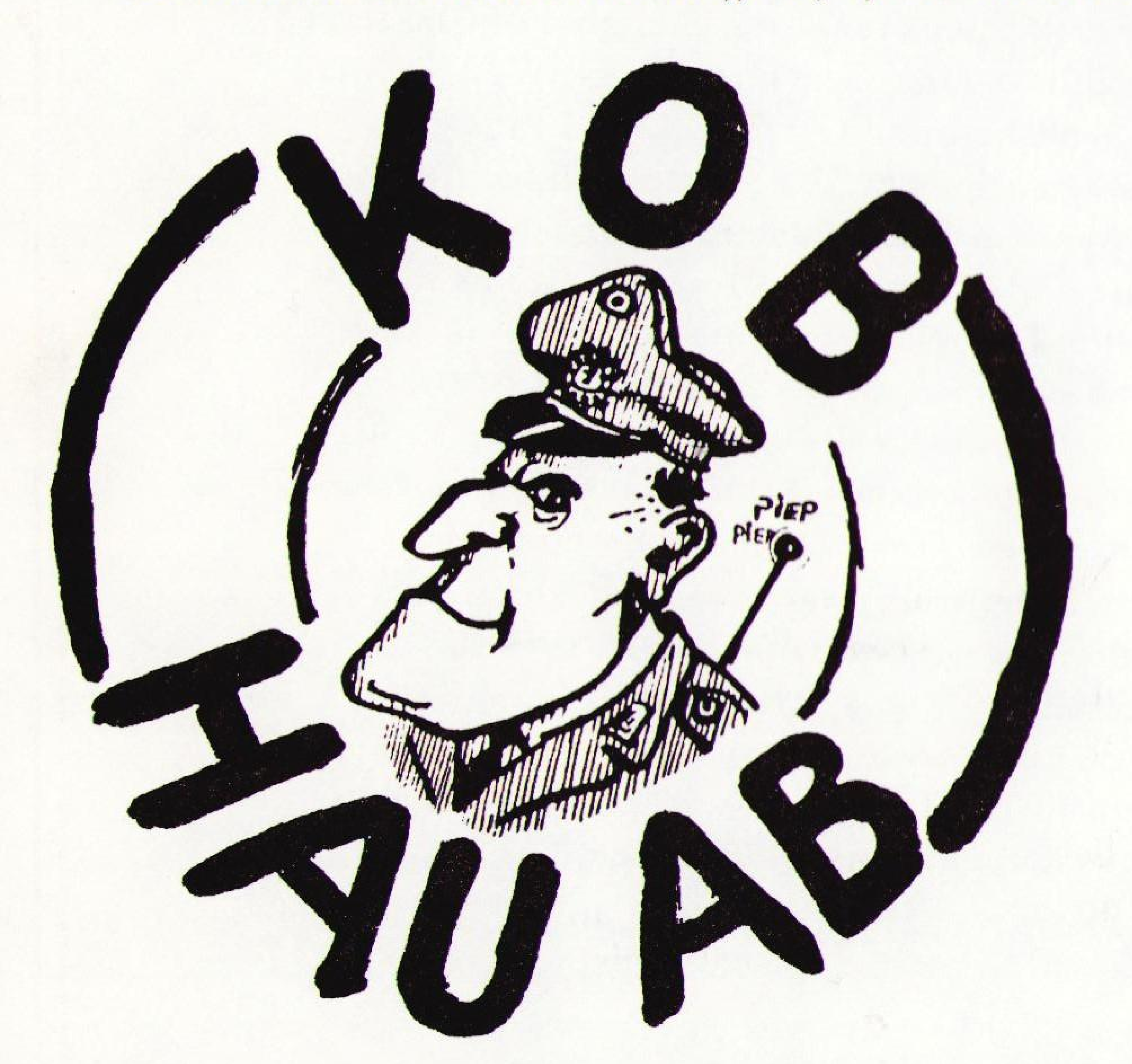
Mannheim
12. Juni

In Mannheim und in einigen anderen Städten Baden Würtembergs soll ab Herbst d.J. ein Versuch zur Einführung des Kontaktbereichsbeamten durchgeführt werden. Dieser Versuch hat den Zweck, einerseits die Reaktion der Bevölkerung auf die Durchführung dieses Vorhabens zu überprüfen. Anererseits wird damit auch versucht herauszubekommen, wie groß der Widerstand in den betreffenden Städten gegen jenen Versuch ist.

Hier in Mannheim haben sich einige Zusammenschlüsse gegen politische Unterdrückung, Bürgerinitiativen usw. zusammengefunden, um gemeinsam gegen dieses Vorhaben anzugehen.

Was uns für eine schlagkräftige Argumentation teilweise noch fehlt sind Erfahrungsberichte (auch "positiver" Natur) und Materialien aus solchen Städten, in denen der Kontaktbereichsbeamte schon tätig ist. Deshalb bitten wir all jene, die über solche Erfahrungen verfügen uns diese mitzuteilen. Zugleich fordern wir eventuell existierende Gruppen, die ähnlich wie wir etwas gegen die Einführung des Kontaktbereichsbullen unternehmen wollen auf, mit uns in Kontakt zu treten.

Kontaktadresse: Roland Arnold,„U 6, 9, 6800 Mannheim 1



FREAKHOTEL JOHANNISLUST SOLL GERÄUMT WERDEN

BIELEFELD
14. Juni

Seit 1970 gibt es in Bielefeld den Treff Johannislust, ein ehemaliges Ausflugslokal, das nach zwei Jahren Leerstehen besetzt und zu einem vielbesuchten Zentrum gemacht wurde. Am 21. Juni soll der Gerichtsvollziehen kommen, um eine Zwangsräumung der Bewohner zu vollstrecken. Daher rufen die Leute von der Johannislust auf, die ganze Umgebung zu einem Zeltplatz zu machen und so die Räumung zu verhindern. Es wird vorgeschlagen, schon am Wochenende vor dem 21.6. anzukommen, Zelte mitzubringen und auch ans Kochen zu denken.

Kontakt: Johannislust, Hochstr. 12, 4800 Bielefeld

THERAPIEHOF CHASSEOU: FÜR KRANKE AUS DER STADT

FRANKFURT
12. Juni

In der Provence in Frankreich scheint im Schnitt die Sonne 300 Tage im Jahr. Dort auf einem Hügel in der Nähe der kleinen Stadt F-04300 Forcalquier liegt der Therapiehof "Chasseou", der Platz für 25 Leute bietet. Auf dem Therapiehof, den es seit zwei Jahren gibt, leben die Teilnehmer in offener Gemeinschaft und haben die Möglichkeit, folgende therapeutische Maßnahmen zu erleben und zu erlernen:
Gruppenleben, biologischen Gartenbau, natürliche Ernährung, Sammeln und Anwendung von Heilpflanzen, Widerstandsanalyse in der Einzelbehandlung, analytisch ausgerichtetes Malen, Massage, Ausbildung zum Heilpraktiker. Der Aufenthalt auf dem Therapiehof kostet 100 Mark die Woche. Weitere Auskünfte und Anmeldung bei:

Heilpraktiker Gemeinschaftspraxis M. Schmitz/R. Rettig, Schaumainkai 3, 6 Frankfurt, Tel.: 0611/626817

DAS "SOGENANNTE LINKSRADIKALE BLASCHESTER"

München
12. Juni

Der Peter Dienstbier hat beim „Sogenannten linksradikalen Blasorchester" angefragt, ob es heuer an der Münchner Liedermacherwoche teilnehmen wolle. Der Heiner Goebbels hat für's Blasorchester zugesagt. Doch da stellte sich allsbald heraus, daß der Peter Dienstbier die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Fall den Münchner Kulturreferenten Dr. Jürgen Kolbe, gemacht hatte. Der nämlich veranlasste den Peter Dienstbier zu folgendem Schreiben an den Heiner:

Lieber Herr Goebbels, leider hat der Münchner Kulturreferent, Herr Dr. Jürgen Kolbe, mir untersagt, das "Sogenannte Linksradikale Blasorchester" bei unserer Liedermacherwoche auftreten zu lassen, mit der Begründung, der provokative Name dieser Gruppe sei, ungeachtet des Inhalts ihrer Darbietungen, politisch in München nicht tragbar bei einer städtischen Veranstaltung.

Im Zusammenhang mit dieser Sache wurden sogar disziplinarische Maßnahmen gegen mich eingeleitet.
Vivat liberalitas bavarica!
Mit freundlichen Münchner Grüßen, ihr Peter Dienstbier.

BETRIFFT: INDIANER-AUFKLEBER

WÜRZBURG
15.Juni

Wir bitten die Alternativ-Presse, der wir je 12 Aufkleber geschickt haben, dies mit 6,- DM zu begleichen oder die Aufkleber zurückzuschicken. Das Gleiche bitten wir die linken Buchläden, die das lesen. Wer Aufkleber haben will, bitte bestellen:

SUBI, c/o Utz Walther, Haus 17 1/2; 8701 Lindflur
Konto: Städtische Sparkasse Würzburg 2243046.

Bisher haben wir ca. 5000 Aufkleber verschickt.

EINLADUNG ZUR GEGENBUCHMESSE

Trier Juni 78 Die "Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage" lädt zur Gegenbuchmesse 1978 ein. Sie findet diesmal vom 16. bis 22. Oktober (täglich von 10 bis 22 Uhr) im Frankfurter "Haus Gallus", Frankenallee 111 statt. Aufgebaut wird ab 14., abgebaut bis 23. Oktober. Anmeldungen nimmt bis zum 23. Juni die **AGAV Information, Cornelius Retting, Neckarstr. 214, 7000 Stuttgart 1**, entgegen. Die Stände kosten etwas mehr als 1977 (großer Stand 300 Mark, kleiner Stand 150 Mark), dafür ist aber mehr Platz vorhanden als im vorigen Jahr (jeweils 2,70x1m Grundfläche oder 1,30x1m Grundfläche).

Preisnachlaß gibt es bei nachgewiesener Bedürftigkeit oder aktiver Teilnahme an der Messevorbereitung. Die Rechnung wird gleich nach der Anmeldung fällig. Die erste Mahnung wird bei Anmeldeschluß verschickt; Stände, die vier Wochen nach Anmeldeschluß noch nicht gezahlt haben, werden wieder gestrichen und anderweitig vergeben. Finanzschwache Kleinverlage können Gemeinschaftsstände mieten. Die Anmeldung für den Messekatalog ist bis zum 23. Juni möglich bei **editions treves, Postfach 1401, 5500 Trier.**

BROSCHÜRE ÜBER PROZESS GEGEN DIE AGIT–DRUCKER

WESTBERLIN 15.Juni Über die Geschichte des Agit-Druckkollektivs, seine Verhaftung und über den bisherigen Verlauf der Solidaritätskampagne ist aus Anlaß des Prozeßbeginns eine Broschüre erschienen. Sie ist für DM 4,- erhältlich beim linken Buchhandel oder beim **Maulwurf -Buchversand, Waldemarstr.24, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/6149858**

TAGESZEITUNGSDISKUSSION GEDANKEN ZUR LINKEN TAGESZEITUNG – UND FÜR EINE ALTERNATIVE NACHRICHTEN–AGENTUR



Von einem ID – Leser:

Obwohl ich in der Diskussion um eine sogenannte "linke" Tageszeitung nicht von Anfang an dabei war und deshalb viele Meinungen und Erwägungen nicht kenne, möchte ich ein paar Gedanken dazu schreiben:

Man verzeihe mir meinen Pessimismus, aber ich glaube, daß wir von einer linken Tageszeitung noch meilenweit entfernt sind. Der Weg vom wöchentlichen ID mit seiner doch recht großen Redaktion, u.a. gibt's da sogar ein Auslandsreferat (obwohl da höchst selten mal ein Bericht über's Ausland drinsteht – dabei stehen dem ID z.B. allein für die USA und Frankreich ausgezeichnete Informationen zur Verfügung) bis hin zur Tageszeitung, die im ganzen Bundesgebiet verkauft werden soll, ist lang und er ist für das „Selbstverständnis" (ich gebe da Marianne Kunze mit ihrem Artikel im ID 230 ganz recht) einer LINKEN Tageszeitung höchst gefährlich. Man kommt da sicherlich in die Mühlen des Erfolgszwangs, Hierarchien werden sich herausbilden, vieles Negative mehr wird entstehen. Aus einer linken Tageszeitung kann da im Handumdrehen eine nurliberale (ich wollte nicht scheiß-liberale schreiben) Zeitung werden.

DAzu weiß ich gar nicht, ob eine linke Tageszeitung so wichtig ist. Tageszeitungen sollen ja grundsätzlich schnell über Ereignisse berichten (dazu ist natürlich ein ungeheurer Informationsapparat und eine Menge Geld nötig). Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich es nicht für richtig, Arbeit und Energie in dieses große "Projekt linke Tageszeitung" zu stecken. Es gibt schon viele andere Tageszeitungen, die vor allem durch ihre finanziellen Mittel in der Lage sind, die Informationen von einem Tag auf den anderen zu publizieren – freilich tun sie das meist auf eine unerträgliche Art. Es wäre daher sicherlich eine Aufgabe Hintergruninformationen zu liefern, und das ist etwas, was meines Erachtens eine linke Zeitung leisten sollte. Es fallen mir da wenig Zeitungen ein, die das zur Zeit machen. Es ist so notwendig, die "Geschichten" hinter den Artikeln in der sogenannten bürgerlichen Presse herauszufinden und zu veröffentlichen.

Es gibt ja eine Unmenge linker Zeitungen und Zeitschriften in der BRD (die allerdings nur von einer ganz bestimmten Personengruppe gelesen werden – das ist ein ganz anderer Teil der Misere). Ich halte es für notwendig, die Arbeit dieser Zeitungen untereinander zu koordinieren. Und dazu wäre eines gut: eine alternative Nachrichtenagentur.

Ich habe gerade ein Jahr lang in den USA gearbeitet und habe da etwas die Lage der linken Presse kennengelernt, die ohne Zweifel wesentlich besser dasteht als die in der BRD (u.a. ist da eine linke Tageszeitung, herausgegeben von der Comunist Party – diese Tageszeitung hat allerdings wenig Bedeutung). Es gibt in den USA eine Vielfalt von linken Zeitungen und Zeitschriften, die größtenteils ungemein hochwertige Artikel bringen. Und das hängt auch damit zusammen, daß es dort mindestens zwei gute Nachrichtenagenturen gibt, die wöchentlich ein Informationspaket herausgeben, den LIBERATION NEWS SERVICE und den PACIFIC NEWS SERVICE. Auch in England gibt es ja eine alternative Nachrichtenagentur, den PEOPLES' NEWS SERVICE. Ich glaube, das ist der Punkt, wo in der BRD die Arbeit reingesteckt werden muß. Und so weit ist der ID nicht von einer Nachrichtenagentur entfernt.

Ich sage nicht, daß man den ID in eine Nachrichtenagentur umwandeln soll, aber ich meine, daß er durch eine Nachrichtenagentur ergänzt werden muß, deren Berichte über den ID-Rahmen hinausgehen (über das Ausland, gut recherchierte Berichte über "große" politische Ereignisse usw.). Dazu wäre eine gute Koordinationsarbeit mit Leuten in der BRD und im Ausland nötig, die (unentgeltlich und nebenberuflich) an der Nachrichtenagentur mitarbeiten. So würde das Ganze auch aus dem "Volk" heranwachsen (und in gewisser Weise sehe ich auch, daß es das Gute am ID ist, daß so viele Leute für ihn schreiben), und würde nicht, wie das bei der notwendigen Organisation in einer Tageszeitung der Fall ist, einfach über die Leute gestülpt.

Eine "linke" Nachrichtenagentur hat zwei Aufgaben: sie muß Berichte bringen, die sonst nirgends kommen und sie muß sich genauso darum bemühen Hintergrundinformation zu bringen. Ich sehe auch die Möglichkeit, daß sich aus der Nachrichtenagentur heraus schrittweise und organisch eine linke Tageszeitung entwickeln kann. So, wie ich das sehe, sind zur Zeit in der BRD die Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine linke Tageszeitung nicht gegeben. Außerdem halte ich es nicht für richtig, durch eine linke Tageszeitung ein Monopol zu schaffen, das im "Notfall" leicht zerschlagen werden kann. (Diese Gefahr ist zum Teil natürlich auch bei einer Nachrichtenagentur gegeben).

Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, über diesen etwas außerhalb der Diskussion gelegenen Gedanken weiterzureden. Aber ganz einfach aus meiner Erfahrung in den USA heraus möchte ich sagen, daß mir die Arbeit an einer Nachrichtenagentur viel sinnvoller erscheint als die Arbeit an einer linken Tageszeitung.

Für alle Leute, die mich auf diesen Artikel hin kontaktieren möchten, meine Adresse mit Grüßen an den Verfassungsschutz **Konrad Ege, Blumenstr. 13, 8961 Heising.**

DAS EINZIGE ZIEL: WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT VERBREITEN

Saint Ismier
2. Juni

Gleich der erste Beitrag (eines Ungenannten?) gibt Stoff zu Überlegungen.

Worum handelt es sich denn? Es sollen doch nicht die Alternativzeitungen, die eine bestehende Leserschaft von Linken periodisch versorgen, durch eine tägliche Information ersetzt werden? Wenn wir eine deutsche "Liberation" machen wollten, mit einer Auflage von 30 000, würden mir die aufgewendete Mühe und die Geldopfer leid tun. Denn der Leserkreis wäre derselbe, wie der der Alternativzeitungen, und nichts wäre verändert oder gewonnen.

Wenn wir aber eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wollen, die nicht ständig die Arbeitnehmer durch Krisen bedroht, die dem Arbeitnehmer seine menschliche Würde durch Mitbestimmung zurückgibt, die die grossen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft in Angriff nimmt, die von einer Profitwirtschaft nicht gelöst werden können, und wenn als Erstes wir den beginnenden Polizeistaat wieder in eine demokratische Gesellschaft verwandeln wollen, dann müssen wir das Gros der Arbeitnehmer hierfür gewinnen. Da in einer Demokratie die gute Hälfte der Bürger notwendig ist, um eine Politik durchzusetzen, da 3/4 unseres Volkes Arbeitnehmer sind, gilt es also, 2/3 der Arbeitnehmer für unsere Forderungen zu überzeugen. Das können wir nur durch eine Tageszeitung, die der heutigen geistigen Pervertierung fast der gesamten Bevölkerung entgegentritt, die die von den kapitalistischen Massenmedien eingeimpften Vorurteile und verdrehten Meinungen aufweicht und die Arbeitnehmer zur Erkenntnis ihrer selbst bringt. Was meint eigentlich der Diskussionsteilnehmer in Nr. 230, wenn er sagt: "ich befürchte . . . die Vorstellung . . . , mit der Tageszeitung liesse sich Wahrheit und Gerechtigkeit verbreiten . . . "? Darin sehe ich gerade das grosse, das einzige Ziel.

Diese grosse Aufgabe kann aber nur dann mit Erfolg angepackt werden, wenn die Zeitung den Leser ergreift, wenn sie interessant und spannend ist. Wer das zu machen versteht, sei er gelernter Journalist, sei er Aussenseiter, der soll die Zeitung machen.

Eine Bemerkung: wenn engagierte Laien sich in die Zeitungsarbeit hineinknieen, dann scheitern sie entweder, oder sie werden nach einiger Zeit selbst kompetent, tüchtig in ihrer Arbeit, und werden damit selbst zu Fachleuten. Möchten doch die grundsätzlichen Gegner des Professionalismus einmal an einem Beispiel darlegen, was sie eigentlich anders machen wollten, als ein guter Journalist! Sie könnten einen Artikel z.B. der FR hernehmen und einen (erfundenen) Gegenbericht vorlegen, wie sie selbst es besser machen wollten.

Interessant und spannend, das heißt auch schillernd. Will meinen, daß alle sich ausdrücken sollen. Mir schwebt da das Beispiel von "le Monde" vor, die markante Vertreter aus allen Richtungen zu Worte kommen läßt. Vielleicht zu sehr mit dem Nachdruck auf "markant". Aber das können wir ja anders machen. Nur eins müssen wir fordern: daß der Sprecher den Leser zu fesseln versteht.

Also Ziel der Zeitung ist nicht, Randgruppen als Plattform zu dienen, Linke sich "selbstverwirklichen" zu lassen oder gar irgendwelche Eitelkeiten sich ausleben zu lassen, sondern ein ganzes Volk zu überzeugen, daß wir am Randes des Abgrunds leben, daß die große Krise wiederkommen kann und mit ihr der Faschismus, daß die von uns aufgerüstete dritte Welt sich eines Tages gegen uns richten kann; und aufzuzeigen, daß wir alle glücklicher, friedlicher leben könnten, wenn wir das System bei uns selbst verändern und wenn wir ohne verlogene, hinterlistige Eingriffe versuchen wollten, zur Entwicklung und zum Gleichgewicht der übrigen Welt beizutragen.

Eine Bitte zur Diskussion:

Drückt Euch klar aus!

Ich finde in dem ersten Diskussionsbeitrag einige Stellen, an denen ich geknobelt habe, was der Verfasser eigentlich sagen wollte. Grammatik und Zeichensetzung sind keine schulmeisterlichen Erfindungen, sondern dienen dazu, Gedanken klar erkennbar darzustellen. Wer das nicht beherrscht, soll das Zeitungsschreiben sein lassen, damit nicht der Leser unzufrieden das Blatt beiseite legt.

Wir müssen groß sehen, wenn wir nicht einen Schlag ins Wasser führen wollen!

Walter Hinze, chemin du Mas, F – 38 330 Saint Ismier.



HALLO, HERR MINISTER MAIHOFER . . .

FRANKFURT
6. Juni

Der Bund Deutscher Pfadfinder hat uns eine Kopie des Offenen Briefes, den die Landesdelegierten-Konferenz der Hessischen Pfadfinder-Jugend, am 4. Juni an den inzwischen zurückgetretenen Bundesinnenminister Maihofer sandte, zukommen lassen. Wir drucken ihn gekürzt ab:

Hallo, Herr Minister,

die Landesdelegierten-Konferenz des Hessischen "Bund Deutscher Pfadfinder/Bund Demokratischer Jugend" hat mit Interesse und Vergnügen der "Frankfurter Rundschau" entnommen, daß die Zeitung "Hessischer Landbote", die Gruppen unseres Landesverbandes in Zusammenarbeit mit zahlreichen Jugendzentrumsinitiativen und anderen selbstorganisierten Projekten herausgeben, Verfassungsschutz und Bundesgrenzschutz (BGS) offensichtlich derart gefährlich erscheint, daß sie in deren Liste der "linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Druckwerke" aufgenommen wurde.

Als wir dies erfuhren, waren wir zunächst sehr betroffen, wollten protestieren und bei Ihnen anfragen, ob es schon wieder so weit sei, daß demokratische Jugendorganisationen bespitzelt werden und jeder, den BGS und Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung seines Rechts der freien Meinungsäußerung erwischen, in schwarze Listen wandert.

Als wir jedoch nachprüften, was nach Verfassungsschutzlologik alles an unserer Zeitung verfassungsfeindlich sein könnte, merkten wir bald, daß Ihre Leute eigentlich doch recht hätten. Das fängt ja schon beim Namen der Zeitung an: "Hessischer Landbote". Das ist zugegebenermaßen verdächtig, denn eine Namensgleichheit mit Georg Büchners Darmstädter Landboten ist unverkennbar, ja sogar beabsichtigt, die Fortsetzung einer demokratischen Tradition für uns Programm.

Dann müssen wir natürlich auch zugeben, daß wir die Büchnersche Parole "Friede den Hütten – Krieg den Palästen" stiebitzt und auf unser Titelblatt gesetzt haben. Sicher, es ist ein bißchen sehr historisches und martialisches Bild, zumal wir alle unverhältnismäßig friedliebend sind. Aber es gefiel uns halt. Gebongt, daß das verdächtig ist, weil natürlich Ihre Spitzel Palästen immer näher gestanden haben als Hütten. Und woher sollen Ihre Verfassungsschützer auch wissen, daß das ein Zitat von Büchner ist? . . Zudem ist es dem BGS nicht zu verdenken, daß er nicht in historischen Dimensionen denkt – außer wenn er sein Waffenarsenal als überaltert darstellt, um neue Panzer zu bekommen.

Als wir uns dann den Inhalt z.B. von unserem letzten "Landboten" nochmal angesehen haben, waren wir zunächst vonwegen der Verfassungsfeindlichkeit ziemlich ratlos. Nachdem wir uns dann allerdings mal so richtig in einen Polizeispitzel reingedacht hatten – obwohl's bei uns ziemlich gedauert hat, ehe wir das richtige Verfassungsschutzfeeling hatten – haben wir's dann voll gecheckt. Also in der letzten Nummer des "Hessischen Landboten" berichten mehrere Jugendliche, arbeitende und arbeitslose, über ihren Alltag – was sie so den ganzen Tag machen, was sie dabei denken und wovon sie dabei träumen. Na, spätestens bei den letzten beiden Worten muß jeder Spitzel ganz heiß und fickerig werden: "denken" und gar "träumen"; nicht auszudenken, wenn das dazu führte, daß der Verfassungsschutz eines Tages ausgeträumt hat.

Auf den nächsten Seiten unseres "Landboten" stellen dann verschiedene Jugendzentren und eine Dorfzeitungsredaktion ihre Arbeit vor. Daß das zu radikal ist, geben wir auch zu, denn die Jugendlichen machen dort was aus eigenem Antrieb und völlig selbstorganisiert. Das kann sich – zugegeben – kein Spitzel vorstellen. Denn wenn er was macht, ist das immer kraft Amtes, und im Zweifelsfall hat er immer noch einen Minister, der sich davorstellt . . .

Dann gibt's im "Landboten" 'ne Reihe von Berichten über Repressionen gegen Jugendzentren, Medienzensur, Jugendpolizei, Kernkraftwerke, Nachrichten, Meldungen, Tips, ein Lied, Hinweise etc. Auf den ersten Blick ziemlich unverdächtig. Aber jeder Verfassungsschützer weiß natürlich, daß gerade diese unverdächtigen Dinge größten Verdacht verdienen. Und richtig, da ist auch eine Karikatur mit der Sprechblase: "Es muß etwas geschehen". Na also, wenn das nicht mindestens ein heimlicher Aufruf zur Gewalt ist!

Wir vertreten ein Konzept von Jugendarbeit, das jede Form von Indoktrination und Fremdsteuerung – sei es durch Führer oder ZK's – ablehnt und auf die Selbstorganisation der Betroffenen setzt. Wir finden, daß unsere Arbeit am Alltag, an den Bedürfnissen und am Lebenszusammenhang der Betroffenen orientiert sein muß und so offen, daß die Jugendlichen lernen, selbst zu formulieren und durchzusetzen, was sie weiterbringt . . .

Klar, das ist für einen Verfassungsschützer, der klare Feindbilder liebt, etwas verwirrend, weil er uns weder in die Schublade traditioneller Parteien oder Verbände, noch in die kommunistischer oder gar terroristischer Organisationen stecken kann. Aber über die Sorgen der Verfassungsschützer haben wir uns eben bis heute – zugegeben – zu wenig Sorgen gemacht.

Uns tröstet aber, daß Vorgehensweisen des Verfassungsschutzes wie gegen uns offenbar eine lange Tradition haben. Viele Verfassungsschützer sollen ja schon in der Gestapo und SS geübt haben. Und aus der Telefonabhör- und der Traube-Affäre haben wir gelernt, daß der Verfassungsbruch – in Ihren Kreisen wohl meist "übergesetzlicher Notstand" genannt – halt zum Handwerk der Verfassungsschützer gehört, wie ein Minister, der ihn nachträglich rechtfertigt. Und da sicher alle uns werten Personen wie etwa Bloch, Böll, Brecht, Gollwitzer oder Niemöller, das Interesse Ihrer Behörden erweckt haben, meinen wir mittlerweile, daß wir stolz sein können, in dieser Tradition von diesen Verfassungsschützern als verfolgungswürdig zu gelten. Es soll uns ein steter Ansporn bleiben im Kampf für eine demokratische Gesellschaft, die der übergesetzlichen Notstände, der Spitzel, schlicht gesagt der Herrschaft von Menschen über Menschen nicht mehr bedarf.

In verfassungsschützender Verbundenheit

Ihre Landesdelegierten-Konferenz

i.A. Rolf Klatta
(1. Vorsitzender)

PS. Wir hören – jetzt wieder mit unseren Normalmaßohren – Sie träten grundsätzlich nie zurück, selbst wenn Ihre Verfassungsschützer die Verfassung klauten – natürlich ohne Ihr Wissen. Wir beehren uns, Ihnen dazu folgenden neuen Pfadfinderspruch zu widmen: Ein Grundsatz ist noch kein hinreichender Grund.

Noch ein PS. Wenn Sie den "Hessischen Landboten" mal selbst lesen möchten, ist er über den BDP/BDJ, Hamburger Alle 49, 6 Frankfurt/Main zum Preis von 1,- DM und 0.50 DM Porto oder zum Förder-Abo von mindestens 2,- DM zu abonnieren oder einfach von der zuständigen Verfassungsschutzbehörde anzufordern.

SCHIKANE BEIM GRENZÜBERTRITT NACH FRANKREICH

Trier 15. Juni — *Aus Trier erreichte uns der folgende Bericht über einen Versuch, an einer Anti-AKW-Demonstration in Frank reich teilzunehmen:*

"Wir der Konvoi der Trierer und Koblenzer, wollten beim Übergang Perl/Apach rüber. Unsere Befürchtung, die Franzosen würden die Grenze dicht machen schien sich dort nicht zu bewahrheiten. Zwar wurden wir schon an der deutschen Station von einem französischen Grenzer erwartet, der unsere Ankunft über Funk weitermeldete. Der sicherte uns jedoch zu, wir könnten rüber, falls wir uns friedlich verhielten. Nachdem der Bundesgrenzschutz (BGS) unsere Personalien und Autonummern gecheckt hatte fuhren wir zur franz. Station, wo uns Uniformierte und Zivile empfingen. Sie trugen unsere Personalien und Autokennzeichen in Listen ein und durchsuchten die PKW's.

Schließlich sah es so aus, als könnten wir weiter. Die ersten beiden winkten sie auch wirklich durch. Doch dann kam der erste Hammer: Uns, der Besatzung des dritten PKWs gegenüber erklärte ein Ziviler, wir dürften nicht durch. Die Begründung: Sie hatten für Trier bestimmte Plakate und Flugblätter bei uns gefunden, die zur Demo in Hannover am 10.6. gegen die Grohnde-Prozesse aufriefen. Der Zivile bot uns zunächst an, die Sachen gegen Quittung zu beschlagnahmen und bei der Rückkehr wieder auszuhändigen, erhielt jedoch Anweisung von seinem Vorgesetzten, uns auch nicht ohne die Sachen durchzulassen. Alle Verhandlungen nützten nichts, jede nähere Begründung wurde uns verweigert. Auch die Besatzung eines Koblenzer PKWs durfte nicht hinein, weil sie darin Unterrichtsmaterialien zum AKW-Mühlheim-Kärlich fanden. Ein Motorradfahrer konnte ohne seine angeblich zu laute Maschine durch.

Der Willkürcharakter dieser Maßnahmen zeigt sich schon daran, daß andere PKWs, in denen sie dasselbe fanden, nicht zurückgeschickt wurden. Als alle anderen Autos die Erlaubnis zur Weiterfahrt erhalten hatten, beschlossen wir nach kurzer Beratung, alle außer den Zurückgewiesenen sollten weiterfahren.

Nach dieser zeitraubenden Prozedur fuhren wir Unerwünschten nach Luxemburg, um es bei 'nem luxemb.-franz. Grenzübergang noch mal zu versuchen. Schon beim deutsch-luxemb Übergang Remich klärte uns ein BGSler auf, daß sie über unsere Rückweisung Bescheid wüßten. Am nächsten Übergang überprüften dann die Franzosen genau unsere Personalien, wußten also mit Sicherheit wer wir waren. Nachdem die uns noch ne Viertelstunde festgehalten haben, durfte wir auf einmal nach Frankreich rein. Das ganze Theater war also auf Schikane und Verzögerung abgestellt, erinnerte im Kleinen an das, was manche von uns auf der Fahrt nach Kalkar durchgemacht hatten.

Nach der Demo ging es über Apach zurück, wo immer noch unsere alten Bekannten Wache schoben. Sie winkten uns erneut rechts ran und strichen unsere Namen aus ihren Listen aus. Daß unsere Namen trotzdem im französischen Computer sind dürfte klar sein.

Wie wir später erfuhren, wurden die Insassen des VW-Busses aus Saarlouis, der ebenfalls zur Demo unterwegs war, am Übergang Niealtdorf von den Franzosen einer Leibesvisitation unterzogen. Die Frauen mußten, nachdem sie sich nackt ausgezogen hatten, noch 'nen Schritt vor- und zurückgehen. Es hätte ja sein können, daß Waffen oder ähnliches aus ihnen rausgefallen wäre.

Bleibt noch zu hoffen, daß im Falle einer atomaren Katastrophe der radioaktiven Wolke ein Grenzübertritt genauso schwer gemacht wird wie uns."

POLIZEI DURCHSUCHT AUTO DER 'SCHMETTERLINGE'

GIESSEN
Juni 1978

Folgende Notiz stammt aus der Giessener Zeitung ‚Elephantenklo', Nr. 15:

Am Tag nach der Aufführung der 'Proletenpassion' in Giessen wollten die 'Schmetterlinge' wieder nach Wien zurückfahren. Kurz vor der Abreise tauchte ein Ziviler und zwei uniformierte Polizisten auf und durchwühlten den Lieferwagen der 'Schmetterlinge'.

Nach mehreren Rückfragen mit den 'Schmetterlingen' ergab sich folgendes Bild:

Die 'Schmetterlinge' haben in einer Gaststätte mit einem Gast über Atomkraftwerke diskutiert. Dies hat wahrscheinlich ein anderer Gast gehört. Er reagierte daraufhin so, wie sich das Bundeskriminalamt das immer wünscht: Er witterte sofort Gefahr - als er auch noch sah, daß diese Leute ein großes Auto mit ausländischem Kennzeichen fahren und alarmierte pflichtbewußt die Polizei.

Denn Atomkraftwerke + Kleinbus = Verdacht auf Terrorismus.

So siehts inzwischen aus in unserem Land.



Kommen sie am Samstag über die Grenze?

rö. **Aachen, 8. Juni**

Kommt es am Samstag, 10. Juni, zu einer blutigen Schlacht zwischen Bundesgrenzschutz und militänten Demonstranten?

In der ganzen Bundesrepublik hat ein „Völkerbund – Sektion grenzenlose Freiheit" zu einem „Kollektiven Grenz-TÜV" am Übergang Aachen/Bildchen aufgerufen.

Die Genossen sollen provokativ linke Untergrund-Schriften mitführen und prüfen, ob sie so über die Grenze kommen, wo sie sich mit belgischen Gesinnungsfreunden zu einer Fahrt nach Lüttich vereinigen wollen. Nach Schätzungen von Sicherheitsexperten werden auf deutscher Seite über 1000 Demonstranten erwartet.

ERFOLGREICHE AKTION "GRENZENLOSE FREIHEIT"

Aachen
14. Juni

Am Samstag, dem 10. Juni ist es einhundert Personen gelungen, mit 30 PKW's und einem Fahrrad die deutsch-belgische Grenze bei Aachen ohne langwierige Kontrollen und Computereintragungen zu überschreiten. Zu diesem ungewöhnlichen Vorgang konnte es kommen, weil der "Völkerbund – Sektion grenzenlose Freiheit" angesichts der maßlosen Schnüffelpraxis an den BRD-Grenzen zu einer demokratischen Aktion aufgerufen hatte, um die deutschen Grenzschützer einer Kontrolle zu unterziehen (siehe ID 232). Es sollte herausgefunden werden, ob auch tatsächlich alles, was auf den Listen des Bundesinnenministeriums steht kontrolliert und registriert wird und es sollte Amtshilfe geleistet werden, indem noch nicht indizierte Schriften zur Indizierung vorgelegt werden.

Wie gesagt, 100 Personen aus dem bundesedeutschen Raum sind dem Aufruf gefolgt, haben sich auf dem Campus der Universität getroffen, haben ihre Autos weithin sichtbar kenntlich gemacht, um den Grenzern die Arbeit zu erleichtern und sind bei windigem Wetter um 14 Uhr in Richtung Grenze abgefahren. An der deutschen Grenzstation wurde die Kolonne bereits erwartet. Ein übereifriger mußte beim Eintreffen der Kolonne von einem vorgesetzten Schützer daran erinnert werden, daß es



doch abgesprochen war, die Kolonne passieren zu lassen und in nicht ganz einer Minute waren alle über die deutsche Grenze gekommen. Keine Kontrolle, keine neuen Erkenntnisse – insgesamt ein schlechtes Ergebnis für die deutschen Grenzer und bei vielen kam der Verdacht auf, daß es sich bei den Beamten an der Grenze um Gegner der Verfassung handeln könne.

Die belgischen Grenzschützer, etwa 500 m entfernt, nahmen ihre Arbeit auch nicht richtig ernst. Jedem zweiten Wagen wurden die Ausweispapiere entnommen, allerdings ohne richtig begutachtet zu werden. Sie wanderten von der linken in die rechte Hand des Grenzschützers zurück in den Wagen. Die Vorhersage der Bild–Zeitung, daß es zu einer blutigen Schlacht zwischen 1000 Mitgliedern des Völkerbundes und dem Bundesgrenzschutz kommen würde ging nicht in Erfüllung. Ein wahrscheinlich frustrierter Bild-Reporter mußte ohne eine Story nach Hause schleichen.

Hinter der belgischen Grenze erwarteten Freunde aus Belgien die Grenzgänger. Ein Sprecher des Völkerbundes bezeichnete in einem Interview mit dem belgischen Fernsehen die Aktion als einen Sieg derer, die sonst an den Grenzen allein wegen ihres Aussehens oder dem Typ ihres Autos eingehenden Kontrollen unterzogen werden. Bei einem anschließenden Treffen in Lüttich wurde bedauert, daß nur so wenige dem Aufruf des Völkerbundes gefolgt sind, um ihren spontanen Protest über die Schnüffelpraxis zum Ausdruck zu bringen.

RESOLUTION GEGEN DIE BUNDESGRENZSCHUTZLISTEN

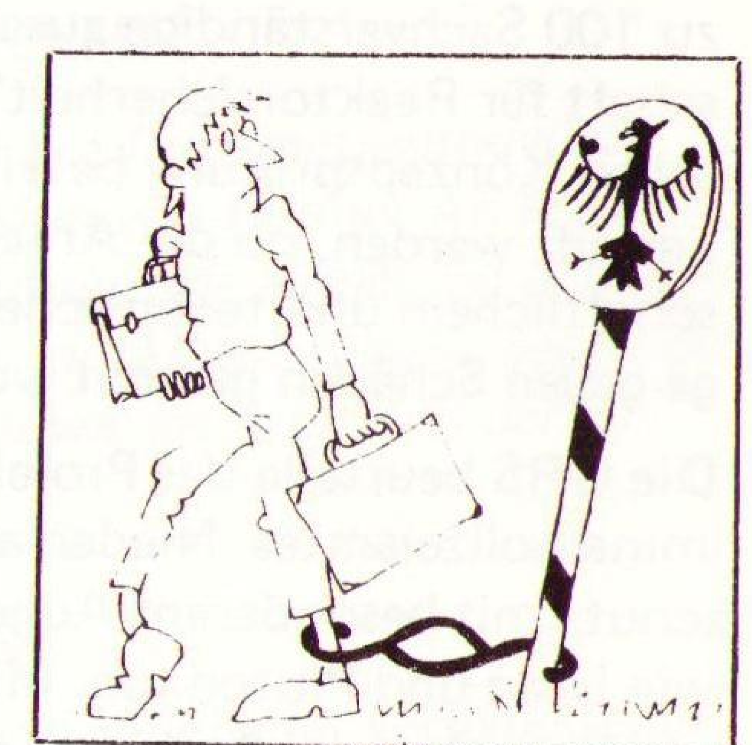
Köln Die Zeitschrift "SPUREN - Zeitschrift für Kunst und 12. Juni Gesellschaft", hat eine Resolution entworfen, die sich mit dem Bundesgrenzschutzlisten befaßt und eventuell in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht werden soll. Redaktionen von betroffenen und noch nicht betroffenen Zeitungen sowie auch andere sind gebeten, den Text entweder zu unterschreiben oder aber Änderungsvorschläge an die Redaktion von "Spuren" zu senden. Adresse: **Spuren, Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft, Gilbachstr. 34, 5000 Köln 1, Tel. 0221/ 51 78 87.** *Hier der Text:*

"Ende Mai wurden Listen von 239 bzw. 287 "linksextremistischen" bzw. "linksextremistisch beeinflußten " Organisationen und Zeitschriften veröffentlicht. In Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz und mit Hilfe des Bundesgrenzschutz hat das Bundesinnenministerium an Hand dieser Listen an den Grenzen und auf den Flughäfen der Bundesrepublik Kontrollen durchführen lassen. Ziel dieser Ermittlungen, die offenkundig bis zum heutigen Tage andauern ist es, Mitglieder und Freunde demokratischer und sozialistischer und kommunistischer Organisationen sowie die Leser fortschrittlicher Zeitungen zu erfassen und zentral zu registrieren.

Der mit den Listen des Innenministeriums geführte Angriff zielt auf die Kriminalisierung der betroffenen Organisationen und Zeitschriften sowie auf die Einschüchterung ihrer Freunde und Leser. Neben der politischen soll auch die wirtschaftliche Existenz der betroffenen Zusammenschlüsse und Publikationsorgane empfindlich getroffen werden. Der staatliche Angriff verletzt einschneidend die im Grundgesetz garantierte Pressefreiheit und verschärft den Regierungskurs gegen die oppositionelle Presse, der durch die Verabschiedung des § 88a vorgezeichnet ist, noch weiter.

Darüberhinaus beschneiden die Maßnahmen des Bundesinnenministeriums die demokratischen Rechte insgesamt. Sie stellen ein massive Bedrohung eines jeden Staatsbürgers dar, der von seinem fundamentalen Recht Gebrauch macht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren und Publikationen jeder Herkunft und beliebigen Inhalts zu lesen und mit sich zu führen. Die genannten Maßnahmen ziehen das Netz staatlicher Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei noch enger zusammen und bedeuten eine wesentliche Verschlechterung des politischen Klimas in unserem Land.

Wir protestieren gegen die Kontrollmaßnahmen des Bundesinnenministeriums auf das schärfste. Wir appellieren an unsere demokratischen Kollegen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, sich unserem Protest anzuschließen, gemeinsam Solidarität gegen diesen auch sie bedrohenden Angriff auszuüben und sich dafür einzusetzen, daß die diskriminierenden Listen sofort aus dem Verkehr gezogen und alle auf ihrer Grundlage gesammelten Daten vernichtet werden."



DER PRAKTISCHE WIDERSTAND MUSS SOFORT BEGINNEN

GORLEBEN Mai 78 *Dieser Artikel ist dem Anti-AKW-Telegramm Nr. 12 entnommen. Zu beziehen über AK Politische Ökologie, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel.: 040/402782*

"Im Landkreis Lüchow- Dannenberg wird seit einigen Wochen gebohrt. Nach Wasser – wie es allgemein heißt. Obwohl sich die Bohrungen langsam aber stetig in das Gebiet um Gorleben/Trebel, wo bekanntlich die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und die zentrale Atommüll-Deponie entstehen sollen, zu bewegen und obwohl die Bohrungen von der selben Firma ausgeführt werden, die s.Z. auch im Gebiet von Lichtenhorst 'nach Wasser' zu bohren versuchte, wo bekanntlich vormals vorgesehen war, eine WAA und Atommüll-Deponie zu errichten, was dann jedoch aufgrund des breiten und konsequenten Widerstandes seitens der Bevölkerung verhindert wurde, glauben immer noch eine Reihe von Umweltschützern aus dem Gebiet Lüchow-Dannenberg, die augenblicklichen Bohrungen dienten tatsächlich dem guten Zweck, nach Wasser und nur wegen neuer Wasserquellen zu bohren. Diese Auffassung ist offensichtlich auch des-

halb vorhanden, weil der Graf von Bernstorf, dem weite Wald-Ländereien in dem Gebiet gehören und der in der BI Lüchow-Dannenberg mitarbeitet, sagte, auch er lasse augenblicklich in seinen Wäldern nach Wasser und nur des Wassers wegen bohren.

Daß die oben genannten Bohrungen jedoch offenstichlich ganz anderen Zwecken dienen, wurde jetzt, am Freitag, dem 31.3. 78 in Hannover bekannt. Hier erklärte der (zuständige) niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) nämlich folgendes:

Das Konzept für das nukleare Entworgungszentrum in Gorleben werden 'zügig' geprüft. Der Minister gab außerdem bekannt, welche Sachverständigen die Anträge der 'Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen' (DWK) und der ,Physikalisch-Technischen Bundesanstalt', Braunschweig, prüfen. Weiter erklärte Schnipkoweit: Bereits in den nächsten drei Monaten werden an zahlreichen Meßstellen im Landkreis Lüchow-Dannenberg Wasserproben und biologische Proben in 14-tägigem Rhythmus für wasserchemische und wasserbiologische Untersuchungen entnommen. Für die ökologische Begutachtung sollen vorerst mindestens die Vegetationsperioden 1978 und 79 intensiv ausgewertet werden. Für diese Untersuchung einschließlich der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Atommülldeponie sind Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen unter Leitung der Firman 'Planco Consulting GmbH' (Anschrift: Hamburg 26, Horner Weg 22, Tel.: 21 88 62 oder 21 88 66) und ' Großforschungsbüro Grossner' ((Anschrift ist wahrscheinlich: Firma Wolfgang Großner, Dipl.-Ing. Architekt Büro, Hamburg 76, Barmbeker Markt 19, Tel.: 29 15 11) beteiligt.

Seitens der Technischen Überwachungsvereine (TÜV) sind bis zu 100 Sachverständige zusammen mit Experten der 'Gesellschaft für Reaktorsicherheit' (GRS) an der sicherheitstechnischen Konzeptprüfung beteiligt, sagte Schnipkoweit. Es solle geprüft werden, ob die Anlage ohne Endlager (?) nach wissenschaftlichem und technischem Stand der erforderlichen Vorsorge gegen Schäden gerecht werde.

Die GRS beurteile das Projekt unter Mitarbeit des Landeskriminalpolizeiamtes Niedersachsen auf Objekt- und Sabotageschutz mit besonderem Augenmerk auf spaltbares Material wie Uran und Plutonium. Mit der Prüfung der Brand- und Explosionsschutzmaßnahmen sei der 'Germanische Lloyd', Hamburg, beauftragt (Anschrift: Germanischer Lloyd, Hauptverwaltung, Hamburg 11, Vorsetzen 32, Tel.: 36 1491). Mit einem meteoroligischen Gutachten sei der Deutsche Wetterdienst beschäftigt (Deutscher Wetterdienst, Hauptverwaltung: Offenbach/Main), da die Ausbreitung von Schadstoffen in der Luft wesentlich von Witterungsverhältnissen am Standort abhängig sei. Später solle ein mehrjähriges Meßprogramm am Standort der Anlage oder in dessen Nähe erfolgen. Für die Konzeptprüfung des Endlagers, bei dem geologische und bergtechnische Probleme im Vordergrund stünden, seien das Niedersächsische 'Landesamt für Bodenforschung' und das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld zuständig. Sie prüften das Konzept vor allem auf die Einlagerung radioaktiver Stoffe hin. Aufgrund der 'vorliegenden' Daten' über den Gorlebener Salzstock solle zudem ermittelt werden, welch Bohrungen überhaupt und unbedingt erforderlich seien.



ALS NÄCHSTE DIE ZEUGEN IN DEN KNAST

BREMEN 10. Juni *Aus Bremen schicken uns Zeugen, die in den Grohnde Prozessen ausgesagt haben, diesen Artikel:*

„Am 24.2.1978 wurde Linda Engelbert wegen der Teilnahme an der Grohnde-Demonstration im März 1977 zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen (Tagessatz 10,– DM) vom Jugendschöffengericht Hameln verurteilt. Der Staatsanwalt und die Verteidigung haben Berufung eingelegt.

In dem Urteil geht Richter Ellerbrock auf die Würdigung und den Beweiswert der Zeugenaussagen der Verteidigung ein. Für ihn sind die Zeugenaussagen „äußerst unsachlich", „von Emotionen beherrschte", und das Auftreten „vor Gericht wirkte provokatorisch". Um die Zeugenaussagen noch weiter zu diffamieren, geht er davon aus, daß wir vor einer „falschen Aussage nicht zurückschrecken". Um dieser Logik nun auch treu zu bleiben, wurde gegen drei Zeugen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen falscher Aussage. Die Ermittlungen in „nicht politischen AKW-Prozessen" werden vom politischen Kommissariat, Abt. Staatsschutz geleitet. Nicht nur, daß die Staatsgewalt sich einzelne AKW-Gegner auf Demonstrationen herausgegriffen hat, um diese stellvertretend zu verurteilen, nein, nun kommen auch noch die Zeugen ran, denn auch sie müssen eingeschüchtert, notfalls kriminalisiert werden.

Die AKW-Prozesse konnten bisher nicht verhindert werden. Trotzdem scheint die Staatsgewalt mit den Prozessen immer noch nicht zufrieden zu sein, denn die Angeklagten und die Zeugen haben doch einige Tatsachen an das Licht der Öffentlichkeit gebracht, die der Staat und die AKW-Betreiber lieber verschwiegen hätten. Daß den Polizeizeugen mehr Glauben geschenkt wird – vielleicht deshalb, weil sie Staatsdiener, Diener des Staats sind, der das Atomenergieprogramm gegen einen grossen Teil der Bevölkerung durchsetzen will und der ökonomisch an der Herstellung von AKW's beteiligt ist? – ist nichts Neues. Neu ist nur, daß dafür, daß die Zeugen die Wahrheit sagen, sie kriminalisiert werden sollen. Es soll allen AKW-Gegnern, ob Angeklagte oder Zeugen, klar gemacht werden, daß sie zu kuschen haben. Der Staat und seine Helfershelfer wünschen sich eine Totenstille im Gerichtssaal. Dies versuchen sie zu erreichen, indem keiner mehr den Mut aufbringt in AKW-Prozessen auszusagen, keiner mehr an den Prozessen als Zuhörer teilnimmt.

Mit dieser neuen Taktik soll erreicht werden, daß wenn AKW-Prozesse in die nächst höhere Instanz gehen, die Angeklagten ohne Zeugen dastehen, sie der Staatsgewalt total ausgeliefert sind.

Wir haben jetzt die Ermittlungsakten eingesehen. Diese ist auf über 110 Seiten angewachsen. Zum größten Teil besteht sie aus den Protokollen des Gerichtsverfahrens gegen Linda Engelbart. Darin sind natürlich auch unsere Aussagen vor Gericht enthalten. Der Staatsanwalt hat in einer Verfügung zusammengefaßt, was der Prozeß gebracht hat. Er zieht den Schluß, daß die Polizisten glaubwürdig sind, wir gelogen haben. Der Richter hatte dazu den Grundstein gelegt. In seiner Urteilsbegründung stellt er fest, daß es unvorstellbar ist, daß die Polizisten gelogen haben. Wir stünden aber auf der Seite der Angeklagten und wäre eine Gruppe mit erheblichem Zusammenhang.

Betroffen sind nicht nur die drei Bremer, sondern einer AKW-Gegnerin aus Hameln droht das gleiche Verfahren.

FÜR EINEN BAUSTOP ALLER ATOMANLAGEN

BASEL 14.Juni *Aus Basel erhielten wir eine Einladung zum Internationalen Koordinationstreffen der Anti-AKW-Organisationen:*

Die Nationale Koordination der Schweiz hatte in einem Brief vom März 1978 alle Anti-AKW-Organisationen der Welt, deren Adressen uns bekannt waren, den Vorschlag

unterbreitet, im Herbst 1978 oder auch später eine internationale Demonstration für ein Moratorium (Baustop) durchzuführen, falls das Echo genügend wäre. Alle eingegangenen Antworten sind positiv ausgefallen, sodaß wir uns entschlossen haben, dieses Wochenende durchzuführen. Eingeladen sind Delegierte aller Anti-AKW-Organisationen. Wir hoffen sehr auf eine zahlreiche und repräsentative Beteiligung, damit wir in der Realisierung der Demonstration Schritte vorwärts machen können.

Provisorische Themenliste: 1. Kurzberichte der Delegierten zur Situation in ihrem Land. 2. Diskussion der Baustop-Forderung. 3. Wie realisieren wir die internationale Demonstration? 4. Praktische Beschlüsse zur weiteren Entwicklung einer internationalen Koordination.

Also am: **Samstag/Sonntag 24./25.Juni 1978 nach Basel in der Schweiz!**
Beginn: Samstag, 13.oo Uhr ; Ende: Sonntag, 17.oo Uhr.
Ort: Restaurant Post in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs SBB Basel (Centralbahnstraße 21)

Für die Übernachtung wird gesorgt. Für das Essen und die Reise müssen die Delegierten selber aufkommen.

Kontakt: **André Froidevaux, Burgunderstraße 4, 4051 Basel, Telefon: Vornummer Schweiz,dann: 061 / 22 96 01**

PFLANZAKTION GORLEBEN

HAMBURG
Mai 1978

Aus dem Anti-AKW-Telegramm Nr. 12:
Wir von der Infogruppe Barmbek hatten vor, wie viele andere in Gorleben ein 500 qm grosses Landstück für DM 250,– zu pachten und zu bepflanzen. Wir fanden die Aktion aus verschiedenen Gründen zwar nicht herausragend großartig, das Pflanzen hätte uns aber Spaß gemacht, und als alternative Aktion hätten wir am Büchertisch viel Resonanz damit gehabt. Auch hätten sich sicher viele aus unserem „Dunstkreis" beteiligt.

Von der BI Lüchow-Dannenberg (im folgenden: L-D) wird das Geschäft so durchgeführt, daß mensch die 250,– DM an sie überweist und dann den Vertrag zugeschickt bekommt. Wir wollten uns den Vertrag aber gern vorher ansehen und schrieben an die Kontaktadresse für die Pflanzaktion (Philip Wiesner, 3239 Quickborn 45), er möge uns den Vertrag Graf – L-D und den Vertrag L-D – pflanzende BI zuschicken. Als wir die Dinger lasen, war der ganze Elan fürs Pflanzen wie weggeblasen.

Hier nun die dicksten Hauer aus dem Vertrag zwischen dem Grafen und L-D: „§ 4 Die Pächterin darf Anlagen, die einer behördlichen Genehmigung bedürfen, nur und erst dann erstellen, wenn die behördliche Genehmigung erteilt ist. ... Die Pächterin darf insbesondere keine Baulichkeiten errichten, die zur Unterbringung von Menschen geeignet sind, auch wenn ihre Erstellung keiner behördlichen Genehmigung bedarf. ...(D.h. auch keine Zelte! d. Verf.). § 5a Die Pächterin verpflichtet sich, gegen rechtskräftig behördlich angeordnete Maßnahmen in Bezug auf das Pachtgelände keine Gewalt anzuwenden oder deren Anwendung durch Dritte zu dulden. ... § 5b Der Verpächter ist zu jederzeitigen fristlosen Kündigung berechtigt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Insbesondere liegt ein wichtiger Grund vor, wenn – auch ohne Verschulden der Pächterin – auf dem Pachtgelände oder vom Pachtgelände aus widerrechtlich Gewalt gegen Personen oder Sachen angewendet wird. § 10 Die Pächterin haftet für alle Schäden, die mit der durch diesen Pachtvertrag bedingten Nutzung des Pachtgrundstückes zusammenhängen. § 15 Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages als ungültig oder anfechtbar erweisen, so soll der Vertrag im übrigen wirksam bleiben."

Im Nutzungsvertrag L-D – pflanzende BI kommt es noch schlimmer, so z.B. in § 4: „Die Nutzung der Parzelle umfaßt allein die Wiederaufforstung. Eine andere Nutzung bedarf der schriftlichen Genehmigung der L-D." § 6: „Verstöße gegen § 4 dieses Vertrages stellen einen Grund zur fristlosen Kündigung dar." § 8: „Bei Kündigung des Nutzungsvertrages findet ein Ausgleich für geleistete Aufwendungen nicht statt. Schadensersatzansprüche sind ausgeschlossen." § 9: „Das Hausrecht wird durch den Vorstand der L-D oder dessen beauftragten Vertreter ausgeübt." § 10: „Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages ungültig oder anfechtbar sein, so bleibt der Vertrag im übrigen wirksam."

Unter diesen Bedingungen können wir von der Pflanzaktion nur abraten. Um die an sich nicht schlechte Aktion unter zumutbaren Bedingungen durchführen zu können, regen wir an, massenhaft in Briefen an die L-D vernüftige Pachtbedingungen zu fordern.



AKTIONSWOCHE GEGEN DAS AKW ESENSHAMM

BREMEN
13.Juni

Am 1.Juni wurder der Informationspavillon des AKW Esenshamm von Bremer AKW-Gegnern besetzt. Nachfolgende Erklärung drucken wir ab. In der gleichen Zeit fand eine Aktionswoche gegen das AKW statt, deren Dokumentation wir im Anschluß der Erklärung abdrucken:

ERKLÄRUNG DER BESETZER

„Heute, am 1.Juni 1978 haben wir, Mitglieder verschiedener Initiativen der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen) den Informations-Pavillon im Atomkraftwerk Esenshamm besetzt. Diese Besetzung wird von uns mit friedlichen Mitteln durchgeführt. Wir wollen keine Auseinandersetzungen mit der Polizei und dem Werkschutz.
Wir fordern: Der Katastrophen-Schutzplan muß sofort veröffentlicht werden!!

Warum haben wir den Info-Pavillon besetzt und warum zu diesem Zeitpunkt? Die Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk (AKW) Esenshamm liegt vor. Das heißt, trotz laufender Gerichtsverfahren, deren Ausgang noch nicht fest steht, kann der sofortige Vollzug der Betriebsgenehmigung angeordnet werden. Dieses Vorhaben ist vom niedersächsischen Sozialminister bereits angekündigt und vom Kabinett Albrecht abgesegnet worden. Diese Entscheidung soll anscheinend nicht vor, sondern nach der Wahl in Kraft treten, um keine Wählerstimmen zu verlieren. Es ist also fünf vor zwölf!

Außerdem wollen wir mit dieser Aktion gegen die bereits erfolgte oder eingeleitete Verurteilung von Atom-Gegnern protestieren. Im Kampf gegen das Atomenergieprogramm wurden viele AKW-Gegner von den ‚Ordnungskräften' herausgegriffen und als kriminelle Gewalttäter abgeurteilt. Zum Teil wurden sie bereits zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich für unser Leben, unsere Umwelt und unsere Nachkommen aktiv eingesetzt haben. Unser Freund Karl Winter sitzt deswegen zur Zeit in Hamburg in Untersuchungshaft.

Der Glaube, daß wir durch Unterschriftensammlungen, Petitionen, Anhörungsverfahren, Gutachten, Demonstrationen und Klagen vor Gericht allein einen Einfluß auf die Entscheidungen um das Atomprogramm nehmen könnten, hat sich als Irrtum erwiesen. Es ging der Regierung und den AKW-Betreibern niemals um eine demokratische Auseinandersetzung: es ging ihnen nur darum, ihr Atomprogramm durchzusetzen. Zu Anfang mit Unterschlagung von Informationen, dann mit Lügen – letztlich mit Gewalt.

Wir betrachten es als Akt der Solidarität mit den Verurteilten und angeklagten AKW-Gegnern, den Kampf nicht aufzugeben, sondern ihn zu jeder Zeit, an jedem Ort und mit allen Mitteln fortzuführen.

Wir haben in der Vergangenheit gelernt, daß wir nur gehört werden, wenn wir die Grenzen des ‚erlaubten' Widerstandes überschreiten. Die Aufdeckung des Katastrophenschutzplans, die seit langem von den Bürgerinitiativen gefordert wird, wird von der Regierung und den AKW-Betreibern bewußt herausgezögert, um zu verhindern, daß die Bevölkerung rechtzeitig über die wahren Ausamaße von nicht auszuschließenden radioaktiven Verseuchungen informiert wird. Stattdessen werden im Informations-Pavillon und natürlich auch an anderen Orten – immer noch entgegen besserem Wissen – falsche Informationen verbreitet. Um darauf hinzuweisen und dies zumindest für kurze Zeit zu unterbinden, und um unserer Forderung nach Veröffentlichung des Katastrophen-Schutzplanes Nachdruck zu verleihen, haben wir den Informationspavillon des AKW Esenshamm besetzt."

DOKUMENTATION DER AKTIONSWOCHE

27.Mai
Am Samstag wurde eine Postkarte - adressiert an den Niedersächsischen Sozialminister in Hannover - in Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Oldenburg, Nordenhamm,Bremen Nord, Osterholzscharmbeck und in der Wesermarsch in sehr hoher Auflage verteilt.

Auf der Postkarte waren beispielhaft Fragen zu beanworten, für den Fall einer radioaktiven Katastrophe („Sind Sie im Besitz eines Familienbunkerberechtigungsausweises" - „Schutzbunker ist vorhaben - ja/nein") Außerdem konnte um Zusendung oder Veröffentlichtung des Katastrophenschutzplanes gebeten werden.
Die Öffentlichung Meinung reagierte eher gelassen, während die Politiker wieder von Unruhe und Hysteriestiftung faselten. In der örtlichen Presse – in der Umgebung des AKW Esenshamm ist die Geschichte sehr ausführlich abgedruckt worden – sogar die Postkarte im Faksimile.

28.Mai
In der gesamten Wesermarsch, und den umliegenden Städten wurde Plakate geklebt mit dem Katastrophenplan. Wir hatten die Umgebung des AKW Esenshamm entsprechend des Katastrophenplanes in drei Zonen aufgeteilt und entsprechend drei verschiedene Plakate gemacht. Die Plakate wurden in den jeweiligen Zonen verklebt. Zusätzlich wurde ein viertes Plakat verklebt, auf denen alle drei Zonen verzeichnet waren.
Auf den jeweiligen Plakaten waren auch die konkreten Verhaltensweisen der Menschen angeordnet.
Die Betroffenheit der Bevölkerung wurde anschaulich geweckt.

29.Mai
Auf der Müllkippe in Brake wurde ein Kanister mit der Aufschrift „Vorsicht! Radioaktiv verseucht!" gefunden. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Quellen verlautete, verursachte dieser Fund einige Aufregung. Eine nähere Untersuchung ergab aber keinerlei Radioaktivität.

30.Mai
Parallel zu den Plakaten wurden die Ortsschilder der umliegenden Ortschaften in der Nähe des AKW-Esenshamm mit dem Zusatz „Vorsicht! Radioaktiv verseucht!" versehen.

1.Juni
26 Mitglieder der Bremer Bürgerinitiative besetzten den Informationspavillon im AKW Esenshamm. Der Pavillon liegt innerhalb des KZ-Zaunes und das wurmt die NWK (Kraftwerkbetreiber) deshalb natürlich besonders. Wir hatten uns zur Besichtigung als eine Greuppe

zur Besichtigung als eine Gruppe Studenten angemeldet. Nach kurzer Zeit erklärten wir das Gebäude für besetzt und verriegelten die Türen mit Ketten. Wir übergaben die beiliegende Erklärung und forderten die Herausgabe des Katastrophenschutzplanes. Vom Pavillontelefon benachrichtigten wir unsere Freund in Bremen und dann lief, wie verabredet, der Alarmplan an. Alles, was Beine hat, sollte so schnell wie möglich nach Esenshamm kommen.
Wir machten es uns im Pavillon gemütlich – zu trinken gabs dort genug. Sogar eine Kaffeemaschine brachten wir in Gang. Den anwesenden Angestellten stellten wir anheim, den Pavillon zu verlassen oder frewillig bei uns zu bleiben – wegen dem Vorwurf der Geiselnahme. Zunächst blieben auch alle – mußten dann aber nach und nach auf Anordnung von oben den Pavillon verlassen. Nach einer anfänglichen Hektik seitens der Betriebsleitung, wie sie darauf reagieren sollten; (wir fragten einen der Sicherheitsverantwortlichen, wie es mit der Sicherheit im AKW sei, worauf er antwortete, das hätten wir ja heute eindrucksvoll demonstriert) wurden sie zunehmend ruhiger und sicherer. Nach einigen Telefonaten und rückversicherungen bei den politischen Stellen, lehnten sie es schließlich ab, den Katastrophenplan zu veröffentlichen. Sogenannte Terroristen könnten diesen Plan für sich nutzen – was er damit wohl meint?

Dann schlug uns einer der Betriebsheinis vor, wir sollten doch rauskommen, dann würde ermit uns darüber diskutieren oder wir sollten die Tür aufmachen, dann würde er reinkommen und die Tür müßte dann aber aufbleiben. Das haben wir natürlich abgelehnt und stattdessen nach verantwortlichen Leuten gerufen, die nicht kamen. Dann meinte er noch, die friedlichen Demonstranten sollten doch herauskommen und die anderen dadurch isolieren. Alte Leier!
Wir bleiben insgesamt 4 1/2 Stunden in dem Pavillon und verließen denselben dann als die Polizei aufgefahren und mit Vorschlaghämmern die Eingangstür einzuschlagen drohte.
Von allen Besetzern wurden die Personalien aufgenommen - wir hatten vorher damit gerechnet. Und für die Resonanz in der örtlichen Presse hat sich das - glaube ich - auch gelohnt.
In der Regionalzeitung ist eine ganze Seite drin über diese Aktion.

4.Juni
Fahrradkorso in der Wesermarsch rund um das AKW Esenshamm mit über 100 Fahrrädern."

ANTI–ATOM–DORF TREFFEN IM KREIS LÜCHOW-DANNENBERG

Kolborn/Gartow
14. Juni

Vom 23. bis 25. Juni wird in Kolborn bei Gartow (Kreis Lüchow-Dannenberg) ein Anti-Atom-Dorf Treffen stattfinden, bei dem der Widerstand gegen die WAA Gorleben im Vordergrund stehen soll. Mitzubringen sind Zelte, Verpflegung und Kochgelegenheiten. Eso (Helmut Oldefess) schreibt hierzu:

"Wir wollen versuchen mit den örtlichen BI-Vertretern die Lage vor Ort zu diskutieren und den örtlichen Bewohnern die durch die Hetzberichte entstandene Unsicherheit vor den sogenannten Chaoten zu nehmen."

Kontaktadresse und Treffpunkt: Eso Oldefess, Kapellenstr. 5, 3131 Kolborn (das Haus an der einzigen Telefonzelle)

TODESANZEIGE MIT POLITISCHEM AUFSCHLAG

Berlin 14. Juni *Rüdiger Ammon starb am Sonntag, den 4. Juni. Er wurde von einem Auto überfahren, kurz nachdem er und 8000 andere das Alternative Umweltfestival eröffnet hatten. Eine Todesanzeige sollte im Berliner Tagesspiegel veröffentlicht werden – hier ein Bericht über die Schwierigkeiten der Initiativgruppe, die dafür sorgen wollte:*

"Telefonische Auskunft bei der Anzeigenannahme am Mittwoch: die Todesanzeige für die Sonnabendzeitung muß bis spätestens 10 Uhr am Freitag, eine für die Sonntagszeitung bis 17 Uhr bei der Anzeigenannahme sein. Preis 1 mm eine Spalte breit 1 DM.

Daraufhin starteten wir unsere Unterschriftensammelei bei Bürgerinitiativen und Einzelpersonen durch Briefe mit dem Entwurf des Anzeigentextes und durch 2 "Wandzeitungen" auf dem Platz an der Jaffe-Straße. Die Bürgerinitiativen telefonierten ihr Einverständnis und ihre Veränderungswünsche durch. Ca. 160 weitere Unterschriften standen auf den "Wandzeitungen".

Am Freitag gegen 9 Uhr Anruf beim Tagesspiegel, ob man die Unterschriften in einer kleineren Schrift setzen könne. Darauf an den stellvertretenden Anzeigenleiter weitergereicht: "Sind das denn alles Kollegenunterschriften? " – "Ja, so könne man das schon nennen." – Nun wollte der Tagesspiegelmann den Namen wissen. Den Vorfall kenne er. Wie denn unser Text laute? Hm, das sei ja gar keine Todesanzeige, das sei ja ein politischer Text! – "Na, hörn Sie mal, was soll denn das anderes sein als eine Todesanzeige? " – Er wolle keine Wertung geben. Er habe ja nichts gegen den Text. Aber: eine Familien-Anzeige sei das auf gar keinen Fall. – "Firmen machen auch Todesanzeigen." – ja und überhaupt sei es jetzt für diese Todesanzeige am Freitagmorgen für die Sonntagszeitung viel zu spät. In einer normalen Todesanzeige steckten etwa 2 Stunden Zeit. Bei Namenslisten käme nicht nur die Zeit des Setzens noch dazu, sondern auch noch das zweimalige Lesen und Vergleichen mit den Unterschriftenlisten. "Aber kommen Sie doch mal zu mir in die Potsdamer Str." (Text der Anzeige s. ID 233)

Dort: er habe sich noch einmal vergewissert, er könne uns auf gar keinen Fall den Preis von 1 DM je mm zugestehen. "Also bekommen wir einen politischen Aufpreis? " – Ja, so könne man das nennen. Wir sollten ihn aber verstehen, daß er aus kaufmännischen Gründen uns den "Familienpreis" nicht zugestehen könne. Den hätten sie beim Tagesspiegel schon seit 1975 unverändert. Da kämen sie gerad auf Plusminusnull. Aber er könne den Text noch in die Sonntagszeitung bringen, wenn wir nur einen kleinen Teil der Unterschriften dazusetzten. So etwa 10.

Was tun? Bei einer Veröffentlichung am Dienstag wären evt. alle Unterschriften noch technisch möglich gewesen. („Mit solchen Namenslisten müssen Sie schon 5 Tage vorher kommen!")Da aber in Todesanzeigen keine Kleinschrift von 1mm Höhe genommen werden kann, wäre das sehr teuer geworden. Also kurze Entscheidung: nur 10 Unterschriften, Sonntagszeitung. Außer Mutter und Schwester keine Einzelpersonen, sondern Bürgerinitiativen.

Aber: für alle Namen sollten wir aus jurististischen Gründen eine schriftliche Erklärung herbeibringen, daß sie mit der Veröffentlichung in der Todesanzeige einverstanden sind. Und ausgerechnet die Bürgerinitiativen hatten fast alle nur telefoniert, daß ihr Namen drunterstehen solle! 2 Stunden hatten wir noch Zeit. Dadurch sind eben die drunter gekommen, die da jetzt drin stehen. Bei dem ganzen Gehetze ist dann der Fehler passiert, daß die Unterschrift des Trägerkreises vom alternativen Festival nicht reingekommen ist. Wir mußten dann noch mit Unterschrift beglaubigen, daß das mit den nun herbeigebrachten Unterschriften alles seine Richtigkeit habe.

Wir haben dann den „kulturpolitischen" Preis von DM 2,35 je mm und Spaltenbreite zahlen müssen und sind damit auf eine Pauschale von DM 700 für die Todesanzeige gekommen. Die Mehrwertsteuer hat man uns freundlicherweise dann erlassen. Eine „echte" Traueranzeige hätte uns in diesem Format ca. DM 300 gekostet!



IHR SEID KEINE MENSCHEN SONDERN DRECKSÄCKE

Stuttgart 12. Juni *Stuttgarter Penner, die den verkehrsreichen Schloßplatz beleben, schrieben in der Stuttgarter Stadtzeitung "s'Blättle" über sich selbst:*

Wir bezeichnen uns als Dauertouristen und unser bevorzugter Aufenthaltsort ist der Schloßplatz.

Unsere Gruppe ist meist unter 30 Jahre. Alle sind zur Zeit ohne festen Wohnsitz und ohne feste Arbeit. Das heißt hiermit nicht gleich, daß Kriminelle unter uns sind. Wir werden das auch in Zukunft nicht dulden.

Wir trinken gerne Alkohol, sogenanntes "Schloßplatzgedeck' (Korn mit Limo gemischt). Wir haben mit Rauschgift überhaupt nichts zu tun. Unser Leben finanzieren wir durch Schnorren und ab und zu durch leichte Jobs vom Arbeitsamt (sogenannte Börse, die sich am Schlachthof befindet). Manche von uns erhalten auch Sozialhilfe. Die Schlafstätten, die wir bevorzugen, sind meist leerstehende Häuser, die außerhalb von Stuttgart stehen.

"HEIME"

Heime in der Form z.B. des Obdachlosenasyls Nordbahnhofstraße lehen wir ab, da wir uns einen Rest von Menschenwürde bewahren möchten. Die Situation in Heimen ist so unhaltbar, daß wir mit Sicherheit endgültig vor die Hunde gehen würden. Viele von uns wuchsen in streng geführten Heimen auf und unsere Abneigung gegen Heime erklärt sich aus unseren reichlich bitteren Erfahrungen, die wir dort machten. Es geht uns darum, uns eine Art selbstgestalteter Wohnmöglichkeit aufzubauen, in der wir die Möglichkeit haben, unter uns zu sein und uns durch eigene Erzeugnisse zumindestens ein Existenzminimum erarbeiten zu können.

WARUM SIND WIR ÜBERHAUPT HIER?

Unser Vorleben ist gekennzeichnet durch Enttäuschungen, angefangen durch kaputte Elternhäuser, Gefängnis und zerrüttete Ehen. Tagsüber bevorzugen wir den Schloßplatz, weil er zentral liegt und viel Verkehr ist. Deshalb ist er geeignet für uns – leicht zu schnorren. Aus der Stuttgarter Zeitung haben Sie vermutlich schon erfahren, daß zwischen uns und der Polizei ein gespanntes Verhältnis besteht; (dies zeigt sich auch schon an der Äußerung eines Polizisten, die wir als Überschrift benutzt haben.)

Ständig werden wir von der Polizei kontrolliert, obwohl diese uns schon kennt. Auf Fragen bekommen wir die Antwort, daß sie uns solange kontrollieren werden, bis wir aus der Stadt verschwinden. Darauf beschränkt sie sich aber nicht, leider

Stiefeltritte ans Schienbein
Faustschläge ins Gesicht
Faustschläge auf die Augen
Schläge mit Gummiknüppeln

Auch werden wir abgeführt wie die großen Verbrecher, auf dem Polizeirevier mit den Handschellen an die Heizungsrohre gekettet und dann gibt es Aufmischungen (Polizeijargon) = Prügel. Auch hetzen sie einen Hund auf unsere Kollegen. Aufgrund dieser Geschehnisse sehen wir uns veranlaßt, bei der Stadt Stuttgart sowie bei dem Sozialamt, ein leerstehendes Haus zu beantragen, um endlich den Konfrontationen mit der Polizei zu entgehen. Wir wollen unser Haus in puncto Miete selbst finanzieren, indem wir Bastelarbeiten oder andere kleine Jobs betreiben. Diese selbst produzierten Artikel beabsichtigen wir auf dem Flohmarkt zu verkaufen. Eine Hausordnung haben wir auf der Basis der Selbstverwaltung aufgestellt. Ich möchte die wichtigsten Punkte nochmals aufzählen.

WAS VERANLASST UNS ÜBERHAUPT SO WEIT ZU GEHEN?

Aus den vorhergehenden Zeilen haben Sie schon gelesen, daß viele Leute aus unseren Verhältnissen stammen, insbesondere Verurteilte, die aus den Gefängnissen kommen. Sie werden diskriminiert, sowohl vom Arbeitgeber als auch von Wohnungsgebern. Deshalb sind wir aggressiv, weil uns die Gesellschaft nicht versteht. Wir werden immer wieder provoziert von der Bevölkerung und der Polizei und daher ist es unser Ziel, daß wir endgültig in Ruhe gelassen werden.

Es wäre für uns wunderbar, wenn wir von einer breiten Öffentlichkeit verstanden und in unserem Vorhaben unterstützt würden. Das kann z.B. in der Form geschehen, daß Sie uns leerstehende Häuser nennen oder Leserbriefe an die Redaktion schreiben. Wir sind selbstverständlich bereit, nähere Auskünfte zu erteilen und bitten bei Interesse, sich mit uns in Verbindung zu setzen – am Kleinen Schloßplatz.

Sebastian Blei (Graphiker) und "Graf Bobby"

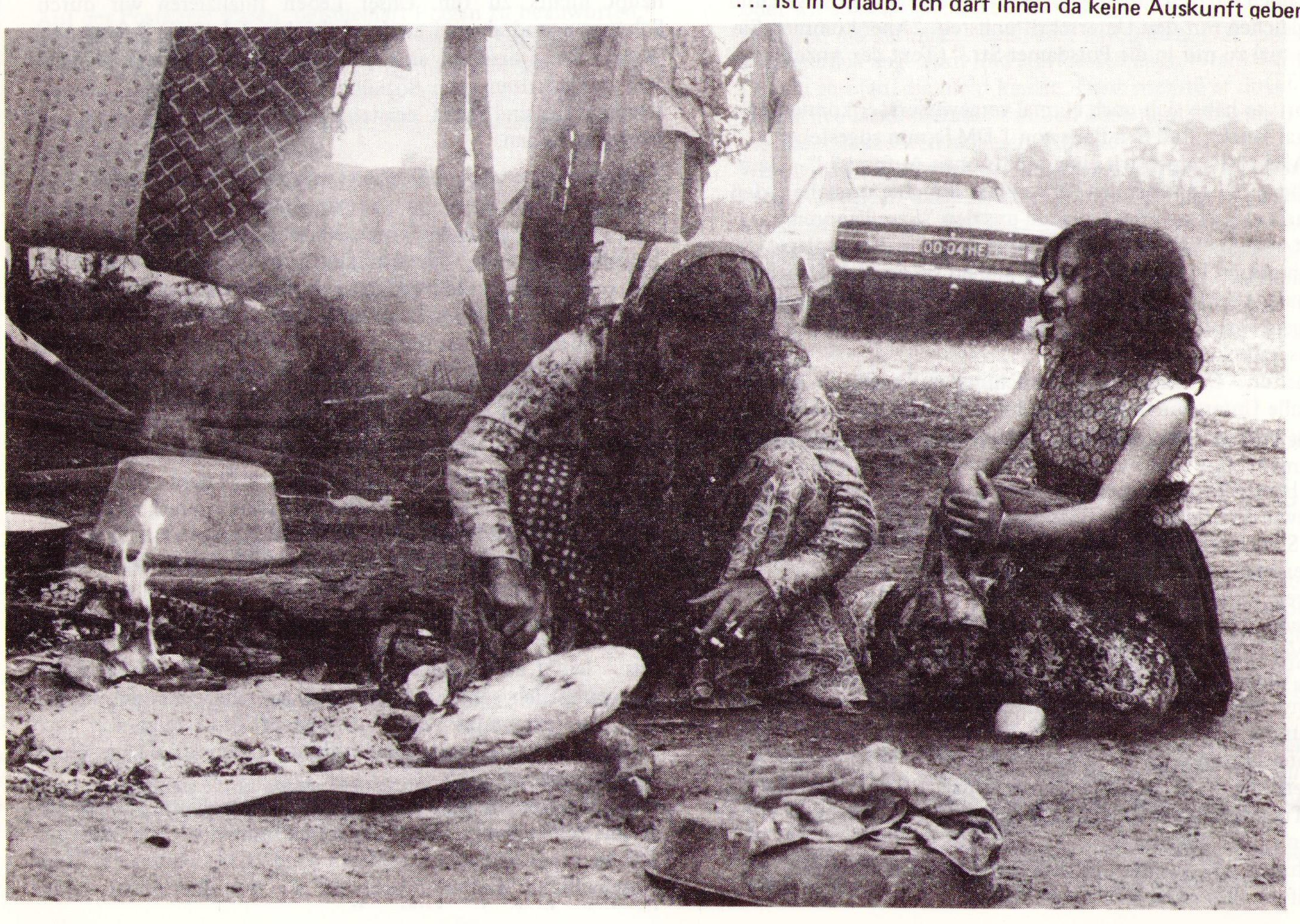
ZIGEUNERN WIRD DIE AUFENTHALTSGENEHMIGUNG UND DIE AUSREISEERLAUBNIS VERWEIGERT

RÜSSELSHEIM 15.Juni Bei Rüsselsheim in der Nähe von Frankfurt lebt seit Mitte April eine Zigeunersippe (21 Erwachsene, 34 Kinder, in und unter 4 kleinen Wohnwagen). Sie sind von Jugoslawien über Italien, Frankreich, Belgien und Holland in die Bundesrepublik gekommen. Der Vizepräsident der Zigeuner in der Bundesrepublik wollte sie polizeilich anmelden, da sie eine Weile dableiben und als Automechaniker bei Opel arbeiten wollten. Daraufhin sammelte die Kripo die von einer Zigeunerkirche ausgestellten Pässe ein und behandelte die Leute erkennungsdienstlich. Da sie auch keine neuen Papiere bekommen, haben sie weder das Recht zu bleiben, noch zu gehen oder gar zu arbeiten. Nachdem die Leute einen Monat lang erfolglos versucht haben, sich durch die Instanzen der Bürokratie zu wurschteln, haben sie eine Demo durch Rüsselsheim gemacht und sich an die Presse gewandt. Danach kam auch Hilfe vom Sozialamt: 130,- DM für drei Tage und Saubohnen. Mit dem Hinweis, das sei das letzte, mehr gäb's nicht. Sie ernähren sich von Unkraut, grünen Getreideähren und sie backen Brot in der Asche ihres Lagerfeuers, wenn sie die Zutaten zusammenbekommen.

Wir konnten uns mit ihnen nur über zwei deutsche Zigeuner verständigen, da sie hauptsächlich Sanskrit (altindische Sprache) sprechen. So erfuhren wir nichts über die Widersprüche, die wir glaubten, bei einem Teil der dort Lebenden zu unserem Auftauchen und Fotographieren zu spüren. Wir hatten den Eindruck, daß unsere deutschsprechenden Kontaktpersonen die Geschichte und Wünsche der Betroffenen „pressegerecht" gefiltert an uns weitergaben.

Bei dem versuch, bei den offiziellen Stellen der Stadt Rüsselsheim mehr über deren Absichten mit den Zigeunern zu erfahren, trifft man allerseits auf Unzuständigkeiten.

„Ich kann ihnen da leider keine Auskunft geben, der Herr ... ist in Urlaub. Ich darf ihnen da keine Auskunft geben.



Wenden Sie sich doch an das Gewerbe- und Ordnungsamt, an Herrn Erdmann. Der ist aber jetzt nicht da." Einige Tage und Telefongespräche später: Gesprächstermin mit Herrn Erdmann. Auf die Frage, warum denn ausgerechnet das Gewerbe- und Ordnungsamt für die Zigeuner zuständig wäre, erfahren wir, daß dieses Amt für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Raum Rüsselsheim zuständig sei und deshalb durch die Überwachung der Zigeuner und das Sammeln von Beschwerden der Bevölkerung am besten bescheid wisse. Die Beschwerden reichen von den Baumstützpfählen, die dort lange gelegen haben, und jetzt weg sind, woraus der Besitzer schließt, daß sie als Feuerholz verwendet wurden, über die vielen Kinder, die von dem Lagerplatz aus auf die Straße rennen und den Verkehr behindern, den Spargel, den man nicht mehr stechen kann, weil er nicht mehr da sei und weil der Qualm des Lagerfeuers so in den Augen brenne, daß man nicht mehr auf das Feld kann, bis hin zu der Frau, die vor den Augen der Kinder nackt in eine Zinkwanne steigt, um sich zu waschen.

Auf unsere Fragen über die Probleme mit den Papieren und dem Anmelden erfahren wir, daß der Platz, auf dem die Zigeuner lagern, sich bei „Landfahrern als Lagerplatz eingebürgert" habe, die Stadtverwaltung das auch duldet und dort einen Müllcontainer hinstellt, es aber kein offizieller Lagerplatz sei und deshalb dort auch keine Anmeldung erfolgen könne. Über die Papiere konnte er uns auch nichts sagen, das sei Sache der Kripo.

Das ganze sei dann auch kein Problem der Gemeinde allein, deshalb sei der Magistrat nicht bereit, die Probleme zu lösen, sondern wolle, daß dieser Fall Bund und Länder wachrüttele.

Kontakt: 1.Vors. der Zigeuner, Herr Repp, Ahornstr. 21, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/39 79 27

ANTIFASCHISTENPROZESS: ZIGEUNER VERURTEILT

WÜRZBURG 10. Juni *Am 8. März wurde in Würzburg die Berufungsverhandlung in einem Prozeß beendet, in dem 4 Zigeuner angeklagt waren, weil sie im Herbst 1976 gegen ein Treffen der „HIAG" (Organisation ehemaliger SS- und SA-Leute) und ehemaliger Angehöriger der SS-Division „Horst Wessel" und „Charlemagne" zusammen mit 200 anderen demonstrierten. Vom Solidaritätskomitee zur Unterstützung der Zigeuner erhielten wir folgenden Bericht:*

Der besondere Skandal liegt darin, daß zum einen trotz massiver Proteste das Treffen ehemaliger SS-Leute nicht als schwerer Verstoß gegen bestehende Gesetze verboten wurde (z.B. mittels der durch Artikel 139 GG gültigen Kontrollratsgesetze von 1945 in denen die SS und alle Nachfolgeorganisationen zu verbrecherischen Organisationen erklärt werden), sondern vielmehr im offiziellen Veranstaltungskalender der Stadt Würzburg als „Suchdienst- und Kameradschaftstreffen" angekündigt wurde. Zum anderen wurden ganz im Sinne der Aussage eines der am SS-Treffen Beteiligten: „der deutsche Staat tut das alles, was in seinen Möglichkeiten steht um uns zu schützen", 7 Demonstranten herausgegriffen, darunter die 4 jetzt verurteilten Zigeuner. Man warf ihnen schweren Landfriedensbruch vor.

Waren gegen die 4 Angeklagten — Vater und 3 Söhne — in erster Instanz Haftstrafen zwischen 6 und 9 Monaten erlassen worden, so wurden in der 2. Instanz trotz nicht stichhaltiger Beweise und Zeugenaussagen die Urteile erheblich verschärft. Der Vater erhielt statt 6 Monaten 9 Monate mit Bewährung und muß die Gerichtskosten tragen. 2 seiner Söhne wurden nun zu 12 und 15 Monaten ohne Bewährung (vorher 9 Monate) verurteilt. Der minderjährige Sohn wurde erneut vom Gericht verwarnt.

Das Urteil ist umso erschreckender, wenn mensch weiß, daß die Zigeuner eine der am erbarmungslosesten verfolgten Minderheiten im 3. Reich waren, daß die Angeklagten selbst einen Großteil ihrer Familie in KZ's verloren haben, gefoltert und ermordet von der SS (insgesamt 600.000), daß einer der Angeklagten die Greuel der Nazi-Herrschaft am eigenen Leib erfahren hat. Der Prozeß fand in demselben Gebäude statt, in dem der angeklagte Vater während des NS-Regimes eingesperrt war, geschlagen und bewacht von der SS.

Es gibt bis heute für kaum einen Zigeuner Wiedergutmachung. So hat man einem Angeklagten seinen Antrag auf Wiedergutmachung unter anderem mit der Begründung abgelehnt, er sei nicht aus Gründen der Rasse im Nationalsozialismus verfolgt worden. (Auch heute noch wird die Volksgruppe der Zigeuner als Menschen 2. Klasse behandelt. Durch bürokratische Maßnahmen werden ihre Sitten und Lebensweisen beschnitten oder ganz unmöglich gemacht. Gemeinden erlassen sogenannte „Wohnwagenverordnungen" für Zigeuner, die sie auf Schuttabladeplätze, in Obdachlosensiedlungen und auf rattenverseuchte Plätze verbannen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Zigeuner sich auch heute noch verfolgt und nicht geduldet fühlen und Angst vor einem neuen „33" haben.)

Obwohl sie zum zweiten Mal verurteilt worden sind, obwohl ihre Strafen erheblich verschärft worden sind, wollen die Angeklagten nicht aufgeben, haben sie Revision eingelegt, in der Hoffnung doch noch freigesprochen zu werden. Und das, obwohl der Prozeß sie schon jetzt an den Rand des finanziellen Ruins gebracht hat: So konnten sie aufgrund der langhingezogenen Prozeßdauer im Sommer vergangenen Jahres nicht auf Reisen gehen, was für sie als reisende Antiquitätenhändler einem mehrmonatigen Verdienstausfall gleichkommt. So haben sie aus eigener Tasche einen Teil der Anwaltskosten getragen und mußten dazu noch den Lebensunterhalt einer großen Familie bestreiten. Die Folge ist, daß sie ihre gesamten Ersparnisse aufgebraucht haben, daß sie z.Zt. nicht das für ihre Geschäfte notwendige Startkapital haben, daß sie gezwungen gewesen sind ihre wertvolle Musikinstrumentesammlung (mehrere Geigen, Bässe, Guitarren, Verstärker etc.) zu verkaufen, die für sie, als begeisterte Musiker, von unschätzbarem persönlichen Wert waren.

Darum Spenden! Konto: 11347192 (Städt. Sparkasse, Würzburg/Zweigstelle Höchberg). Solidaritätskomitee zur Unterstützung der Zigeuner. Kontakte: H. Riesenberg, Winterleitenweg 33, 8700 Würzburg-Höchberg.

SPD–MITGLIED IST RECHTSBEISTAND BEI DER NPD GEGEN ASTA

SAARBRÜCKEN Juni 1978 *Aus der Stadtzeitung Saarbrücken Nr. 15, Juni 78:*

Vorgeschichte: Anläßlich des NPD-Landesparteitages in Bildstock gab es eine Demonstration. Dort wurde vom Studentenausschuß der Universität und von der Juso-HSG ein Flugblatt verteilt, in dem auf den Zusammenhang zwischen NPD und Neonazismus und auf Forderungen Rechtsradikaler auf Annektion von Elsaß-Lothringen und auf Forderungen nach Rausschmiß der Gastarbeiter aus der BRD aufmerksam gemacht wurde.

Jetzt hat die NPD durch ihren Vorsitzenden Schöndorf eine einstweilige Verfügung auf Zurücknahme der Behauptungen gegen den AStA erwirkt. Ebenso wurde gerichtlich gegen den AStA-Vorsitzenden Heinz (ein SPD-Mitglied) vorgegangen. Der Rechtsbeistand der NPD in diesem Zivilprozeß ist Rechtsanwalt Halm (Neunkirchen), ebenfalls ein SPD-Mann. In diesem Zusammenhang haben die saarländischen Jungsozialisten und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen die Aufforderung an Rechtsanwalt Halm gerichtet, sein Mandat unverzüglich niederzulegen.

WEHRET DEN ANFÄNGEN

BRAUNSCHWEIG 13. Juni *Ein Braunschweiger hat uns den folgenden Vorschlag geschickt, mit dem er auf seine Weise gegen den Neofaschismus protestiert:*

„In letzter Zeit fallen mir immer öfter Nazi-Schmiereien in der Öffentlichkeit auf. Hier ein Hakenkreuz und dort eine Parole im Rotfronthetzformat. Jedesmal packt mich eine ganz schöne Wut, wenn ich so etwas sehe und ich fragte mich, was mensch dagegen tun könnte. Übermalen – zurück bleibt ein Fleck, über den sich viele ärgern werden, ohne zu wissen, warum er dort ist. Gar nichts machen – damit mensch sich wieder daran gewöhnen kann, daß so etwas ins Straßenbild gehört? Nein! Letzten Samstag, als ich auf einem Spaziergang wieder ein Hakenkreuz in der Braunschweiger Innenstadt gesehen habe, kam mir eine Idee!

Am besten sollte mensch an der selben Stelle, an der sich das faschistische Zeichen befindet, eine Gegendarstellung hinterlassen. Nun kann mensch ja nicht immer mit der Farbsprühdose rumlaufen, abgesehen von dem Ärger, den das bringt, wirds auch zu teuer. Ich habe mir stattdessen gedacht, selbstklebende Aufkleber aus Papier zu entwerfen, die billig sind und von denen mensch immer ein paar in der Tasche haben und unter alles Neonazistische kleben kann, das mensch sieht. Ich habe mal einen Entwurf gemacht, und bitte alle, die diese Aktion unterstützen, mir zu schreiben, damit ich die Resonanz abschätzen kann."

Kontaktadresse: **Peter Reichelt, Humboldtstraße 21, 3300 Braunschweig.**

WEHRET DEN ANFÄNGEN!

Ein besorgter Antifaschist

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH

DIE PUPILLE ZEIGT, WAS FERNSEHEN VERSCHWEIGT

FRANKFURT 15.Juni Der Regisseur Rosa von Praunheim hat zwei Jahre lang in der Frankfurter Hochhaussiedlung „Frankfurter Berg" recherchiert, 70 Tonbandstunden mitgeschnitten und einen dreistündigen, zweiteiligen Film daraus gemacht. Doch nur den ersten Teil des Films „Der 24.Stock" konnte man bislang im 3.Programm des Hessischen Rundfunks sehen. Der zweite wird bis auf weiteres in der Schublade der Fernsehspiel-Redaktion liegenbleiben. „Der Film ist zu lang", heißt es. Der Film ist jedoch nicht nur lang, sondern auch kritisch. So kritisch wie die Situation am „Frankfurter Berg": Dort leben rund 3.000 Menschen in 11 Hochhäusern, in einem Wohngebiet mit Höhenluft und Taunusblick, aber ohne soziale Einrichtungen, ohne Kino, ohne Kneipe (s. auch ID 218).

Im ersten schon im Hessischen Rundfunk gesendeten Teil erzählen Bewohner und Bewohnerinnen, wie sie sich im 24.Stock in luftiger Höhe fühlen. Dabei halten sie nach Ansicht des Regisseurs mit direkter Sozialkritik hinterm (Frankfurter) Berg: „Die Leute wollen nicht, daß ihre Siedlung in Verruf kommt." Doch im zweiten Teil wird dann unverblümt beschrieben und kommentiert, was in den Wolkenkratzern zum Himmel stinkt und Alternativen dazu vorgeführt: das Filmteam hat Architekten auf einer Reise zu geglückten Bau-Beispielen in Holland begleitet; ausgerechnet da wurde es dem Hessischen Rundfunk dann doch „zu lang".

Der ganze Film, der mit Pause etwa dreieinhalb Stunden dauert, läuft vom 20. bis 26.Juni allabendlich um 20 Uhr in der Pupille, dem von einem freundlichen Kollektiv betriebenen Kino in der Frankfurter Universität (Festsaal Studentenhaus, Jügelstr. 1, Tel.: 798-3186). Am Freitag, den 23. Juni, kommen 2 Mitarbeiter am Film zur Diskussion nach der Vorstellung.

SCHÜLERZEITUNG 'FIASCO' UNTER BESCHUSS

Troisdorf 6. Juni *Über die Situation der Bonner Schülerzeitung 'Fiasco' berichtet ein Mitglied der Schülerinitiative Sankt Augustin aus Troisdorf.*

"Neben Russell, Kriegsdienstverweigerung, P.P. Zahl, u.a. w[illegible]de ein Artikel, der sich gegen die Prügelstrafe, die, so scheint's, immer noch weit verbreitet ist abgedruckt. Prompt fühlten sich einige Herren, obwohl keine Namen genannt wurden, angesprochen. Gegen Redakteure wird seitdem noch massiver vorgegangen als bisher. Es läuft eine Beleidigungsklage gegen Redakteure, zwei Hausverbote wurden auferlegt und Redakteure schikaniert. Den Schülern mit den Hausverboten will ein Lehrer keine Geschichtsnote geben, bis sie nicht bestimmte Behauptungen im Prügelstrafenartikel zurückgenommen haben.

Weitere Beispiele für das herrliche Klima: Ein Lehrer kommt in eine Klasse mit frisch herausgekommener FIASCO und fragt 'Arbeitet irgendeiner an diesem Blatt mit?' Antwort eines Schülers: 'Unsere Klasse ist sauber, es waren die aus der 13.' Der Lehrer, scherzend: 'Den hätte ich auch windelweich geschlagen. Solche Leute haben nicht genug Prügel bezogen.' Oder ein Religionslehrer zu einem Schüler: 'Es schadet dir doch nichts, wenn du eine runtergehauen bekommst, davon werdet ihr doch nur zu strammen Jungs.' Nachforschungen unter den Schülern sollen feststellen, in welcher kommunistischen Partei die Redakteure wohl sind. Ein von der Schül[illegible] mitverwaltung eingesetzter Schülerarbeitskreis wurde unrechtmäßigerweise ohne direkte schriftliche Begründung außer Haus befördert (verboten).

Diese Tendenz, kritische Meinungen besonders von Schülerseite zu unterdrücken ist an den Privatschulen besonders ausgeprägt. Die FIASCO hatte schon in ihrer Nr. 8 entlarvt, daß die Träger (das Erzbistum Köln) versuchen, die Schülermitverwaltung/Privatschulen (SMV/PS) aus der Landesschülervertretung herauszuholen, da diese ihnen wohl zu link's ist! Manipuliert durch Trägerhand wurde vor kurzem die SMV/PS selbständig. Die Schüler sollen so gespalten werden.

Ein weiterer Kritikpunkt: der Schulvertrag. Dieser muß von Lehrern, Eltern und Schülern unterschrieben werden. Man verpflichtet sich, voll hinter den kirchlichen und staatlichen Bildungsauftrag, der demokratischen Grundordnung, zu stehen. Ein Lehrer, der sich scheiden ließ, "durfte" die Schule verlassen, da dies gegen die kirchliche Moral verstößt. Ein Schüler "durfte" die Schule verlassen, weil er nicht mehr in die Kirche und den Religionsunterricht ging!

Trotz der massiven Einschüchterungsversuche bleibt FIASCO und die inhaltliche Kritik. Die nächste FIASCO kommt diese Woche neu heraus! 75 Seiten dick. In ihr nehmen endlich auch Eltern Stellung zu den skandalösen Zuständen an den Privatschulen."

"Radikal" zu 875.- DM Geldstrafe verurteilt

IM NAMEN DES VOLKES: SIEGFRIED BUBACK WAR KEIN BULLE"

Westberlin 15. Juni *Vom Redaktionskollektiv der Westberliner Zeitung "Radikal" erreichte uns die folgende Erklärung:*

Siegfried Buback war ein Bulle ... ein karrieristischer Technokrat ... ein rücksichtsloser Menschenjäger ... einer der größten Scharfmacher ... die Ermordung von Siegfried Hausner, Holger Meins und Ulrike Meinhof markieren seinen Weg."

Diese aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate aus drei verschiedenen Stellungnahmen zum Attentat auf Siegfried Buback in der "radikal" Nr. 18 vom Aprill 77 führten jetzt, am 5. Juni 78, zu der Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen der "radikal", Karl Ultsch, zu 25 Tagessätzen a 35 DM. Sie sind nach Ansicht des Gerichts eine Verunglimpfung des Andenkens eines Verstorbenen (§ 189 StGB). Die beanstandeten Passagen stammen aus drei Artikeln, die mit unterschiedlicher Begründung das Attentat ablehnten. Ein Vierter, der es als "Betriebsunfall" nicht verurteilte, wurde vom Gericht zwar als zynisch, jedoch nicht strafbar bezeichnet.

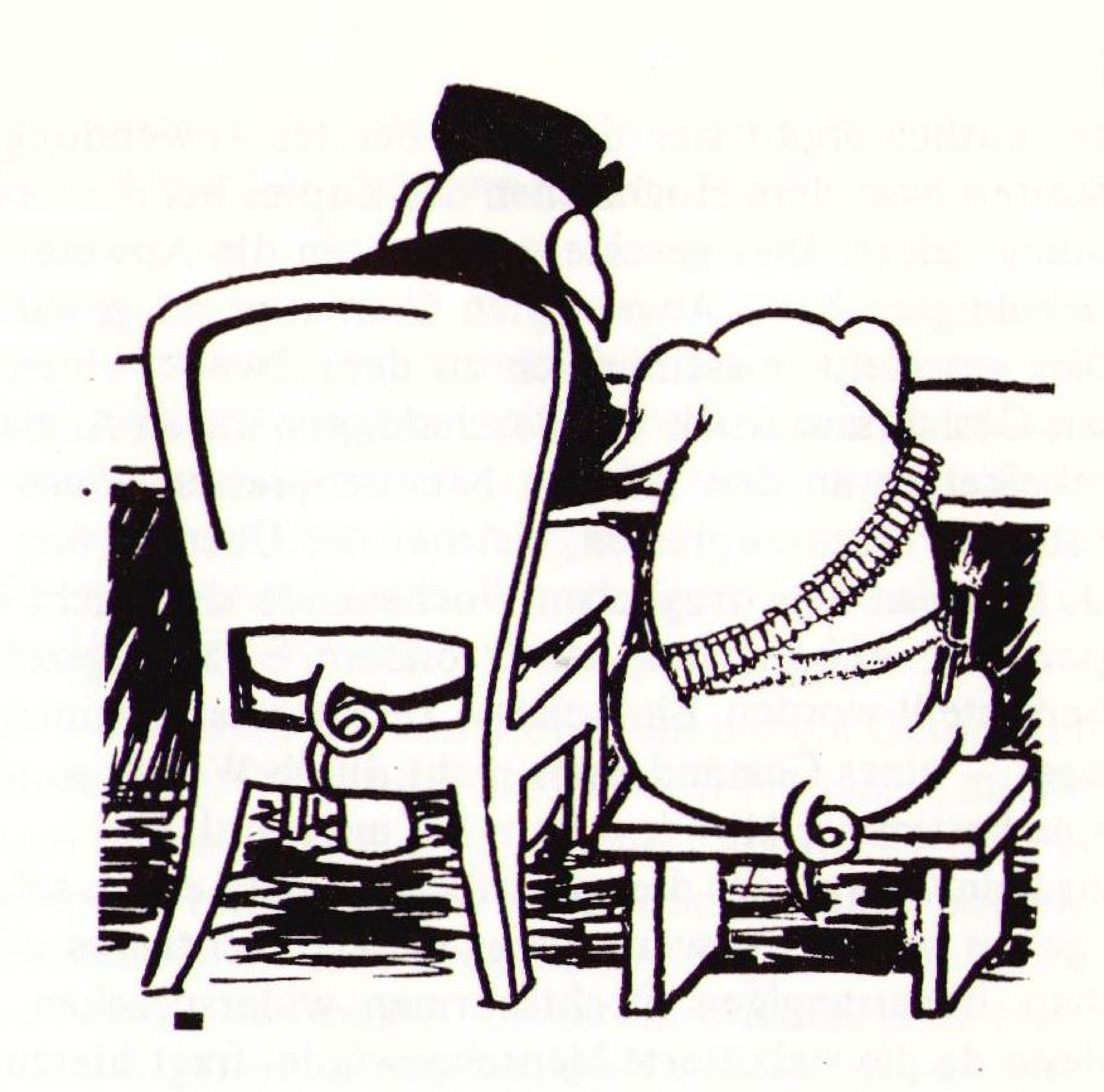
Die Anklage war von dem berüchtigten Staatsanwalt Weber im Rahmen einer "Sammelbestellung" des Sohnes des Verstorbenen, Michael Buback, zusammengebastelt worden. Das Gericht sah es zwar als nicht erwiesen an, daß Karl sich mit dem Inhalt obiger Passagen identifizierte, verurteilte ihn aber deshalb, weil er nicht, wie es seine Pflicht als presserechtlich Verantwortlicher sei, die Zeitung von strafbaren Inhalten freigehalten habe. Die Argumente unseres Verteidigers, RA Geulen, daß die beanstandeten Äußerungen durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (GG Art. 5) gedeckt seien und, selbst wenn sie beleidigend seien, zur Auseinandersetzung mit dem Terrorismus mehr beitrügen, als alle Sonntagsreden der etablierten Politiker (frei nach Justizsenator Baumann) waren ebenso in den Wind geredet wie der Hinweis von Karl, daß die Verleumdung von Heinrich Böll als "Terrorsympathisant" einem gewissen Matthias Walden unter Hinweis auf eben jenen Artikel 5 erlaubt wurde.

Für uns hat dieses Urteil schwerwiegende Folgen:

1. Zuzüglich der Gerichtskosten belaufen sich die Kosten für uns auf ca. 1.600 DM. Aus eigener Kraft sind wir nicht in der Lage sie zu tragen. Wir bitten deshalb dringend um Solidaritätsspenden.

2. Wichtiger als der finanzielle Aspekt (der natürlich auch politische Methode hat) ist für uns der politische: das Urteil besagt, daß Karl dazu verpflichtet ist, sämtlich Artikel vor dem Druck auf strafrechtliche Bedenken hin zu durchforsten, d.h. zu ZENSIEREN. Abgesehen davon, daß dies praktisch gar nicht zu realisieren ist und unsere kollektive Arbeitsweise in der bisherigen Form verunmöglichen würde, fürhrt eine solche Auflage notwendigerweise zur SELBSTZENSUR. Das politische Prinzip unserer Zeitung, einer offenen, unzensiertenDiskussion innerhalb der Linken wird damit tendenziell kriminalisiert. Eine rationale Auseinandersetzung mit Thesen und Praxis der selbsternannten Stadtguerilla wird selbst schon in die Illegalität gedrängt.

Spendenkonto und Kontakt: PSchA Westberlin, Gruppe A, Kto.Nr. 221 241 – 108, Sichwort "Prozeß". Redaktion "radikal", Gustav-Müller-Str. 46, 1000 Berlin 62, Tel. 030/ 784 78 87



URTEILE IM PROZESS GEGEN DEMONSTRIE–RENDE SOLDATEN

Regensburg 13. Juni Bei der 1.Mai Demonstration 1977 in Regensburg waren auch 3 Soldaten in Uniform dabei, die unter der Parole "Keine Bürgerkriegsübungen durch die Bundeswehr" mitdemonstrierten. Sie taten dies in Uniform, was zwar nicht direkt verboten ist, aber doch verhindert werden soll. Am 1. Mai in Regensburg versuchten zivile Polizisten, Feldjäger der Bundeswehr und uniformierte grüne Männer die drei Soldaten nach der Demonstration zur Rede zu stellen.

Dabei kam es zu Auseinandersetzunge, denn die drei weigerten sich, ihren Wehrpaß zu zeigen und eine Gruppe von 120 Leuten schützte sie dabei vor den Staats- und Armeeschützern. Es kam zur Schlägerei, bei der die drei Soldaten und noch drei Demonstranten festgenommen wurden.

Ein Jahr später hat der Prozeß stattgefunden (siehe ID 227/ 229), bei dem nun die Urteile dem Volk durch den Richter Wahnschaffe bekanntgegeben wurden. Eine der verhafteten Demonstrantinnen wurde zu dreißig Tagessätzen a 12.--DM verurteilt, alle anderen wurden freigesprochen.

Die Gruppe, die während des Prozesses die Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat, wird eine Broschüre zusammenstellen, in der der Prozeß und seine Vorgeschichte dokumentiert werden. Da bislang schon große Kosten angefallen sind, bittet die Gruppe um Spenden auf ihr Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Nr. 2 003312 600, Stichwort 1. Mai.

Kontakt: Johann Rötzer, Badstr. 2, 8400 Regensburg

"2. Juni-Prozeß" in Westberlin

EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEFORDERT

Westberlin 12. Juni *Am 21. Mai 1977 wurden die Angeklagten im "2. Juni-Prozeß" gegen ihren Willen einer Wahlgegenüberstellung unterworfen. 142 Belastungszeugen paradierten vor den Angeklagten, die mit Hilfe von Knebelketten, veränderter Haar- und Barttracht und erzwungener Kleidung in einen wiedererkennbaren Zustand gebracht worden waren. Gegen die Knebelketten hat unter anderen auch Amnesty International im Monatsbericht März 78 protestiert und die Anwendung eines solchen Instruments als eine "ernsthafte Form von Mißhandlung" bezeichnet. Der Berliner Anwalt Peter Schöndienst hat am 12. Verhandlungstag einen Antrag auf Einstellung des "2. Juni-Prozesses" gestellt, in dem er sich wesentlich auf die Wahlgegenüberstellung vom Mai 77 (s. ID 180) bezieht. Den Ermittlungsbehörden ging es eindeutig darum, durch die bei der Wahlgegenüberstellung angeordneten Maßnahmen die Angeklagten zur Selbstbelastung zu zwingen. In diesem Zusammenhang heißt es u.a. in Schöndienst's Antrag:*

"Ganz deutlich ergibt sich das dann bei der Anwendung der Knebelketten bzw. dem Hochziehen des Kopfes bei der Gegenüberstellung selbst. Dies geschieht nicht, um die Anwesenheit der Beschuldigten bzw. Angeklagten überhaupt zu gewährleisten. Dies geschieht ausschließlich zu dem Zweck, einen bestimmten Gesichtsausdruck der Beschuldigten durch Anziehen der Knebelketten an den Händen herauszupressen, einen Gesichtsausdruck herauszupressen, welcher der Überführung dienen soll. Denn an dem fraglichen Wochenende sind nicht Entlastungszeugen, Alibizeugen, usw., sondern Belastungszeugen gegenübergestellt worden. Ein solches Herauspressen eines Geständnisses – eines Geständnisses nicht durch Worte, sondern durch eine bestimmte Mimik – ist völlig ungesetzlich.

Es gibt kein Gesetz, das dies rechtfertigt. Wenn es ein solches Gesetz geben würde, so wäre dieses Gesetz nichtig, es würde sämtlichen höherrangigen Rechtsnormen widersprechen. Wo bleibt denn da die vielzitierte Menschenwürde, fragt hierzu der damalige Vorsitzende des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs, Saarstädt lt. dem oben zitierten Spiegel-Artikel. Der konservative Frankfurter Rechtsanwalt Schmidt-Leichner hält den Gebrauch der Knebelkette ebenfalls für schlechterdings rechtswidrig, man könne den Menschen doch nicht zu Überführungsobjekten machen. Solche Methoden, um den Kopf hoch und die Augen auf zu bekommen, passen unter jede Definition von Folter, so in einem Artikel des Bonner Strafrechtslehrers Grünwald (vgl. Spiegel, 20.6.77).

Die Angeklagten haben sich somit völlig zu Recht dagegen gewehrt, ihre eigene Überführung unterstützen zu müssen. Dies auch noch aus folgendem anderen Grund. Die Angeklagten haben die Benachrichtigung bzw. Anwesenheit ihrer Anwälte verlangt. Dies völlig zu Recht. Dies wurde ihnen verweigert. Auch hierbei setzte sich die Ermittlungsbehörde über die klare Rechtslage hinweg um ihr Ziel, nämlich die Überführung der Beschuldigten zu erreichen. Es ist ein fundamentales Recht nicht nur der Strafprozeßordnung, sondern auch höherrangiger Rechtsnormen der Menschenrechtskonvention, daß sich ein Beschuldigter in jeder wichtigen Verfahrenssituation des Beistandes eines Verteidigers bedienen kann. Dies gilt insbesondere bei Vernehmungen. Eine Wahlgegenüberstellung stellt eine Vernehmung dar (...)

Die damalige Vernehmung wurde von einem Richter angeordnet und von der Bundesanwaltschaft durchgeführt. (...) Danach hat der Beschuldigte bei einer richterlichen oder staatsanwaltschaftlichen Vernehmung das Recht, seinen Rechtsanwalt bei sich zu haben. Dieser Satz gilt ohne die geringste Ausnahme. Diese Regelung – eine Säule rechtsstaatlicher Abwehrrechte des Beschuldigten gegen die Allmacht des Staates – gilt bereits bei geringsten Verfahren und geringfügigsten Vernehmungen.

Umso mehr muß es bei einer Gegenüberstellung diese Umfangs gelten. 142 Zeugen waren geladen worden. Überspitzt kann man sicher sagen, daß dieses Wochenende für den Ausgang des Prozesses wichtiger war, als der ganze Prozeß selbst. Wären an diesem Gegenüberstellungswochenende Beschuldigte wiedererkannt worden, so wäre damit der Prozeß vorentschieden worden. Eine einmal durchgeführte Wahlgegenüberstellung kann, wenn sie fehlerhaft durchgeführt wird, nicht durch einen späteren korrekten Prozeß korrigiert werden.

Denn der Zeuge hat sich ja nunmher festgelegt. Das Wochenende vom 21./22. Mai 1977 stellt einen Generalangriff gegen die Angeklagten dar, einein prozessualen Generalangriff einer Staatsanwaltschaft, die eine Tat, aber keine Täter und insbesondere auch keine Beweise hatte. Diesem Generalangriff wurden die Angeklagten nach Muster eines Inquisitionsprozesses völlig schutzlos ausgesetzt. Hiergegen haben sich die Angeklagten völlig zu Recht gewehrt, bis ihr Widerstand physisch gebrochen war. Die Staatsanwaltschaft hat die hiergegen erstatteten Strafanzeigen wegen Körperverletzung eingestellt.

Die Beschuldigungen der Angeklagten, sie seien geschlagen worden, wurden zurückgewiesen. Laut Einstellungsbeschluß haben die betreffenden Polizeibeamten diese Aussagen nicht bestätigen können. Dazu muß man wissen, daß genau die Beamten die Körperverletzungen vorgenommen bzw. veranlaßt haben, die dann später auch die Ermittlungen wegen der Strafanzeige geführt haben. Die Beamten – es handelt sich um Beamte des Berliner Staatsschutz – haben also gegen sich selbst ermittelt.



Eingestellt wurde auch das Verfahren hinsichtlich des Gebrauchs der Knebelketten. Wörtlich heißt es dazu in dem Beschluß: "Wenn daher die Polizeibeamten dem Verhalten der Häftlingeebenso wie dem ihres Mandanten durch Einsatz von Zwangsmitteln wie durch Ziehen der Knebelkatte, Hochdrükken des Kopfes und Festhalten an den Haaren begegnet sind, so waren deren Handlungen durchaus zulässig und rechtsmässig. Auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist hier nicht verletzt worden." Eine Begründung wird hierfür nicht gegeben. Denn eine Begründung gibt es hierfür nicht."

Kontakt: Claus Hebler, Postfach 4045, 1000 Berlin 30

STANDESRECHTLICHES UNDING! EIN RECHTSANWALT BEGRÜSST SEINEN MANDANTEN MIT UMARMUNG UND SCHULTERKLOPFEN

BERLIN 31. Mai *Der Berliner Rechtsanwalt Dieter Ernst Hoffmann begrüßte einen Mandanten beim Besuch im Knast Werl mit einer Umarmung. Beide klopften sich auch auf die Schulter. Diese Ungeheuerlichkeit veranlaßte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Westberlin entsprechende Schritte einzuleiten. Eine Anschuldigungsschrift gegen den Anwalt wurde verfaßt. Hier der Text der Schrift:*

ANSCHULDIGUNGSSCHRIFT

Den Rechtsanwalt Dr. Dieter Ernst Hoffmann,
geboren am 11. August 1940 in Berlin,
Deutschen, ledig, wohnhaft in Regensburger Str. 3, 1000 Berlin 30, schuldige ich an, zu Werl/Nordrhein-Westfalen und zu Berlin am 26. Oktober 1977 und am 5. Januar 1978 die Pflicht seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und sich innerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, würdig zu erweisen, durch das nachfolgend bezeichnete Verhalten schuldhaft verletzt und dadurch ehrengerichtliche Maßnahmen verwirkt zu haben:

1. Der Rechtsanwalt besuchte den wegen versuchten Mordes u.a. rechtskräftig zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilten Industriekaufmann Heinrich J. der seine Strafe in der Justizvollzugsanstalt Werl verbüßt. Als er J. begrüßte, umarmten sich beide mehrfach und klopften sich auf die Schulter.

2. Nachdem der Leiter der Justizvollzugsanstalt Werl von diesem Vorfall dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin Kenntnis gegeben hatte, bezeichnete der Rechtsanwalt in einer Eingabe vom 5. Januar 1978 an die Justizvollzugsanstalt Werl deren Meldung an die Anwaltskammer als „überflüssiges Schreiben".

Der Verurteilte J. verbüßt die gegen ihn erkannte Strafe jetzt in der Justizvollzugsanstalt Werl in Nordrhein-Westfalen. Der Verurteilte war in dem Strafverfahren u.a. durch den Rechtsanwalt verteidigt worden. Am 26. Oktober 1977 um 11.50 Uhr suchte der Rechtsanwalt als Verteidiger den Strafgefangenen Heinrich J. in der Strafanstalt Werl auf. Er blieb bei ihm bis 16.00 Uhr. Bei der Begrüßung umarmten er und J. sich mehrfach und klopften einander auf die Schulter. Anderen Besuch hatte J. an diesem Tage nicht erhalten.

Der Leiter der Vollzugsanstalt Werl gab mit Schreiben vom 3. November 1977 dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin von diesem Sachverhalt Kenntnis. Diese Meldung gab der Rechtsanwalt Anlaß, eine Eingabe vom 5. Januar 1978 an die Justizvollzugsanstalt Werl zu richten, die keinerlei Höflichkeitsformeln enthält. Er schrieb u.a.:

„Die Leitung der Strafanstalt Werl hat es für richtig gehalten, mit Schreiben vom 3. November 1977 an die Rechtsanwaltskammer Berlin angebliche Beobachtungen anläßlich meines letzten Besuches bei meinem Mandanten mitzuteilen. Wenn für solche überflüssigen Schreiben Zeit ist, sollte nach Monaten auch Zeit für die Bearbeitung der Beschwerden meines Mandanten sein."

Der Rechtsanwalt hat sich zur Sache nicht geäußert, obwohl ihm hierzu ausreichend Gelegenheit gegeben worden ist. Durch das geschilderte Verhalten hat der Rechtsanwalt wiederum in schwerwiegender Weise gegen seine Standespflichten verstoßen. Seine erneute würdelose Solidarisierung mit einem rechtskräftig verurteilten Schwerverbrecher läßt erkennen, daß er gegenüber der kriminellen Vereinigung „RAF" nicht die Stellung eines unabhängigen Organs der Rechtspflege einnimmt und sich der Achtung und des Vertrauens, die seine Stellung als Rechtsanwalt erfordert, nicht würdig erweist (§ 1 Abs. 3 Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts vom 21. Juni 1973). Durch seine Korrespondenz mit der Justizvollzugsanstalt Werl hat er gegen das Standesgebot der Sachlichkeit verstoßen (§ 1 Abs. 1 Standesrichtlinien).

Ich beantrage daher, unter Zulassung der Anschuldigung das Hauptverfahren vor dem Ehrengericht im Bezirk der Rechtsanwaltskammer Berlin zu eröffnen.

Dr. Schlippe, Oberstaatsanwalt.

Kontakt: **Dieter Hoffmann, Regensburger Straße 3, 1000 Berlin 30, Tel. 030/ 24 92 03.**

TRENNSCHEIBE BEI ANGEHÖRIGEN-BESUCH IN STAMMHEIM

BADEN-BADEN
8. Juni

Christa Cullen, die Mutter von Sabine Schmitz, berichtet über die neue Besuchsregelung in Stuttgart-Stammheim:

"Am 7.6.1978 hatte ich einen Besuchstermin bei meiner Tochter Sabine Schmitz. Nach den üblichen Durchsuchungen wurde ich allein in eine Zelle eingesperrt, die nur durch eine Trennscheibe mit der Nachbarzelle verbunden war. Nach längerem Warten betrat meine Tochte diese Nachbarzelle in Begleitung eines Wachmannes und einer Kriminalbeamtin. Es wurde mir erklärt, daß diese Maßnahme einer neuen Vorschrift entspräche. Meine Tochter sagte sofort, daß sie unter solchen Umständen den Besuch nicht akzeptieren könnte, und bat mich um meine Zustimmung dazu. Da ich nicht weniger betroffen war als sie, stimmte ich dem Abbruch meines Besuches zu. Schon bei den wenigen Worten, die wir miteinander wechselten, war festzustellen, daß die Verständigung sichtlich erschwert war. Man mußte sehr laut sprechen und immer wieder zurückfragen, weil man nicht richtig verstehen konnte, was auf der anderen Seite der Scheibe gesprochen wurde. Ein wirkliches Gespräch ist unter solchen Umständen nicht mehr möglich.

Vor dem Verlassen der Anstalt bat ich um ein Gespräch mit der Anstaltsleitung. Der Anstaltsleiter, Herr Hermann, erklärte mir auf mein Befragen, daß er diese neue Vorschrift erlassen habe, die sich nicht nur auf Anwälte erstrecke, sondern auf alle Besucher einschließlich der Familienangehörigen. Dabei hob er den Vorteil hervor, den meine Tochter durch diese neue Maßnahme habe, weil die Durchsuchungen der Gefangenen vor dem Besuch wegfielen. Meine Tochter hatte mir aber kurz vorher erklärt, daß sie trotzdem wieder durchsucht worden sei. Wie dem auch sei, hier von einem Vorteil zu sprechen, wenn eine unmenschliche Maßnahme durch eine andere ersetzt wird, halte ich für blanken Zynismus."

"Auf eine frühere Beschwerde hin waren bei Besuchen von Angehörigen 'Körperkontakte' — sprich Umarmungen — bisher ausnahmsweise erlaubt worden. Auch die Gesprächseinschränkungen beim Besuch waren wieder etwas gelockert worden. Dafür liefen die perfiden Körperdurchsuchungen der Gefangenen vor und nach jedem Besuch weiter. Nun versucht die Anstaltsleitung neuerdings eigenmächtig, über die Trennscheibe die Schotten ganz dicht zu machen und die Gefangenen ganz in den Schubladen der neuen Beton-Stahl-Zellen verschwinden zu lassen — wohl wissend, daß für die Gefangenen Besuche unter solchen Bedingungen nicht laufen können. Der zuständige Haftrichter hat mir telefonisch zugesagt, daß er Anfang nächster Woche selbst nach Stammheim fahren und die neue Situation in Augenschein nehmen will, weil ihm auch bereits andere Beschwerden wegen der Trennscheibe vorlägen."

Nachtrag: 15.6.78

Der stellvertretende Haftrichter gibt Frau Cullen die Auskunft, das Oberlandesgericht habe die Tendenz, dem Gefangenen bei Verwandtenbesuchen die Wahl zwischen Körperdurchsuchung oder Trennscheibe zu lassen. Bei allen anderen Besuchen werde die Trennscheibe zur Regel, ebenso wie die Durchsuchung der Besucher mit Abtasten und Sonde.



BRIEFKONTAKT MIT PETER-PAUL-ZAHL VERBOTEN

Frankfurt 14. Juni *Einer Gruppe von Studenten des germanistischen Seminars der Universität Frankfurt ist der Briefkontakt mit Peter-Paul Zahl von der Knastleitung untersagt worden. Ziel der Gruppe war es mit P.P. Zahl in einer politisch-literarischen Diskussion zu bleiben – die Anstaltsleitung sieht in diesem Versuch eine Gefährdung für die Wiedereingliederung Zahls. Hier Auszüge aus einer Erklärung der Studenten:*

"Eine der aus dem Seminar entstandenen Arbeitsgruppen nahm Ende 1977 brieflichen Kontakt mit P.P. Zahl auf und erhielt Anfang 1978 einen Antwortbrief. Ein zweiter Brief der Gruppe vom März 1978 wurde von der Leitung der JVA Werl weder an Zahl weitergeleitet noch an die Gruppe zurückgesandt, sondern einbehalten. Gleichzeitig wurde – wie wir erfahren haben – Zahl jeder weitere Kontakt mit der Arbeitsgruppe verboten; es wurde ihm sogar untersagt, die Gruppe von diesem Beschluß, der ein Kommunikationsverbot bedeutet, auch nur zu unterrichten. Das Verbot des weiteren Kontakts wird formal begründet mit § 28 Abs. 2, Ziff. 2 StVollzG, wonach einem Gefangenen der Schriftverkehr mit bestimmten Personen untersagt werden kann, "wenn zu befürchten ist, daß der Schriftwechsel einen schädlichen Einfluß auf den Gefangenen haben kann oder seine Wiedereingliederung behindern würde".

Diese Begründung bzieht sich offensichtlich auf den Inhalt des Briefes slebst: indem dem Brief ein "schädlicher Einfluß" auf den Gefangenen unterstellt wird, werden letztlich seine Absender kriminalisiert und wird tendenziell jeder Versuch, mit Zahl politische und literarische Themen zu diskutieren, als seiner Wiedereingliederung hinderlich kiskriminiert und verboten. Die Tatsache, daß der Arbeitsgruppe zudem völlig unklar blieb, weshalb der Briefverkehr unterbrochen war, soll diese wohl verunsichern und bei ihr den Eindruck entstehen lassen, Zahl habe von sich aus den Kontakt abgebrochen.

Das hier verhängte Kontaktverbot ist dabei nur eine Maßnahme unter vielen, die den Effekt haben, Zahl von der für ihn wie für jeden Gefangenen lebensnotwendigen Umwelt zu isolieren und seine politische, literarische und persönliche Identität zu zerstören. Er darf in der Regel nur noch vier Zeitungen beziehen, die Anzahl der ihm zur Verfügung stehenden Bücher ist von 150 auf 25 reduziert worden. Besuche werden meist von mehreren Beamten streng überwacht, ab Juni droht ihm auch noch –laut Andeutung der Anstaltsleitung– die Behinderung von Verteidigergesprächen durch Einführung der Trennscheibe. Noch immer ist Zahl nicht in den "Normalvollzug" eingegliedert, sondern er unterliegt weiterhin verschärften Haftbedingungen.

Die hier getroffenen Maßnahmen greifen nicht nur in elementarer Weise in die lebensnotwendigen Rechte von P.P. Zahl ein, sie spricht auch der viel beschworenen Freiheit der wissenschaftlichen und politischen Diskussion Hohn, indem sie diese mit zynischen Begründungen auf das Maß des dem Staatsapparat Angenehmen und ihm Wohlgesonnenen einengt."

Das hier geschilderte Kontaktverbot ist alles andere als ein Einzelfall. Mit einer Verfügung vom 1. Juni 1978 ist P.P. Zahl auch der Kontakt mit der "Initiativgruppe Peter Paul Zahl" verboten worden – auch hier, weil angeblich "schädlicher Einfluß" auf den Gefangenen ausgeübt wird. Die Initiativgruppe, in der Journalisten, Schriftsteller, Verleger und Anwälte Zahls mitarbeiten, hatte versucht, Nachrichten über Zahls Situation in der Haft an die Öffentlichkeit zu bringen und Zahl durch juristische Unterstützung und die Aufrechterhaltung von Kontakten zu helfen.

Kontakt: AG "Politische Literatur und gesellschaftliche Praxis", c/o ASTA der Universität, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt, Tel: 0611/ 798 31 81



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries

Noch ein standesrechtliches Ermittlungsverfahren

"SIE HABEN SICH BEI IHREM AUFTRETEN VOR GERICHT SENSATIONELL VORAUSGESTELLT"

Berlin 12. Juni *Der Berliner Oberstaatsanwalt Schlippe hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein standesrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Verteidiger Günter Sonnenbergs, Philipp Heinisch, einzuleiten. Er tut dies auf Bitten seines Kollegen Staatsanwalt Fernholz, der die Stuttgarter Verhandlung gegen Günter Sonnenberg als Vertreter der Anklage bereicherte und der sich bei Schlippe über das ungebührliche Verhalten von RA Heinisch vor Gericht beschwert hatte. Wir zitieren aus der Ermittlungsschrift:*

"(.....)

Zu Beginn des Hauptverhandlungstermins vom 30. März 1978 lehnte RA Heinisch den Vorsitzenden im Hinblick auf die sitzungspolizeilichen Anordnungen wegen der Besorgnis der Befangenheit ab. Rechtsanwalt Müller schloß sich dem Antrag an. Durch Beschluß vom selben Tage wurde die Unbegründetheit der Ablehnung festgestellt. RA Heinisch beantragte sodann die Unterbrechung der Hauptverhandlung, bis über seine, die sitzungspolizeiliche Verfügung des Vorsitzenden betreffende Verfassungsbeschwerde vom 29. März 1978, entschieden worden sei. Der Senat lehnte diesen Antrag ab. Daraufhin kündigte RA Heinisch an, er werde bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über eine gleichgelagerte Verfassungsbeschwerde in der Strafsache gegen Dr. Croissant so im Sitzungssaal auftreten, wie er bei der Durchsuchung behandelt werde. Er zog daraufhin seine Stiefel aus, stellte sie neben sich und öffnete seine

Robe sowie den Hosenladen. (Siehe ID 224, S. 28). Im weiteren Verlauf dieses Sitzungstages, auch nach einer Unterbrechung durch die Mittagspause, nahm RA Heinisch ohne Schuhe und mit geöffnetem Hosenladen an der Verhandlung teil.

In dem folgenden Hauptverhandlungstermin vom 5. April 1978 trug RA Heinisch wieder Schuhe, sein Hosenladen war geschlossen. Am nächsten Sitzungstag, am 6. April 1978, erklärte er, er sei bei seiner Ankündigung vom 30. März 1978 von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 4. oder 5. April ausgegangen; er habe nicht die Absicht gehabt, während des ganzen Prozesses ohne Schuhe und mit geöffnetem Hosenladen aufzutreten. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erging sowohl in der Sache Dr. Croissant als auch in der Sache Sonnenberg am 7. April 1978; eine Ablichtung der Entscheidung in der Sache Sonnenberg ist beigefügt."

"Hiernach besteht gegen Sie der Verdacht, sich gegenüber dem Gericht und den übrigen Prozeßbeteiligten nicht entsprechend Ihrer Stellung als eines Organs der Rechtspflege verhalten und sich bei Ihrem Auftreten vor Gericht sensationell vorausgestellt zu haben."

Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 262 20 23

DIE FREE CLINIC BRAUCHT GELD!

HEIDELBERG
Juni 1978

Wie es schon die bürgerliche Presse gemeldet hat, die Free Clinic (freie Klinik) Heidelberg ist in arge Bedrängnis geraten. Bisher in der Brunnengasse zentral gelegen, hat sich die Free Clinic in unorthodoxer Weise um Drogenabhängige bemüht, die staatliche oder städtische Stellen aus allen möglichen Gründen beziehungsweise Einsichten nicht in Anspruch nehmen wollten.

Nun hat die Stadt Heidelberg der Free Clinic die zur Verfügung gestellten Räume gekündigt. Es gab ein behördliches Gezeter über die Einhaltung des im Mietvertrag geforderten „konkreten Drogenbezugs der Free Clinic-Aktivitäten". Dieses Gezeter wurde von dem Heidelberger SPD-Oberbürgermeister Zundel, der CDU-Politik in Reinkultur betreibt, gesteuert. So mußte die Free Clinic am 22.3. wohl oder übel aus der Brunnengasse in die Rohrbacher Straße 87 umziehen.

Die Einschränkungen durch die Raumnot im neuen Quartier sind enorm (Brunnengasse 500 qm - Rohrbacher Str. 150 qm), und so bedarf's etlichen Geldes, um außer der medizinischen Praxis und der psychosozialen Beratungsstelle auch den anderen der Free Clinic angeschlossenen Aktivitäten (Walnuss und diversen Selbsthilfegruppen) wieder Räume zu beschaffen. Deshalb sollen in der neuen Umgebung zusätzliche Räume angemietet werden. Da jedoch die kassenärztliche Zulassung Free Clinic nicht mehr besteht, brauchen wir dringend Geld für den Behandlungsbetrieb und die zusätzlichen Räume.

Der Förderverein der Free Clinic nimmt jederzeit und lachenden Herzens neue Mitglieder auf, die jährlich wenigstens 60 DM (Mitgliedsbeitrag) übrig haben. Natürlich helfen auch Spenden in unbegrenzter Höhe !

Kontaktadresse: Verein zur Förderung der Free Clinic Heidelberg e.V., Rohrbacher Str. 43, 69 Heidelberg.
Bankverbindung: „Bank für Gemeinwirtschaft" Heidelberg, Konto-Nr. 10707910.

BREMER FRAUEN BITTEN UM SPENDEN

BREMEN
30. Mai

Von der Frauen-Aktionseinheit:

Im September letzten Jahres brachte der Sozialarbeiter Peter Brosch den Skandal im Isenbergheim — einem Mädchenheim der Inneren Mission in Bremen — an die Öffentlichkeit. Dort war ein schwangeres Mädchen nach einer Totgeburt gestorben und ein anderes Mädchen hatte ebenfalls eine Totgeburt. Beide Fälle wurden von Brosch in Zusammenhang mit den Zuständen im Heim gebracht: z.B. Postkontrolle, Ausgangssperre, Zwang zur Teilnahme am Gottesdienst und vieles andere mehr. Dieser Skandal ging durch die gesamte Presse. Die Frauen-Aktionseinheit Bremen hat an der Veröffentlichung dieser unmenschlichen Zustände mitgewirkt und dadurch versucht, die Situation der Mädchen zu verbessern.

Sie machten eine Veranstaltung , gingen mit Flugblättern auf die Straße und erstellten eine Dokumentation „Isenbergheim — Mädchengefängnis" mit Berichten und Dokumenten über die Vorfälle und Zustände im Heim. Die Dokumentation fand großes Interesse und war ziemlich schnell vergriffen.

Durch den öffentlichen Druck sah sich schließlich auch der Bremer Senat gezwungen zu reagieren. Im wesentlichen bestätigte er die Vorwürfe (bis auf die Todesfälle) und sorgte für die Absetzung der Heimleiterin!

Auch die Innere Mission — die Trägerin des Heims — reagierte: Sie bombardierte die gesamte Presse mit einstweiligen Verfügungen und Anzeigen. Und sie erstattete Anzeigen gegen die Mädchen, die gegen die Innere Mission ausgesagt hatten. Auch die Frauen-Aktionseinheit bekam eine einstweilige Verfügung gegen die Dokumentation, legte Widerspruch ein und verlor den Prozeß. Und das, obwohl inzwischen die meisten Mißstände bestätigt und abgeschafft worden waren. Sie hat den Prozeß verloren, weil sie juristisch nicht beweisen konnte, daß die Todesfälle durch die Zustände im Heim verursacht wurden. Zwar stellt das Gericht fest, daß eine Verletzung der Aufsichtspflicht vorläge, aber das berechtigte die Frauen-Aktionseinheit noch lange nicht, zu behaupten, das Isenbergheim sei verantwortlich dafür.

Besonders übel ist auch, daß die presserechtlich Verantwortliche als Einzelperson vor Gericht steht und auch als Einzelperson zahlen muß — was für sie den finanziellen Ruin bedeutet. Denn die Innere Mission hat inzwischen Klage gegen die Dokumentation eingereicht — mit einem Streitwert von 500000,— DM!!!

Die Aktionseinheit arbeitet trotzdem an einer neuen Broschüre über das Isenbergheim, die Prozesse und die Repressalien durch die Innere Mission. Sie benötigt zu ihrer weiteren Arbeit Spenden. Mit dem Geld will sie nicht nur unsere Prozesse finanzieren, sondern auch alle jene unterstützen (mit Ausnahme der Presse), die von der Inneren Mission mit Prozessen unter Druck gesetzt werden.

Spendenkonto: Sparkasse in Bremen Bankleitzahl: 290 501 01 Konto Nr. 11177235 Stichwort „Mädchenheim", Inh. Claudia Zuper.

Kontaktadresse: **Frauen-Aktionseinheit, Brigitte Möller, Helgolanderstr. 73, 2800 Bremen.**



Zensur im Knast

"SIE HABEN EINE SCHRECKLICHE ANGST VOR JEDEM BUCH"

Werl
7. Juni

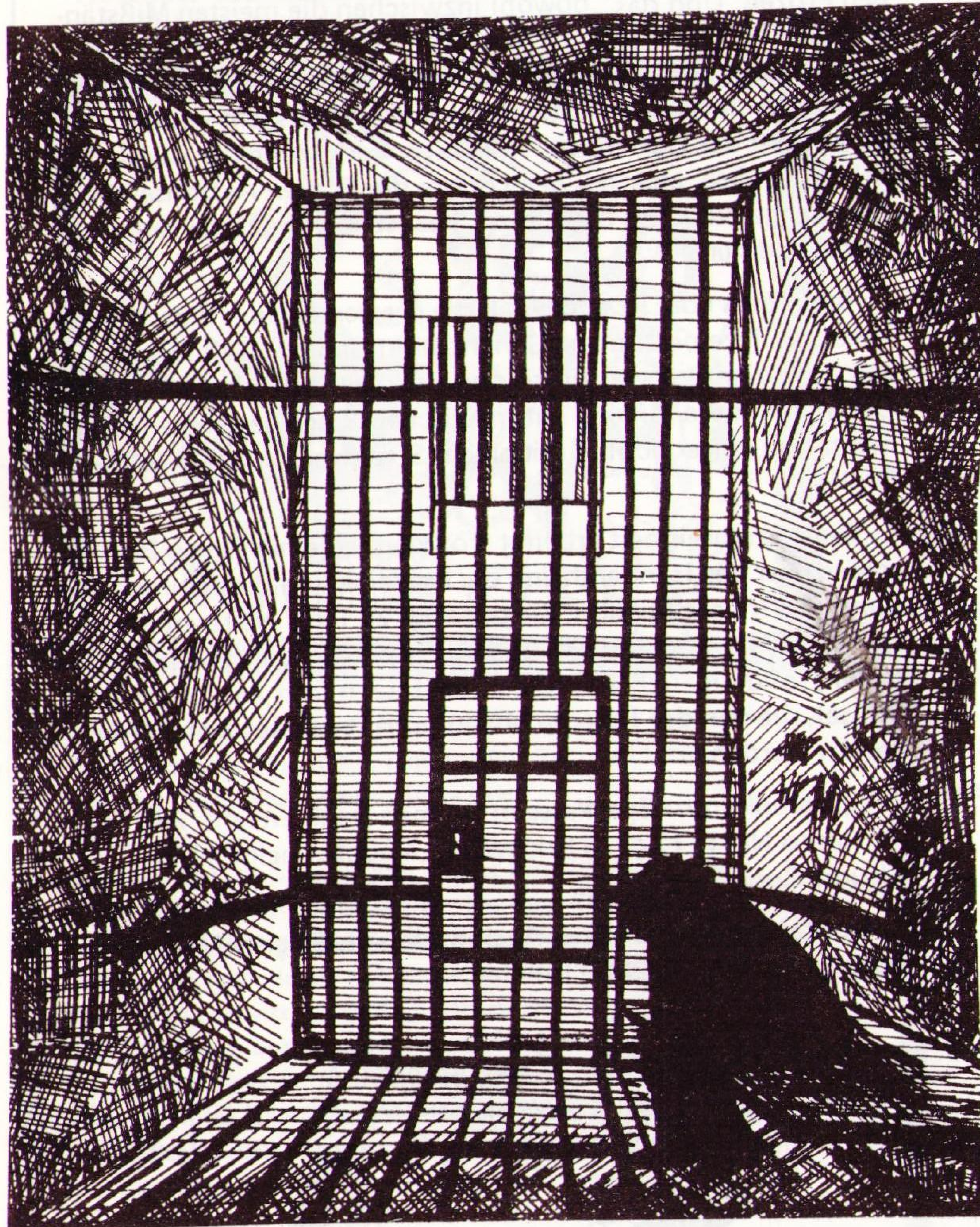
In einem Brief an uns schreibt ein Gefangener aus der Justizvollzugsanstalt Werl:

"Liebe ID-Leute, besten Dank für die Zusendung des ID, wenn die Ausgabe auch man bloß bis zur Habe gelangt. In der Anhalteverfügung, die mir vorgelesen wurde stand, daß diese Ausgabe, besonders S. 20, geeignet sei, eine antistaatliche Einstellung hervorzurufen oder zu fördern. Wie ich sehe, macht ihr euch! Früher habt ihr man bloß Sicherheit und Ordnung einer JVA gefährdet, heute schon den ganzen Staat. Nun habe ich zum ersten Mal einen beschwerdefähigen Bescheid beantragt. Sobald ich den habe und Beschwerde einlege schicke ich euch eine Kopie zu.

Am 22.5.78 holte ich mein Geburtstagspaket von der Kammer ab. Die beiden darin befindlichen Bücher, Brechts Tagebücher und Ernst Tollers Autobiographie wurden mir aber nicht ausgehändigt, sondern zur Habe gegeben. Wegen dieser Nichtaushändigung habe ich eine Dienstaufsichtsbeschwerde losgelassen; mal gespannt, was daraus wird. Ich zitiere aus dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 30.4.78, Ernesto Cardenal:

"Sie haben eine schreckliche Angst vor jedem Buch, vor dem Buch als solchem. Dies macht sehr gut deutlich, wie es um die Kultur unseres Landes bestellt ist."

Also, nicht daß ihr nun meint, der Ernesto Cardenal kenne auch die JVA Werl, nee, der meint das Terror-Regime in Nicaragua. Weiterhin eine fröhliche Staatsgefährdung, viele Grüße aus dem Strafcontainer..."



BESETZTES HAUS GERÄUMT — ABER DIE BESETZER GEWINNEN DEN PROZESS

DORTMUND
12. Juni

Im vergangenen Jahr besetzten Mitglieder verschiedener Dortmunder Selbsthilfegruppen ein leerstehendes Haus, um darin zu wohnen und um auf die verrottete Dortmunder Sanierungspolitik aufmerksam zu machen. Mehrere Hundertschaften Polizei räumten das Haus nach einigen Tagen. Aus Protest war vorübergehend auch das Oberbürgermeisterbüro besetzt worden. Vor einem Dortmunder Gericht fand nun der Prozess gegen 24 Hausbesetzer statt, zu dem es im Ruhr Volksblatt unter anderem heißt:

"Von Tag zu Tag des Prozesses kam die Stadt Dortmund stärker in Schwierigkeiten. So konnte zum Beispiel der Saalordner, der bei der Besetzung des Ratssaales dabeigewesen war, sich nicht mehr daran erinnern, daß die Besetzer überhaupt aufgefordert worden waren, sich zu entfernen! Aber ein Ratsherr behauptete dies steif und fest!

Nebenbei kam auch heraus, daß der Oberstandtdirektor versucht hatte, der Dortmunder Presse ein Verbot der Berichterstattung über die Selbshilfegruppen aufzuerlegen! Am 4. der 5 Prozeßtage verzweifelte auch der Staatsanwalt an seiner Beweisführung. Nach einigen Telefonaten gab er entnervt auf. Alle 24 Verfahren wurden wegen Geringfügigkeit eingestellt." (Applaus, Anm. d.R.)

Kontakt: Ruhr Volksblatt, Virchowstr. 15, 4650 Gelsenkirchen

WIE MAN ALS BUCHHÄNDLER IN VERDACHT GERÄT

TÜBINGEN
15.Juni

Bei einer Klautour durch Tübinger Buchläden kommen zwei Schüler auch in die politische Buchhandlung in der Nauklerstraße. Sie lassen zwei Zeitungen und ein Buch mitgehen, ohne daß es bemerkt wird und setzen ihre Tour fort. In einer der nächsten Buchhandlungen werden sie erwischt und der Polizei übergeben. Sie müssen ihre Taschen ausleeren und dabei kommen auch die zwei in der Nauklerstraße gestohlenen Zeitschriften zutage. Die Polizei erfährt von den beiden, wo die Zeitungen herstammen und so kommt der Geschäftsführer der politischen Buchhandlung zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung — bei den zwei Zeitungen handelte es sich um das Info-BUG Nr. 172 und den „Roten Zwerg".
In der Ermittlungsschrift, die der Geschäftsführer des politischen Buchladens von der Staatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts erhielt, heißt es:

„. . . aus dem Inhalt dieser beiden Broschüren ergibt sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Verdacht der Werbung für eine terroristische Vereinigung. Hierzu sollen Sie vernommen werden."

Kontakt: Aktion politischer Buchladen, Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen, 07071/212929

MATERIAL ZUM BÖSE-PROZESS GESUCHT

LÖRRACH
Juni 78

Aus Lörrach erhielten wir eine Anfrage an Gruppen und Individuen. Gesucht wird sämtliches Material zum Prozeß gegen den Krankenpfleger Reinhard Böse, der seit dem Dezember 77 in Freiburg vor Gericht steht. Ihm wird vorgeworfen, den Tod von vier Patienten des Kreiskranenhauses Rheinfelden verschuldet zu haben (siehe ID 220 und 228). Das Material wird für einen ausführlichen Bericht im Hochrhein Forum — Freie Presseagentur Hochrhein benötigt.

Hochrhein Forum, c/o s'lädeli, Rainstr. 17, 7850 Lörrach

GEDÄCHTNISPROTOKOLL EINES ANHÖR–VERFAHRENS

LINDAU
Juni

Die Jugendzeitung "Collage" hat eine Sonderdokumentation veröffentlicht. Sie enthält das Gedächtnisprotokoll des Lehramtsanwärters Edgar Vögel zum Anhörungsverfahren, dem er sich am 8. Februar dieses Jahres unterziehen mußte, weil er nach Erkenntnissen nicht genannter Behörden Mitglied des Sozialistischen Hochschulbundes war. Das neunseitige Protokoll ist gegen Einsendung von 1,20 Mark in Briefmarken bei Thomas Bürster, Jugendzeitung "Collage", Oberreitnauerstr. 57, 8990 Lindau, zu bestellen.

BÜRO DER PERSISCHEN STUDENTENORGANISATION DURCHSUCHT

Frankfurt
14. Juni

Aus einer Presseerklärung der Conföderation Iranischer Studenten, CISNU:

"Am Freitag, dem 26.5.78 überfielen bewaffnete BKA-Beamte das CISNU-Büro in Frankfurt, nach

"Am Freitag, dem 26.5.78 überfielen bewaffnete BKA-Beamte das CISNU-Büro in Frankfurt, nachdem sie die Wohnungstür aufgebrochen hatten. Als Grund gaben sie an, daß bei der Festnahme einer "Terroristin" Anschrift und Telefonnummer des CISNU-Büros gefunden worden seien. Wegen "Gefahr im Verzuge" wurde von der Bundesanwaltschaft die Hausdurchsuchung nach Waffen, Sprengstoff usw. ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl angeordnet. Dabei ist zu beachten, daß die angeblich gefundene Adresse nur eine Ähnlichkeit mit der Adresse des CISNU-Büros hat.

Als eines der CISNU-Mitglieder das Büro betreten wollte, fand er dort die BKA-Beamten vor. Sie durchwühlten das Büro, brachen Schränke und Koffer auf und sahen sich nach Namen und Adressen von CISNU-Mitgliedern um. Die später hinzugekommenen Anwälte sahen zufällig, daß eine Skizze des CISNU-Büros angefertigt wurde. Nach dem Grund befragt erklärten die Beamten, dies sei eine Routinesache! Um 2030 Uhr zogen sie mit der Erklärung: "Es wurde nichts gefunden." ab.

Der Leiter der BKA-Aktion, ein Mann namens Schneider, erklärte dem CISNU-Anwalt telefonisch, daß die Genossin, auf deren Namen das CISNU-Büro gemeldet ist, beschuldigt wird, durch Zurverfügungsstellung der Anschrift eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben."

Kontakt: CISNU, Postfach 16247, 6000 Frankfurt 1

ÄNDERT SICH DIE AAO?

Nürnberg
13. Juni

Die Nürnberger Jugendzeitung "Komm-Zeitung" erscheint wieder monatlich und teilt mit, daß die Aktionsanalytische Aktion (AAO) Versuche macht, ihren schlechten Ruf zu verbessern. In einem Brief, der sich an die Vollversammlung des KOMM richtet, sieht die AAO-Sektion Nürnberg in ihrem provozierenden Auftreten von damals eine eigene Unsicherheit, die nun überwunden sei. Der Brief schließt mit einer Bitte um Kooperation mit den Nürnberger Gruppen. Die Leute vom KOMM-Zentrum sind sich nun nicht klar, was sie davon halten sollen. Daher bitten sie um Erfahrungen aus anderen Städten.

Kontakt: Sekretariat des KOMM, Königstr. 93, 85 Nürnberg



TILL MEYER IN DER BUCHHANDLUNG?

BERLIN
14.Juni

Von der Politischen Buchhandlung Commune aus Berlin erhielten wir folgenden Bericht:

„Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich in ihrer Strategie, linke Projekte zu kriminalisieren, wieder etwas Neues einfallen lassen: Unser Buchladen, die ‚commune' in Dahlem, soll jetzt mit der Befreiung von Till Meyer in Zusammenhang gebracht werden!
Am Montag, den 12.Juni, hat mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizei unsere Geschäftsräume, Unter den Eichen 84 d, gewaltsam aufgebrochen. Der Laden war an diesem Tag wegen des Prozesses gegen die 4 Agit-Drucker (1.Prozeßtag) geschlossen.

Nur durch Zufall – ein Zeitungsauslieferer fuhr zum Zeitpunkt des Einbruchs gerade am Laden vorbei – erfuhren wir, die namentlich bekannten Geschäftsführer, von dem ‚Besuch'. Obwohl es also möglich gewesen wäre, die Geschäftsführer hinzuzuziehen, hat das Staatsschutzkommando es vorgezogen, die Türschlösser aufzubrechen und in unserer Abwesenheit zu ‚arbeiten'. Kunden, die im weiteren Verlaufe dieser Aktion den Laden betreten wollten, ließ man nicht hinein; einziger Zeuge bei der Durchschnüffelung war unser Hausbesitzer.

Laut hinterlassendem Protokoll wurden in alter Zensurtradition diverse Ausgaben des Info-BUG und des BUG-Info, sowie zwei Postkarten und Briefe eines Gefangenen, den die ‚commune' neben 80 anderen Gefangenen mit Büchern versorgt, beschlagnahmt.

Erkenntnisse für die Staatsanwaltschaft in Sachen Till Meyer hat die Durchsuchung selbstverständlich nicht ergeben. Was also übrigbleibt, ist eine weitere in der langen Reihe von Maßnahmen zur Kriminalisierung und Einschüchterung der linken in Berlin.

Kontakt: **Commune Politische Buchhandlung GmbH**
Unter den Eichen 84 d,1000 Berlin 45,Tel. 83 28 315

Zaire– Shaba
Was ist die FNLC

Der Bericht über die FNLC ist aus Meldungen und Artikeln aus "Liberation", "Le Monde", Politique Hebdo", "Afrique-Asie" und "Jeune Afrique" zusammengestellt.

Nach Schätzungen des Flüchtlingskommissariats der UNO sind bisher 220.000 Menschen aus Zaire nach Angola geflüchtet. Sie kamen völlig mittellos dort an und existieren heute mühevoll als Kleinbauern, Handwerker oder Tagelöhner auf den Kaffeeplantagen. Diese Flüchtlicnge gehören überwiegend zu den Stämmen der Lundas, Lulua's und Tshoke's, die im 18. Jahrhundert im heutigen Grenzgebiet Angolas, Zaires und Sambias das Königreich Balunda bildeten. Noch heute haben die Staatsgrenzen für sie praktisch keine Bedeutung.
Nach Ende der Katangakriege richtete sich die Repression in Zaire gegen das ganze Volk der Lundas. Deshalb sind oft ganze Dorfgemeinschaften ins Exil nach Angola gegangen. Sie haben dort ihre Gebräuche und ihre soziale Organisation bewahrt, mit den Dorfchefs und Unterhäuptlingen, die sich um die Verteilung von Lebensmitteln, die Einrichtung von Gemeinschaftsbauten, Krankenstationen und Schulen kümmerten.
Nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge sind ehemalige 'Katanga-Gendarmen', denn die meisten von ihnen hatten 1967 das heimtückische Angebot Mobutus akzeptiert, sich in die zairische Armee reintegrieren zu lassen und wurden umgebracht.

Aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen wollen die meisten Flüchtlinge in ihre Heimat nach Shaba zurück. 1968 gründet der ehemalige Polizeikommissar aus Kolwezi und dortige Vorsitzende der "Freundschaftsvereinigung der Lundas", Nathael Mbumba, die FNLC, der sich viele, besonders junge Flüchtlinge aus Shaba anschlossen ebenso wie die Reste der Katanga-Gendarmen. Deren Geschichte allerdings ist mehr als fragwürdig. Mit dem von belgischen Imperialisten unterstützten Sezessionspolitiker Tschombe kämpften sie gegen Lumumba und später an der SEite der weißen Söldner gegen die Aufstände und die Volksrepublik im Osten Zaires, wobei sie auch selbst Massaker veranstaltet haben.

Die FNLC versteht sich auch bei ihrer Gründung mehr als die militärische Front und weniger als politische Befreiungsbewegung. Das faschistische Portugal tolerierte FNLC in Angola, unter der Bedingung, daß siegegen die angolanischen Befreiungsbewegungen MPLA und FNLA kämpfe. (Allerdings erklärte ein FNLC-Vertreter letztes Jahr einem Liberation-Mitarbeiter: „Wir haben trotzdem versucht, unsere Beziehungen zu den angolanischen Brüdern so gut wie möglich zu gestalten.") Sie kämpften auch hauptsächlich gegen die 'Osttendenz' der MPLA unter Chipenda, die sich später mit allen Waffen und Material auf die Seite der FNLA schlug. Später erklärte die FNLA, daß sie die ganze Zeit gegen ihre "wirklichen Feinde" gekämpft habe, denn während ihrer gesamten Geschichte sahen sie ihren speziellen Feind in Mobutu und dessen Freunde, zu denen ja auch sein Schwager und FNLA-Führer Holden Roberto zählt, den Mobutu im angolanischen Bürgerkrieg massiv unterstützte.

1974: Der Wind hat sich in Portugal gedreht und in Angola regierte Rosa Coutinho. Man bot der FNLC drei Alternativen zur Auswahl: nach Südafrika zu gehen, nach Zaire zurückzukehren oder sich in die Streitkräfte der MPLA zu integrieren. Die als die berüchtigten "Schwarzen Pfeile" bekannten Kämpfer der FNLC entscheiden sich für die MPLA und hatten Anteil daran, daß die MPLA im Bürgerkrieg nicht vor der Ankunft der Kubaner aufgerieben wurde. Im unabhängigen Angola wurde ihre Anwesenheit zunächst toleriert, später aber in Frage gestellt, da die FNLC ein Hemmnis für die Normalisierung der Beziehungen zu Zaire darstellte.

Außerdem versuchte der angolanische Präsident Neto die gesamte zairische Mobutuopposition um die FNLC zu vereinigen. Aber die Gespäche mit der revolutionären Volkspartei von Laurent Kabila, die unter der Tradition Lumumbas steht und im Osten Zaires einige kleinere Guerillatrupps unterhält, bleiben erfolglos. Anscheinend sperrte sich der Gründer der FNLC persönlich stark dagegen. Er stützte sich hauptsächlich auf die militärische Stärke seiner etwa 5000 gut ausgebildeten und seit dem Bürgerkrieg von den Kubanern auch gut ausgerüsteten Soldaten.

Zum anderen ist die "Autonomie" der FNLC gegenüber Luanda fast total: Verwaltung, Steuern, Krankenhäuser, Schulen, eigene Versorgung mit Lebensmitteln und selbst die Ausbeutung einiger kleiner Diamantenminen, die sozusagen einen kleinen Kriegsschatz darstellen, alles kontrolliert die FNLC im Nordwesten und Angola ist nicht in der Lage, dieses Problem militärisch zu lösen, da die Auseinandersetzung mit der Unita und Südafrika im Süden alle Kräfte bindet. Auch Kuba scheint scih der FNLC gegenüber reserviert zu verhalten.

Dazu kommt, daß die politischen Positionen der FNLC nicht ganz eindeutig sind. Zwar hat sie inzwischen ihre ethnische Basis erweitert und sich als politische Befreiungsfront definiert und wohl auch einige Kontakte zu anderen Gruppen der zairischen Opposition geknüpft, aber es scheint auch, als habe sie immer noch Beziehungen zu Kontaktleuten derin Shaba tätigen belgischen Minengesellschaften. Es gibt Gerüchte, daß diese immer noch sezessionistische Versuche unterstützen.

Ende 1976 verdichteten sich die Kontakte zwischen Angola und Zaire, und bei einem Treffen Mobutu–Neto verpflichtete sich der angolesische Präsident als Gegenleistung für die Entwaffnung der FNLA durch Mobutu die FNLC zu entwaffnen. Als diese Aktion im Frühjahr 1977 anlaufen sollte, trat die FNLC die Flucht nach vorne an und startete die erste Shaba-Invasion vom März 1977. (Vgl. dazu Jeune Afrique, 10.6.77) Dahinter erblickte Rene Lefort mehr das Interesse der dabei sehr passiven USA und Belgiens an einem Sturz des bankrotten Mobutu-Regimes als den Einfluß der Sowjets und Kubanern. (...)

Was sich seither getan hat, liegt relativ im Dunkeln und kann in vielen Punkten nur vermutet werden. Jedenfalls haben seither unter den oppositionellen Gruppen zahlreiche Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziel der Bindung einer breiten Einheitsfront gegen das Mobutu-Regime.

Zur aktuellen Lage und der nächsten Zukunft erklärte FNLC-Chef Mbunda kürzlich gegenüber der französischen Zeitschrift Afrique-Asie: "Seit dem ersten Shabakrieg vom 8. März 77 haben seine Truppen Zaire nicht mehr verlassen und haben seit diesem Datum 'eine enthusiastische Volksunterstützung' erhalten. Die Truppen der FNLC haben sich seither versorgt 'auf Kosten der zairischen Armee'. Was ihre Ausbildung betrifft, 'ist sie einzig und allein das Werk kongolesischer Instrukteure. Es besteht bei uns keinerlei äußere Vereinnahmung, weder von sowjetischer noch von kubanischer und noch von irgendei[ne]r anderen Seite. –"

Über die nähere Zukunft äußert sich ein anderer Sprecher der FNLC: "Unsere Kämpfer haben sich aus Kolwezi zurückgezogen und haben praktisch keine Verluste erlitten. Sobald die belgischen und französischen Soldaten die Stadt verlassen haben werden – falls sie das tun – sind wir in der Lage, die Stadt sehr schnell wieder zu erobern. Die weißen Flüchtlinge, die in Brüssel zu diesem Punkt befragt wurden, waren keiner anderen Meinung." (Le Monde, 23.5.78)

Das Fest""""" und dann das Massaker

FRANKFURT/BRÜSSEL Juni 78 — *Die linksradikale belgische Wochenzeitung „Pour" veröffentlichte den Augenzeugenbericht eines 30jährigen Ingenieurs, der in Kolwezi arbeitet und so bald wie möglich wieder dorthin zurückkehren will.*

„ Samstag, 13.Mai, 6 h morgens, ich ging wie gewöhnlich zu meiner Arbeit. Plötzlich, gegen 6 h 10, wurde mein Wagen von etwa 30 Militärs umzingelt. Zuerst glaubte ich, es handele sich um Soldaten der zairischen Armee, die uns bei je[der] Gelegenheit Ärger machen, dann aber sah ich, daß es Rebellen der FNLC waren, denn sie trugen alle ein blaues Wappen mit einem springenden Tiger drauf. Als sie überzeugt waren, daß ich kein Söldner war, ließen sie mich gehen. Ein Stück weiter mußte ich mich in ein „Guesthaus" (kleines Hotel der Gecamines für Besucher) flüchten, denn von allen Seiten wurde geschossen. Gegen 6 h hatten die Rebellen begonnen die Stadt zu erobern. Um 9 Uhr hatten sie sie bereits vollkommen in der Hand. Die zairische Armee hat ihnen keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Sie hat nicht einmal Maschinengewehre an den wichtigsten Kreuzungen der Stadt installiert.

Es hatte sehr stark den Anschein, daß die afrikanische Bevölkerung von Kolwezi bereits seit dem Vorabend wußte, daß die Rebellen vor den Toren der Stadt waren. Einige von ihnen waren sogar in den Häusern versteckt. Ich war überrascht, daß ihre Kleidung und ihre Schuhe ausgesprochen sauber waren, was mich sogar zu glauben veranlaßt, daß ihre Uniformen in Kolwezi selbst hergestellt wurden. Ihr müßt wissen, alle Zairer sind gegen Mobutu, Alle, ohne Ausnahme. Aber wenn Mobutu halt eine Unterstützungsdemonstration für sein Regime veranstaltet, dann sind sie gezwungen, hinzugehen

Es heißt, daß am Vorabend der Ankunft der Rebellen Offiziere der zairischen Armee ihre Bankkonten geschlossen hätten; sie scheinen also absolut über den Angriff der Rebel-

len informiert gewesen zu sein.

Letztes Jahr, nach dem ersten Krieg um Shaba, hatte Mobutu seine große Zahl von Offizieren, die ihn angeblich verraten hatten, liquidieren lassen und sie durch jüngere Kader der MPR (Mobutistische Einheitspartei, die aber auch Staatssicherheitsfunktionen wahrnimmt) ersetzt, die zwangsweise in die Armee eingezogen wurden.

Die zairischen Streitkräfte werden von der Zivilbevölkerung verabscheut, denn sie verbringen ihre Zeit mit Plündern und Schikanen der Zivilbevölkerung. Manchmal veranstalten sie auch richtiggehende Massaker. Letztes Jahr haben sie ein ganzes Dorf angezündet, das der Sympathie für die Rebellen verdächtigt worden war und alle Bewohner, Männer, Frauen, Kinder, hin gerichtet. Das ist eine Armee, die überhaupt kein Ideal mehr hat und Desertationen sind sehr häufig. Viele Soldaten sind auf die Seite der Rebellen übergelaufen. Sonntz morgen habe ich Rebellen gesehen, die Leute auf Lastwagen mitnahmen: das sind die frisch rekrutierten, die zukünftigen Kämpfer der FNLC.

Gegen Mittag haben die Rebellen Privatwagen beschlagnahmt, darunter auch meinen. Da aber die meisten von ihnen nicht autofahren konnten, mußte ich sie in der Stadt herumchauffieren, was mir Gelegenheit gab, sie weitaus besser kennenzulernen.

Ich möchte betonen, daß meine Eindrücke wirklich ausgesprochen positiv waren. Sie waren sehr sympathisch und wir witzelten und lachten zusammen. Es gab keine Spannung zwischen uns. Das sind Leute, die haben ein Ideal, die wissen, warum sie kämpfen und die eine gerechte Sache verteidigen. Sie wollen Zaire befreien und das korrupte Regime von Mobutu stürzen.

Viele der Rebellen sind noch sehr jung, zwischen 12 und 18 Jahren alt. Normalerweise bewegten sie sich in Gruppen von fünf Mann mit einem älteren Chef. Sie erzählten mir, daß sie in der Nacht mit LKWs aus Sambia (ungefähr 50 km) gekommen seien und daß sie besser als letztes Jahr bewaffne waren: es gab nicht nur die russischen G 3, sondern auch die belgischen FAL's und FN's, die sie von den zairischen Streitkräften erobert hatten und auch Granatwerfer und Haubitzer Und sie haben 80 UNIMOG's beschlagnahmt, die der zairischen Armee letztes Jahr von den marokkanischen Truppen überlassen worden waren.

Die Rebellen wurden von „politischen Kommissaren" angeleitet, deren Aufgabe darin bestand, Kontakte zur Bevölkerung herzustellen. Unter den Afrikanern von Kolwezi war es ein Fest, eine richtiggehende Explosion von Freude.

Ab Sonntag Abend habe ich bei einem französischen Kollegen gewohnt, dessen „Boy" (Hausangestellter) seinen Bruder seit 14 Jahren nicht mehr gesehen hatte. Und jetzt kehrte der mit den Guerilleros als Sieger zurück . . . Für sie vermischte sich die Wiedersehensfreude mit der über den Sieg.

Nur einige wenige Familien, die anderen Stämmen angehörten, hatten vorsorglich die Stadt verlassen.

Während der ersten zwei Tage waren die Rebellen den Europäern gegenüber sehr korrekt. Zwar fragten sie schon nach Fleisch oder Bier oder forderten auch mal eine Uhr oder ein Transistorgerät. Aber man muß das schon verstehen, die Jungs haben Jahre im Exil, im Busch, im Flüchtlingslager verbracht und finden sich hier plötzlich Leuten gegenüber, die in einem unglaublichen Reichtum leben. Aber trotzdem, nach meinen Erfahrungen, genügte es immer ruhig zu diskutieren, um alle Probleme freundschaftlich zu regeln.

Man muß natürlich auch den Afrikanern gegenüber korrekt sein, um Mißverständnisse zu vermeiden. Ich glaube, wenn Leute von den Rebellen getötet wurden, dann deshalb, weil sie eine Kolonialmentalität von „Negerverachtung" bewahrt haben und sie weiterhin wie Dreck behandelt haben. Man muß auch sagen, daß die meisten Europäer total verschreckt zu Hause geblieben sind; sie hatten furchtbare Angst, weil sie die Rebellen nicht kannten. Was mich angeht, so hatte ich wirklich Glück, daß ich mit ihnen diskutieren und in ihrer Begleitung in der Stadt rumfahren konnte. Zu keinem einzigen Moment habe ich einen Rebellen bei einer Ausschreitung gesehen, und niemand ist vor meinen Augen getötet worden. Im Laufe meines gesamten Herumkommens habe ich nur eine einzige Leiche von einem Europäer gesehen. Erst ab Montag fing die Lage an, sich zu verschärfen.

Ab Sonntag Mittag fing die zairische Luftwaffe an, Kolwezi zu bombardieren. Zuerst überflogen uns die „Mirages" in sehr großer Höhe, aber dann bombardierten sie uns aus dem Tiefflug. Vielleicht wurden sie auch von Franzosen gesteuert. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Rebellen mit der Jagd auf weiße Söldner angefangen.

Als man dann hörte, daß die Landung der Fallschirmjäger von der Fremdenlegion unmittelbar bevorstände, haben sich die Rebellen zurückgezogen und seit Mittwoch habe ich keinen einzigen von ihnen mehr gesehen.

Freitagnachmittag und Samstagvormittag sind dann die französischen Fallschirmjäger abgesprungen. Samstag gegen 8 Uhr 30 habe ich die ersten Legionäre gesehen, wie sie die Straße heraufkamen. Sie haben uns gesagt, daß sie aus Calvi (auf Korsika) kämen und wurden vom französischen Militärattache in Kinshaba begleitet. Später kamen dann noch die belgischen Fallschirmjäger, sie waren viel mehr als die Franzosen.

Samstagnachmittag haben sie angeordnet, daß wir uns alle im Hotel „Impala" versammeln sollten. Da war nun wirklich ein richtiggehendes Schlachtfeld: alles war demoliert und voll mit Leichen, Granaten und Granathülsen: ein richtiges Horrorbild! Danach haben sie uns ins „Collegue Jean XXIII" gebracht. Einige Europäer waren mit ihren Nerven vollkommen fertig, und berichteten teilweise weit übertrieben von dem, was sie gesehen, oder aber auch nur erzählen gehört hatten. Gegen 3 oder 4 Uhr nachmittags wurden wir dann zum Flugplatz von Kolwezi geführt, wo einige Leute von Offizieren der zairischen Armee durchsucht und schikaniert wurden. Schließlich wurden wir in Flugzeuge der belgischen Luftwaffe zur Luftwaffenbasis Kamina geflogen und schließlich über Kinshaba nach Hause."



"AMNESTIEWOCHE" IN EUZKADI

Euzkadi
Mai 1978

Vom 8. - 14.Mai fand, wie auch im letzten Jahr, in Euzkadi "die Woche für Amnestie" für baskische Gefangene statt.

Die ETA (Militar) erinnerte an ihr Kommunique vom Februar, mit dem sie damals die Verhandlungen zwischen Madrider und baskischen Parteien und Gewerkschaften zur "Pazifizierung" Euzkadis und für die Verurteilung ETAs unterbrachen. Es kam damals dann nur noch zu einer "kleinen Erklärung" der UCD, PSOE, PSP, PCE und DCV.

In diesem Kommunique beurteilte die ETA eine mögliche Verhandlungsbereitschaft als "plumpes Manöver, das uns an den Verhandlungstisch bringen soll, wo man nichts anderes erreichen wird, als Zeit zu verschwenden und die Taktik des 'Dialogs und Pakts' zu ermöglichen, die die Regierung und die spanische Bourgeoisie mit der Absicht betreibt, Zeit zu gewinnen und eine immer forciertere Umwandlung festzuschreiben und deshalb immer weniger bereit sein wird, Zugeständnisse zu machen."

Danach wurde noch einmal das "7-Punkte-Programm" veröffentlicht, bei deren Erfüllung die ETA (m) bereit ist, den bewaffneten Kampf zu beenden:

1. totale Amnestie
2. Legalisierung aller politischen Parteien, ohne daß diese ihre Statuten abmildern müssen
3. Ausweisung der Guardia Civil, Policia Armada und des gesamten Polizeikörpers aus Euzkadi
4. Annahme von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksmassen und speziell der Arbeiterklasse, mit denen ihre sozialen und ökonomischen Vorstellungen erfüllt werden
5. Anerkennung der nationalen Souveränität Euzkadis und euskera als offizielle Sprache
6. Die Polizei wird durch Verteidigungskräfte der Bürger ersetzt, die bewaffneten Streitkräfte werden durch einen Teil der autonomen Regierung kontrolliert
7. Das baskische Volk wird über genügend Macht und Mittel verfügen, um die politischen und sozialen Strukturen zu gestalten, die sie für ihren Fortschritt und Wohlstand für zweckmäßig hält."

Die jetzige Amnestiewoche begann mit Pressekonferenzen der Familienmitglieder politischer Gefangener, heftigen, militanten Demonstrationen in Pamplona, Vittoria, Bilbao und San Sebastian, und zwei Anschlägen der ETA gegen die Guardia Civil, bei denen drei Polizisten getötet und einer verletzt worden sind.

Die Erschießung zweier ETA-Mitglieder in Guernica am 11.Mai führte zu den schwersten Zusammenstößen seit langem und zu weiteren Anschlägen gegen die Guardia Civil, sowie dem mißglückten Sprengstoffanschlag gegen eine Eisenbahnbrücke der Linie Madrid-Irun.

Bei der Beerdigung der Erschossenen in Durango (26.000 Einwohner), dem Geburtsort der beiden ETA-Mitglieder, besetzte die Guardia Civil alle Zugänge zur Stadt und nur diejenigen konnten an der Beerdigung teilnehmen, die ihren Wohnort in Durango nachweisen konnten. So nahmen etwa 7.000 Menschen an dieser Beerdigung teil. Die LAB, eine baskische Gewerkschaft, der die zwei ETA-Mitglieder angehörten, rief zu einem Generalstreik auf, der auch Erfolg hatte. In Durango waren zwei Tage lang alle Fabriken und Läden geschlossen.

In San Sebastian waren die militanten Auseinandersetzungen am 13.Mai so stark, daß alle städtischen Busse und Taxis bis 18 Uhr aus dem unruhigen Viertel abgezogen wurden. Drei Tage später, nach einem Trauergottesdienst, zog eine Demonstration durch die Straßen bis vor das französische Konsulat, forderte die Feilassung von Aldalur, schlugen die Scheiben des Konsulats ein und warfen Molotov-Cocktails gegen eine Niederlassung der Credit Lyonnais. Aldalur ist ein ETA-Militanter, der nach einem Anschlag nach Frankreich geflüchtet ist und von den französischen Behörden am 22.April sofort ausgeliefert wurde.

Zur selben Zeit verschickte die ETA 10 Geldforderungen an die baskisch-navarrische Industrie, die bis Ende Mai 10. Mill. Peseten zu zahlen hätten, um den "Kampf des Volkes zu finanzieren."

"Wenn Sie kein Anhänger der Diktatur sind, werden Sie den Kampf des Volkes ökonomisch unterstützen. Wenn Sie es nicht tun, werden Sie als Kollaborateur betrachtet und die Folgen zu tragen haben."

Ebenfalls zur selben Zeit schossen ETA-Mitglieder einem Fabrikdirektor in die Beine, weil er 51 Arbeitern gekündigt und die Guardia Civil bei einem Streik geholt hatte.

Auf politischer Ebene wird Gesprächsbereitschaft angedeutet. Der "eingesetzte" baskische Nationalrat sprach sich für Verhandlungen mit der ETA (m) aus, Taradellas, Präsident der katalanischen "Generalität", traf sich in Südfrankreich mit dem Präsidenten der baskischen Exilregierung Leizaola und auch die PSOE, spanische SPD-Tochter, suchte die Verhandlung mit der ETA. Die harte Linie vertritt derzeitig die UCD Regierungspartei) und die PCE, die die ETA als einen der größten Feinde von Euzkadi bezeichnete, "die den demokratischen Prozeß destabilisieren will."

Die ETA reagierte bisher neben einem Anschlag auf das Polizeikommissariat von Saturce (Bilbao), mit einem Artikel in ihrer Zeitung "Zutik", in dem sie die Regierung aufforderte, ebenso wie sie es getan hätten, ihre Gegenvorschläge zu veröffentlichen."

BERUFSVERBOT FÜR KOOPMANN BESTÄTIGT

OLDENBURG
6. Juni

Der Studienassessor Uwe Koopmann, dem vorgeworfen wird, er habe Leserbriefe und Artikel in der DKP-Zeitung "Unsere Zeit" veröffentlicht, wird nicht in den Schuldienst übernommen. So urteilte das Verwaltungsgericht Oldenburg am 30. Mai 1978. Die Verhandlung, bei der Besucher, die in dem kleinen Raum keinen Platz fanden, wieder vor die Tür gesetzt wurden, dauerte nur 30 Minuten. Ignoriert wurden die zahlreichen Briefe von Organisationen und Einzelpersonen, die sich für Koopmann einsetzten (darunter Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier, Eckhart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union, und Initiativen aus Groningen und Brügge). Die Verhandlung wurde trotz neuer Beweisanträge abgebrochen. Die Abweisung erreichte Uwe Koopmann schriftlich, seinem Rechtsanwalt wurde sie noch am Nachmittag des 30. Mai telefonisch mitgeteilt.

Kontakt: Aktionskomitee gegen Berufsverbote, c/o Willi Gierke, Prinzessinweg 62, 2900 Oldenburg



MTM-ZEITMESSUNG BEI DAIMLER-BENZ

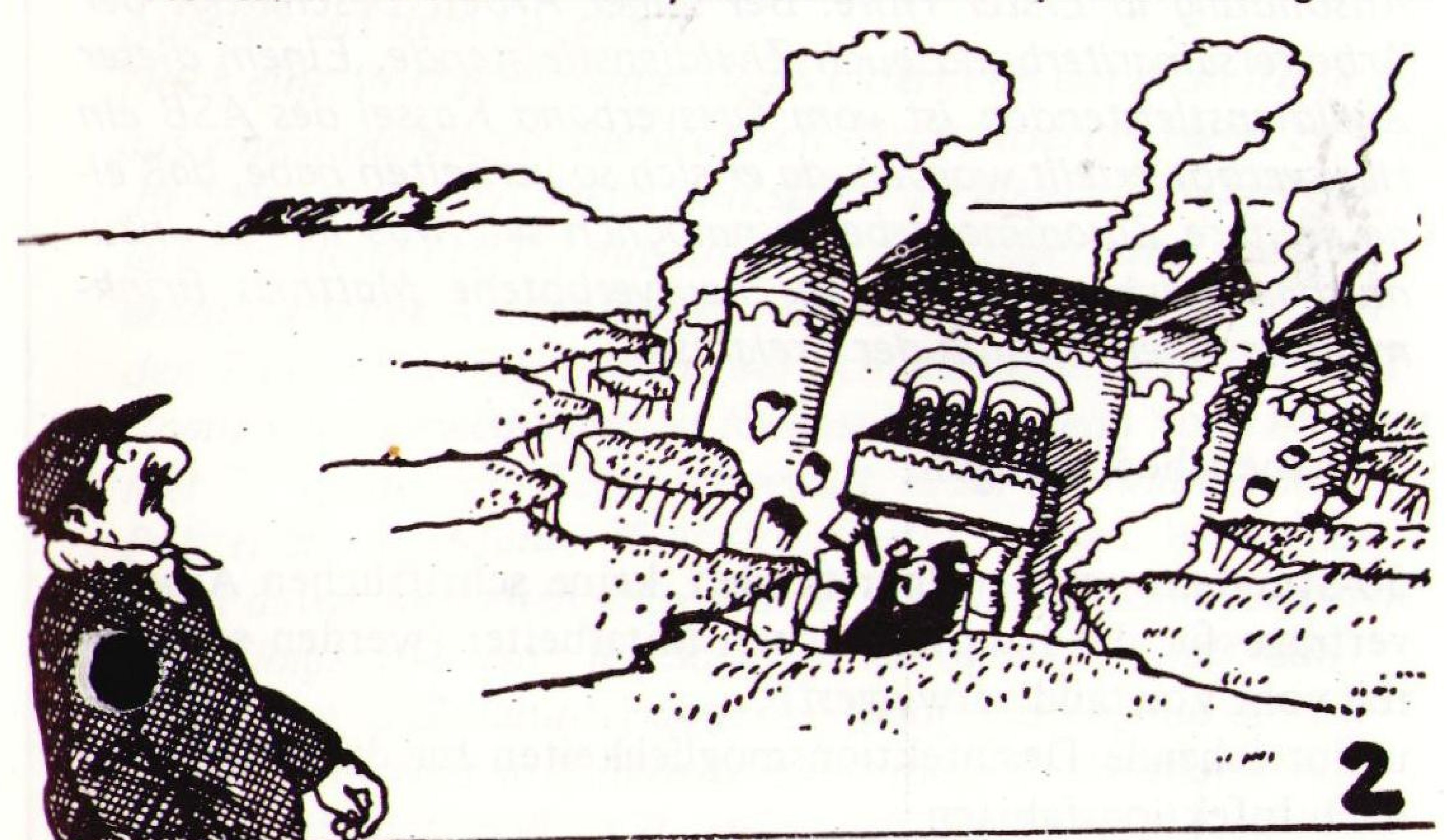
STUTTGART 13. Juni *Das MTM (Methods for Time Measurement) -System, von den Kollegen als „mit teuflischen Mitteln" übersetzt, ist ein System zur zeitlichen Vorbestimmung auch längerer Arbeitsgänge am Band wie auch im Büro. Wie sich Kollegen gegen die Einführung dieses Systems wehrten und wie es doch eingeführt wurde, haben sie in einer Dokumentation zusammengefaßt, die jetzt für 4,80 DM bestellt werden kann. Die Kollegengruppe schreibt dazu:*

„Wir sind Kollegen von Daimler-Benz, aus Untertürkheim, Sindelfingen und Mannheim. Wir alle wurden letztes Jahr mit dem Problem der Einführung von MTM konfrontiert und haben uns damit beschäftigt. Das alles geschah voneinander isoliert, die Mannheimer machten ihre Sachen dazu, die Sindelfinger und auch die Untertürkheimer. Das blieb auch dabei bis zu dem vorläufigen Ende des Konfliktes um MTM — nämlich der offiziellen Einführung, die von uns nicht verhindert werden konnte.

Bei der Beschäftigung mit dem Thema MTM ist uns zugleich klar geworden, daß das keine Daimler-interne Angelegenheit ist, sondern eine Lohnfindungsart, die nun in immer mehr Betrieben ihre Anwendung finden soll. So waren alle schließlich auch schnell dazu bereit, die Erfahrungen, die wir sammeln konnten, zusammenzuschreiben. Kollegen aus anderen Werken sollte das nicht mehr so unvorbereitet treffen, wie das bei uns der Fall war.

Dokumentation bei: Willi Münzenberg Buchversand, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg, 4,80 DM / bei 10 Stück je 3,80 DM.

Kontakt: Norbert Balzer, Römerstraße 70, 7000 Stuttgart 1.



HONORARKRÄFTE SIND NICHT VÖLLIG RECHT LOS!

Ludwigshafen 2.6.78 *Aus Ludwigshafen schrieb uns eine Frau, die in der Jugendarbeit als Honorarkraft beschäftigt war:*

"Durch Urteil des Landesarbeitsgerichts (LAG) Rheinland-Pfalz steht nun rechtskräftig fest, daß es sich bei Honorarkräften, die als 'freie Mitarbeiter' auf der Basis von Honorarvereinbarungen eingesetzt werden um Arbeitnehmer im Sinne des Arbeitsrechts handelt.

In sehr vielen Städten wird ein Großteil der Jugendarbeit von sogenannten Honorarkräften getragen, die vorwiegend in Jugendfreizeitstätten, in der Erziehungsberatung, in Spielwohnungen und auf Abenteuerspielplätzen eingesetzt werden. Honorarkräfte sind sowohl Leute, die sich noch in der Ausbildung befinden, als auch ausgebildete Sozialarbeiter, Pädagogen und Psychologen. Durch die steigende Zahl der Arbeitslosen –gerade auch in den sozialen Bereichen– bedeutet diese Tätigkeit für viele die einzige Absicherung ihrer materiellen Existenz. Üblicherweise haben Honorarkräfte eine "Vereinbarung für freie Mitarbeiter" unterschrieben, die auf der einen Seite keinerlei Rechte für die Honorarkräfte beinhaltet und



auf der anderen Seite auch die Klausel enthält, daß durch die Tätigkeit als Honorarkraft ein Arbeitsverhältnis nicht begründet ist.

Nach ihrer Kündigung durch den Träger der Jugendarbeit, die Stadt Ludwigshafen, klagte die Frau auf Aufhebung der Kündigung und Feststellung eines Arbeitsverhältnisses. Das Landesarbeitsgericht wies zwar die Klage gegen die Kündigung ab, stellte aber gleichzeitig die Arbeitnehmerschaft von Honorarkräften fest.

"An dieser Stelle ist einzufügen, daß uns die ÖTV, in der wir Mitglied sind, keinen Rechtsschutz gewährt hat.

Für die rechtliche Bewertung des Vertragsverhältnisses ist es ohne Bedeutung, was man nun in dem Vertrag 'für freie Mitarbeiter' unterschrieben hat, es kommt vielmehr darauf an, ob die Art der Tätigkeit der eines Arbeitnehmers entspricht.

Aus dem Urteil des LAG geht hervor: Für die Abgrenzung zwischen Arbeitsverhältnis und freiem Dienstverhältnis kommt es weder auf die wirtschaftliche Abhängigkeit an noch darauf, ob die Tätigkeit haupt- oder nebenberuflich ausgeübt wird. Maßgeblich ist vielmehr die persönliche Abhängigkeit des Dienstleistenden von seinem Dienstherrn. Die persönliche Abhängigkeit ergibt sich zum einen aus der Weisungsgebundenheit und zum anderen aus der Eingliederung in den Betrieb, d.h. vorgegebene Arbeitszeit, Bestimmung des Arbeitsortes und keine völlig freie Gestaltungsmöglichkeit der Art und des Umfangs der Arbeitsleistung.

In unserem Fall wurde noch als wesentlicher Umstand die Tatsache angeführt, daß wir im Rahmen staatlicher Leistungsverwaltung tätig waren, d.h. uns waren Aufgaben übertragen zu deren Ausführung die staatlichen Jugendämter gemäß dem Jugendwohlfahrtsgesetz verpflichtet sind. 'Anders als bei Volkshochschulen sind in der Jugendarbeit ständige, gesetzlich festgelegte staatliche Aufgaben zu erfüllen, die nicht von der Nachfrage der Bevölkerung abhängig sind. Die Tätigkeit ist auf Dauer angelegt und in der Aufgabenstellung der staatlichen Jugendämter indiziert.'

Alle Honorarkräfte , bei denen ähnliche Bedingungen vorliegen, sollten sich zusammentun und in den einzelnen Städten Arbeitskreise bilden, um ihre Situation zu diskutieren und um sich mögliche Vorgehensweisen zu überlegen. So könnten sie z.B. eine gemeinsame Statusklage anstreben, durch die ihre Arbeitnehmereigenschaft festgestellt werden soll. Sie können zumindest Ansprüche geltend machen auf Vergütung derjenigen Stunden, die wegen der Feiertage ausgefallen sind, auf bezahlten Urlaub, sowie auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Urteile können bei den Gerichten angefordert werden: Arbeitsgericht Ludwigshafen, Berliner Str. 10, Geschäftszeichen: 3 Ca 656/77 und Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, Mainz, Ernst-Ludwig-Str. 1, Geschäftszeichen: 4 Sa 439/77.

Kontakt: Waltraud Maas, Seydlitzstr. 15, 67 Ludwigshafen

BUNDESAMT MANIPULIERT FERNSEHEN

Nürnberg Juni 78 *Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden aus Nürnberg schickte uns den folgenden Brief:*

"Am 18. Juni wird im Abendprogramm des Bayerischen - Fernsehens (3. Programm) eine Reportage zum Thema "Wehrdienst – Warum?" ausgestrahlt. Der 45-Minuten-Beitrag stellt in zwei Kurzberichten a sieben Minuten einen Wehrpflichtigen in der Bundeswehr und einen Zivildienstleistenden vor. Im Anschluß wird ein Zusammenschnitt einer am 5.6. aufgezeichneten Diskussion zwischen vier Zivildienstleistenden und vier Soldaten gezeigt.

Zu Beginn der Dreharbeiten hat der Beauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, seine Unterstützung für dieses Vorhaben zugesagt. Zwei vom Bundesamt selbst vorgeschlagene Disku - sionsteilnehmer erhielten selbstverständlich je einen Tag Sonderurlaub, um an der Aufzeichnung mitwirken zu können. Nachdem das Bayerische FErnsehen zwei Mitglieder der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) ebenfalls eingeladen hat und das Bundesamt darüber informiert wurde, reagierte das Bundesamt mit einer kategorischen Ablehnung bezüglich der Diskussionsteilnahme. Begründet wurde die Ablehnung damit, daß der Bayerische Rundfunk das Bundesamt brüskiert habe, indem er sich nicht auf die vom Bundesamt vorgeschlagenen Teilnehmer beschränkte.

Diese in der SOdZDL mitarbeitenden Zivildienstleistenden wurden unserer Auffasssung nach vom Bundesamt abgelehnt, da die SOdZDL als "gewerkschaftliche Interessenvertretung der ZDL" gegen die Wiedereinführung der Gewissensinquisition, gegen die Kasernierung der Kriegsdienstverweigerer, für gleiche Dienstzeit von Soldaten und Zivildienstleistenden und für die Aufhebung der Berufsverbote eintritt. In diesem Zusammenhang hat die SOdZDL im Januar gemeinsam mit den Jungsozialisten und Jungdemokraten zu einer eintägigen Arbeitsniederlegung wegen der geplanten Verschärfungen im Zivildienst aufgerufen.

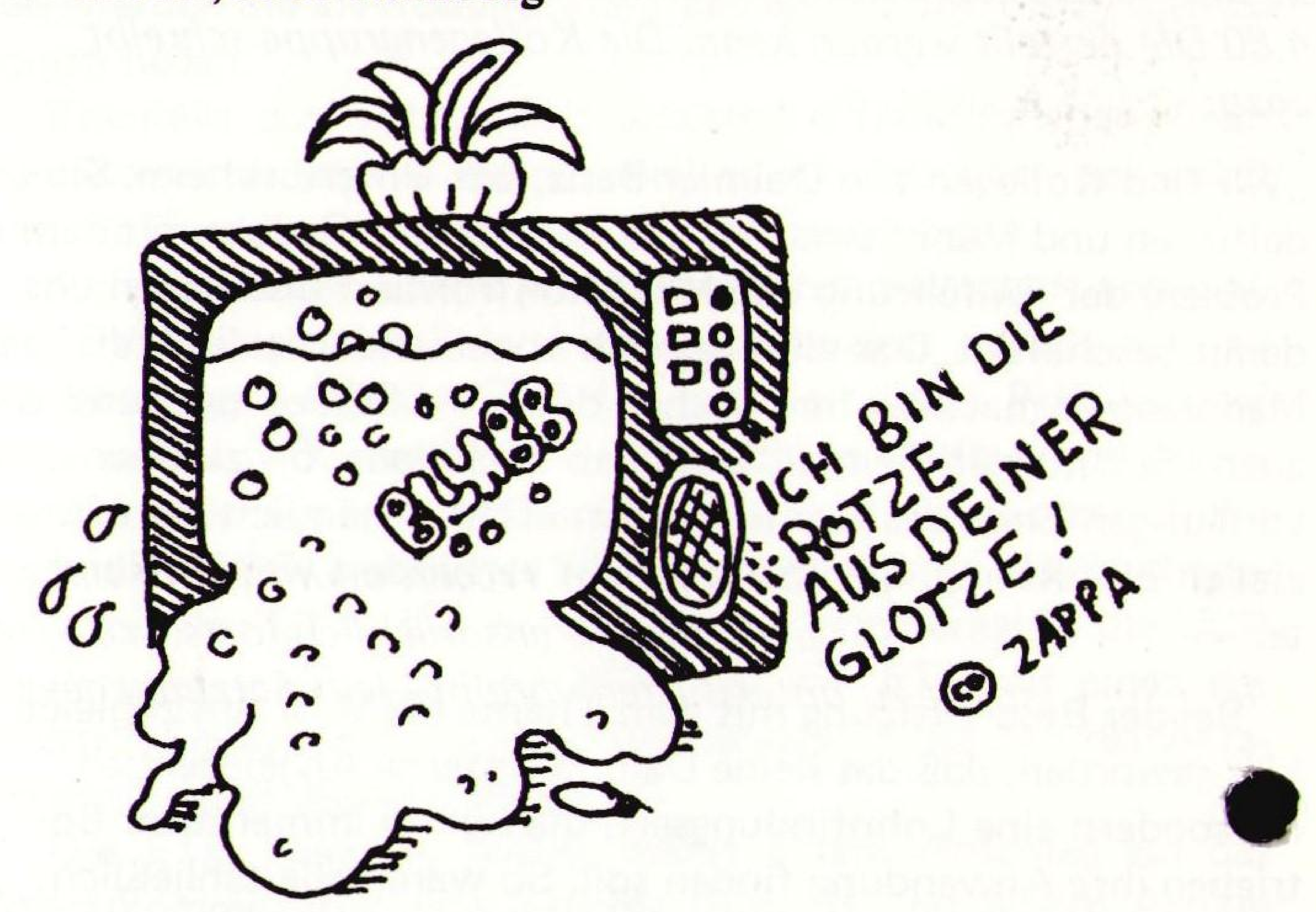
Obwohl der Vertreter des Bundesamtes auf das besondere Abhängigkeitsverhältnis zwischen Dienstvorgesetztem und Zivildienstleistenden hinwies, ließen sich die beiden Nürnberger Kriegsdienstverweigerer nicht ins Bockshorn jagen. Selbst gegenüber dem Reporter der Sendung, Dr. Tony Schwaegerl, erklärte Herr Beckmann (Bundesamt für Zivildienst - BAZ) "die beiden Herren Schmude und Schultheiss sollen nicht an der Diskussion teilnehmen ... und sie sind nicht für die Diskussion freigegeben."

Erst auf nachhaltiges Bohren erklärte das Bundesamt am nächsten Tag dann, es sei zu einem Kompromiß bereit: Herr Schmude dürfe an der Diskussion teilnehmen – aber nur dann, wenn Herr Schultheiss nicht teilnehme. Herrn Schultheiss Teilnahme wurde unter Hinweis auf eine Disziplinarstrafe wegen des Streiks vom 27. Januar 78 abgelehnt.

Folgende Äußerung des Bundesamtes gegenüber dem Reporter der Sendung verdeutlicht das Verständnis dieser Behörde bezüglich Unabhängigkeit der Presse und Redefreiheit: "Es gibt symptomatischere Zivildienstleistende als die Herren Schmude und Schultheiss." Das ist unserer Meinung nach Zensur und zwar eine besonders infame Spielart, da Zivildienstleistende sich in einer sehr viel stärkeren Abhängigkeit befinden als der normale Staatsbürger. Um so höher ist die Zivilcourage beider Kollegen zu bewerten, die sich durch die diversen Manöver des Bundesamtes nicht auseinanderdividieren ließen und trotz aller Widerstände an der Diskussion teilgenommen haben.

Die Vorgeschichte zu dieser Diskussion veranlaßt die SOdZDL/gruppe Nürnberg (diese Gruppe der SOdZDL war an der Reportage beteiligt), energisch gegen das Bundesamt für den Zivildienst und den Baauftragten Iven zu protestieren. Als Staatsbürger, die sich in einem Rechts- und Abhängigkeitsverhältnis besonderer Art befinden, fragen wir, ob Hans Iven nach dem von ihm zur Schau gestellten Verhältnis zur Meinungs- und Redefreiheit der richtige Mann in dieser Position ist – die nicht zuletzt Vorbild für die ihm untergebenen Staatsbürger sein sollte."

SOdZDL/Gruppe Nürnberg, c/o Henner Schmude, Schoppershofstr. 22, 8500 Nürnberg



HAUSVERBOT FÜR EINEN KRITISCHEN ZIVILDIENSTLER

Kassel 12. Juni *Der "Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V." (ASB) ist eine gemeinnützige Organisation für den Transport von Kranken und Behinderten und für die Ausbildung in Erster Hilfe. Bei seiner Arbeit beschäftigt der Arbeitersamariterbund auch Zivildienstleistende. Einem dieser Zivildienstleistenden ist vom Ortsverband Kassel des ASB ein Hausverbot erteilt worden, da er sich so verhalten habe, daß eine weitere Zusammenarbeit unmöglich sei. Was ihn so unzumutbar macht, schildert der hausverbotene Matthias Brinkmann in einer Chronik der Ereignisse.*

"Arbeitsbedingungen:

50-Stundenwoche + Überstunden, keine schriftlichen Arbeitsverträge für die hauptamtlichen Mitarbeiter (werden seit Jahren vom Vorstand verweigert)
unzureichende Desinfektionsmöglichkeiten für die Mitarbeiter nach Infektionsfahrten
Verpflegung: aufgewärmte Tiefkühlkost, die von der Mehrzahl der Mitarbeiter mit entsprechender Unterschriftenliste abgelehnt wurde
Ende Februar 78: Beschaffung eines alternativen Essens auf eigene Rechung der Zivildienstleistenden
Reaktion des ASB-Vorstandes:
1) Verbot für das Küchenpersonal, das alternative Essen auszugeben
2) Verbot der Benutzung des ASB-eigenen Geschirrs sowie des Spülwassers
Begründung seitens des Vorstandes:
Auflagen des Gesundheitsamtes aus hygienischen Gründen. Nachfragen bei diesem Amt ergaben, daß derartige Auflagen nicht bestehen.

März 1978: Erscheinen einer Lose-Blatt-Sammlung, worin verschiedene Mißstände beim ASB dargestellt wurden (in Ermangelung eines Schwarzen Brettes, welches vom Vorstand verweigert wurde); Reaktion des Vorstandes: Anzeige gegen den Zivildienstleistendensprecher wegen Beleidigung. Dieser hatte sich wegen verschiedener Verstöße seitens des Vorstandes gegen das Zivildienstgesetz an den Direktor des Bundesamtes für den Zivildienst gewandt.

Am 7.6.78 Erteilung eines Hausverbots für den Zivildienstsprecher ohne Absprache und Billigung des Bundesamtes. Daraufhin Übergabe einer Solidaritätserklärung der Zivildienstleistenden des ASB an den Vorstand sowie Einreichung von Versetzungsanträgen von 70% der Zivildienstleistenden. Einschaltung der Presse und anderer Medien, die in den letzten Wochen bereits über Mißstände beim ASB berichtet hatten (so die "Hessenschau" des Hessischen Regionalprogramms sowie die "Hessisch Niedersächsische Allgemeine" vom 20.5.78 zum Kindernotarztwagen-Skandal)."

Kontakt: Zivildienstleistende beim ASB Kassel, Entenanger 16, 3500 Kassel.

KINDERHEIM MIT FORTSCHRITTLICHER ERZIEHUNG IST DEM TRÄGER ZU TEUER: SCHLIESSUNG!

KELKHEIM Mai 1978 *Das ,Dr.Adolf-Reiss-Heim' in Kelkheim/Taunus soll von dem Träger, dem Institut für Sozialarbeit (das ausdrücklich fortschrittliche Sozialarbeit zu unterstützen vorgibt - laut Satzung) geschlossen werden. Nach anfänglicher klarer Zeitpunkt-Festsetzung verhandelt der Verein jetzt mit den Mitarbeitern nur noch um Zeitpunkt und Modalitäten der Schließung. An der Absicht selbst hat sich nichts geändert. Für die Mitarbeiter stellt sich damit wieder neu die Frage, wie mit den ganzen Widersprüchlichkeiten umgehen: Wie weit kann man sich auf was einlassen, ohne die Interessen der Kinder und die eigenen zu verraten!*

Wir haben mit zwei Mitarbeitern gesprochen - E. und G., die seit zwei Jahren dort arbeiten ; und veröffentlichen hier Auszüge aus dem Gespräch.

Noch eine Vorbemerkung: Das Kinderheim entwickelte sich aus einem normalen, hierarchisch -strukturierten Heim zu einem ,heilpädagogischen' Heim und später zu einem kollektiv geleiteten Heim (1975) mit Billigung des Trägers und sogar mit ausdrücklicher Anerkennung des Erziehungskonzepts durch den Träger. Die Begründung der Schließungsabsicht jetzt aus finanziellen Erwägungen ist fadenscheinig, denn noch im Sommer 77 wurde dem Team mitgeteilt, es sei ein finanzielles Polster aus dem Jahre 76 erwirtschaftet worden. Wenn man nicht davon ausgehen will, daß der Vereinsvorstand plötzlich alle Fähigkeiten zum Wirtschaften verloren hat, muß man annehmen, daß dahinter andere Gründe stehen; daß das Erziehungskonzept in Kelkheim nicht mehr in die angestrebte Heimlandschaft paßt z.B. oder, daß das Team in Kelkheim zu große Befugnisse hat und sowohl als praktischer Vertreter fortschrittlicher Heimerziehung als auch als relativ autonom arbeitende Angestelltengruppe unbequem geworden ist.

Marion: Du hast vorhin gesagt, daß ihr Kinder, die ihr meint, hier nicht mehr fördern zu können, in Schulen oder unter Umständen auch nach Hause schickt. Ist das trotz aller Anstrengungen nicht ein Argumente gegen Heimerziehung überhaupt?

E: Na klar, Argumente gegen die Heimerziehung gibts einen Haufen. Es ist einfach nicht das Gelbe vom Ei, wie man mit Kindern umgeht.

G: Es gibt eigentlich keine Argumente für Heimerziehung, so wie sie bei uns betrieben wird.

Marion: Aber wie geht ihr dann mit diesem Widerspruch um? Einerseits gerade jetzt, wo sie das Heim schließen wollen, zu sagen, das ist eine Sauerei, das Heim muß bleiben und andererseits die Kritiken an der Heimerziehung im Kopf. Wie geht ihr da auch mit dem Verhältnis zu den Arbeitsplätzen um?

G: Da sind ja so viele Aspekte, die dich echt kirre machen. Fang ich mal mit dem Allgemeinsten an. Das ist ja ne politische Sache. Du lehnst zwar Heimerziehung ab, glaubst aber daß die Art der Heimarbeit wie wir sie machen, eine richtungsweisende ist. Und daß man sie deshalb auch erhalten muß mit allen politischen ,im Rahmen unserer Ordnung' vertretbaren Mitteln. Das ist so das Allgemeinste. Und dann kommen halt so spezielle Sachen; einmal hast du über die Arbeit eine bestimmte Stabilität, da wir ja ein Team haben und auch die Leute uns nach und nach selber ausgesucht haben, haben wir halt so was wie über die Arbeit hinaus zusammen



entwickelte Perspektiven, z.B. zusammen saufen gehen, in Urlaub fahren und auch zusammenziehen.

Zum anderen haben wir auch ein Verhältnis zu den Kindern entwickelt. Obwohl ich mich z.B. immer bemüht habe, auf Distanz zu bleiben, weil ich wußte, daß ich irgendwann wieder gehe und dann ist da halt so ein Bruch da – für mich und für die Kinder. Aber irgendwann geht's halt nicht mehr, ne, wenn du erziehen willst, dann geht das halt auch in erster Linie über Beziehung!

Und du kannst nicht erziehen, ohne ne Beziehung einzugehen. Das ist ein weiterer Punkt, der dich so an das Heim bindet. Wieder andererseits ist auch der Heimalltag der, daß du am Abend dann müde bist, wie der E. das gerade demonstriert, wofür du ja auch z.B. eine Heimzulage bekommt, weil das ganz schön anstrengend ist.

E: Es gibt da schon so ne Menge Widersprüche, daß du manchmal nicht genau weißt, wie du sie aushalten sollst oder vielmehr, wo du dann selbst für dich so einen Kompromiß schließt, daß du sagst, gut, ich mach das 2 Jahre und dann ist Schluß. Obwohl, wie der G. das eben schon gesagt hat, erziehen ohne Beziehung ist nicht möglich, also wäre es vom Anspruch schon wichtig, mit den Kindern lange zusammen zu bleiben. Aber wenn du so nach dem Anspruch gingest, dann dürftest du nicht in dem Heim arbeiten, dann wäre es auch viel nützlicher, wenn du Kinder in die Wohngeneimschaft nimmst, oder ein Erziehungsnest machst. Da bin ich aber auch schon wieder skeptisch. Weil ich denke, das sind so richtige Familien - mit Sozialarbeitern aus Passion und mit einem besseren Arbeitsplatz als im Heim. Die sind dann mit ihrem Leben auf Jahre hinaus völlig festgelegt und wollen das auch so, denke ich. Die machen die Familiennachbildung nicht nur wegen der offiziellen Stellen.

Wir können uns auch nicht so festlegen, wir haben eine Perspektive auf vielleicht 2 Jahre. Und ich find das auch nicht so gut, wenn du nur noch Sozialarbeiter bist, da wirst du irgendwann eingleisig, siehst nur noch gradlinig vor dich hin. Und was das heißt, das sieht man an manchen Leuten, die so was 10 Jahre lang gemacht haben, die sind so total zu, da kriegste Angst...

G: ...da siehst du so einfach die Gefühlsarmut im Gesicht....

E: Also, das, was wir da machen, ist einfach ein Kompromiß. Ich denke, daß das für alle gilt, 2 oder 3 Jahre das zu machen, sich auch einzusetzen in der Zeit, aber trotzdem auch darauf zu bestehen, noch ein eigenes Leben zu führen; deshalb haben

wir es auch abgelehnt, das Heim in eigener Trägerschaft zu übernehmen, selbst einen Verein zu machen, denn dann gibts du halt auch noch alles auf, was so den Arbeitnehmerstatus ausmacht, da werden keine Überstunden mehr bezahlt, du schreibst gar keine Stunden mehr auf, schaffst halt, was gemacht werden muß.

Marion: Das sind also einige der Widersprüchlichkeiten, davon gibt es ja genügend in der Sozialarbeit, z.B. daß du mit deiner Arbeitskraft all die Löcher stopfst, die andere verbockt haben, Eltern, Istitutionen....

E: Klar, bist halt ständig der Arsch.... Also widersprüchlich ist halt auch, wie du da auftrittst. Auch unheimlich autoritär, wenn's notwendig ist – und es ist halt oft notwendig. Und von dem, wie du eigentlich mit Leuten zusammen sein willst... da ist das schon sehr anders.

G: Was meinst du, wie der E gelernt hat zu schreien... ...

E: Ich bin auch noch nie so häufig beschimpft worden, wie in der Zeit im Heim, was du dir da alles sagen lassen mußt.. da zweifelst du manchmal an dir selbst, ob du nicht vielleicht doch ein Linkswichser oder.... bist....

Marion: Aber innerhalb dieser ganzen Schwierigkeiten bei dieser Arbeit - du lädst dir ja schon einen großen Teil der Verantwortlichkeit auf, die du meinst, eigentlich gar nicht zu haben, weil du die Kinder ja nicht versaut hast. Aber durch die Beziehung und den Umgang und das Mögen hast du sie dann auf einmal doch?

E: Ja, die hast du einfach.

Marion: Schon alleine über die Beziehung. Über die Tatsache, daß du entweder was für die Kinder machst oder keiner.

E: Ja.

Marion: Wie habt ihr das diskutiert, als die Heimaufsicht in Gestalt des Landesjugendamts-Vertreters kam und Forderungen an euch gestellt hat; wie habt ihr das diskutiert, ob man sich aus dem Interesse an der Erhaltung des Heimes auf bestimmte Sachen einläßt und damit vielleicht verhindert, daß das Heim geschlossen wird und die Kinder alle wieder weg müssen - weil da fühlt man sich ja auch verantwortlich und es bedeutet ja auch eure Arbeitsplätze...

G: Da gab es schon so taktische Vorstellungen, scheinbar die Auflagen zu erfüllen, aber im Grunde doch anders – aber das hat sich als Idee nicht lange gehalten.

E: Unsere Position dazu ist aber schon auch die, daß wir gesagt haben, das können wir auch nicht mehr vertreten. Das, was wir im Moment machen, können wir auch vor uns selbst noch einigermaßen vertreten, aber das, was wir machen müßten, um das zu erhalten, das ist etwas, was wir absolut nicht mehr vertreten können. Die Verhaltenstherapie ist so ein Scheiß... , daß ich mit der aber auch nichts zu haben will. Und mit Heimleitung – da bin ich der Meinung, daß unsere Arbeit da gezeigt hat, daß das nicht notwendig ist...! Und ich bin auch Arbeitnehmer und ich bin nicht bereit, mich 3 Stufen schlechter einstufen zu lassen...

Marion: Also es sind schon beide Aspekte, zum einen von den Arbeitsbedingungen und auch inhaltlich...

G: Also, das ist ja auch so mit dem Sozialarbeiterstatus – irgendwie muß ich ja auch an mich und meine Vertretung denken, nicht nur an die Kinder und das Heim...

E: Aber, wenn das jetzt so gewesen wäre, daß das was die fordern, was unheimliches Gutes gewesen wäre, für die Kinder, dann hätten wir uns auch noch mehr dazu überlegt... aber so... Also wenn's nur um Verschlechterung unserer Arbeitsplätze gegangen wäre, dann hätten wir schon mehr darüber diskutiert... Aber das, was da kommen soll, ist wirklich unheimlich repressiv, total beschissen für die Kinder, das wird denen in keiner Weise mehr gerecht...

Marion : Wie hätte denn das praktisch ausgesehen, was die Jugendamtsvertreter sich vorgestellt haben?

E: Eine schematische Aufgliederung in das, was die Schwierigkeiten der Kinder sind und eine noch schematischere Angehensweise. Also da kommt ein Kind, das wird durchgecheckt - ne Diagnose gemacht...

G: Eine ‚Psychosoziale Diagnose'...

E: ja... warum Schwierigkeiten, welche, in welchem Maße..

Marion: Das hätte der Psychologe gemacht?

E: Ja, oder die einweisenden Stellen.

G: Vor allem, wie die sich vorstellen, so ein Problem von einem Kind zu erfassen, so ein Problem ist ja nicht nur was rein geschichtliches, sondern auch ein aktuelles. Zum Beispiel hängt das auch davon ab, wo ein Kind dann momentan ist, in welcher Verfassung... usw. das kann man durch eine Diagnose überhaupt nicht so erfassen; die stellen Symptome fest, wie das Kind sich gerade verhält mit ‚Tests' und stellen daraufhin einen ‚Behandlungsplan' auf, wo die Hauptschwierigkeit genannt wird und dann gibst du an, worauf du hinarbeiten willst und in welchem Zeitraum. Aber nur mal vorausgesetzt, die Diagnose wäre einigermaßen richtig, was nicht stimmen kann... also mal ein Beispiel: Ein Bettnässer, du hast da einen Bettnässer oder ein Kind mit ‚Kellerangst' - paranoid genannt als Schlagwort – also deinen Bettnässer hast du da und dann sollst du das Bettnässen angehen. Aber warum das Kind bettnässt, in welchen Situationen und in welchen nicht, das fällt ganz raus.

Marion: Und wie ihr das machen sollt, hat euch da der Landesjugendamts-Mensch konkrete Vorschläge gemacht?

G: Ja, und zwar etwa solche – ein Beispiel, das er uns genannt hat: Ein Kind klaut! Frage: Warum klaut das Kind? Antwort: Das Kind klaut, weil es nicht genug Zuwendung kriegt. Also, wenn das Kind das nächste Mal klaut, mußt du dich von ihm abwenden, es also nicht beachten. Das Kind merkt: aha, ich krieg ja gar keine Zuwendung mehr, wenn ich



klau – ich klau nicht mehr. . . ! Guter Behandlungserfolg: Das Klauen ist abgestellt!

E: Das läßt alles andere außer Acht, was für die Kinder wichtig ist, die Umgebung, die Schule, überhaupt alles, was wir als gesellschaftliche Verhältnisse beschreiben. Man kann nicht durch Anwendung von Verhaltenstherapie die Verhältnisse ändern, in denen die Kinder so geworden sind.

Mehr Informationen über den Konflikt und das Heim in:
Päd.Extra, 15. Juni 1978, Seite 12

Kontakt: **Kinderheim Dr. Adolf Reiss, Nachtigallenweg 19 6233 Kelkheim/Taunus, Tel. 06195 / 63 419**

ERZIEHUNGSHEIM – BIRKENHOF ZUM BEISPIEL

Hannover 7.6.78 *Die Heiminitiative Hannover schreibt über die Zustände im Mädchenerziehungsheim Birkenhof:*

"Im Birkenhof sind es Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren, die dort außerhalb der Gesellschaft, versteckt hinter Stacheldraht und verschlossenen Türen und Fenstern, ohne Kontakt zu Freunden und Bekannten ihr Dasein fristen. Heimerziehung heißt dort auch: Briefzensur, Gebetszwang und Essenzwang. Es gibt eigentlich nichts, zu dem man nicht gezwungen werden kann, denn der Birkenhof verfügt über ein ausgeklügeltes Belohnungs- und Bestrafungssystem. Da heißt es nicht etwa Erziehung zur Selbständigkeit, sondern gehorchen, sich anpassen, fleißig sein und ordentlich.

Im Birkenhof arbeiten die Mädchen, selbstverständlich. Wer Glück hat, bekommt einen Schulplatz (Hauptschule). Wer eine Lehre machen will oder sogar die Mittlere Reife hat Pech gehabt – das kann man dann mit 18 nachholen. In den Arbeitsbetrieben, die sich selbstverständlich ebenso wie die Schule, auch auf dem eingezäunten Gelände befinden, sollen die Mädchen erst einmal lernen, was man als brave Hausfrau so können muß: Putzen, Kochen, Waschen, Stricken und Nähen. Emanzipation ist dort ein Fremdwort. Wozu braucht ein Mädchen auch eine Lehre, sie soll ja heiraten. Die Mädchen dort brauchen auch kein Geld, auch keine Zigaretten, das wird alles von den Erzieherinnen verwaltet, Zigaretten werden zugeteilt, was die Mädchen sonst brauchen, kaufen ihnen die Erzieherinnen. Und abends, nach einem vergnüglichen Stopf- oder Putzabend, gehen die Mädchen in der Gruppe (oder auch "Familie") um 21.30 Uhr zu Bett. Gute Nacht und nun wird das Licht gelöscht und die Schellen angestellt. Wenn jetzt noch ein Mädchen aus dem Zimmer geht, klingelt es Sturm bei der Erzieherin, die Nachtbereitschaft hat. Selbstverständlich sind alle Türen und Fenster sowieso mit einem Spezialschlüssel verschlossen, raus kommt da so schnell keine. Tja – Kontrolle ist die Devise.



Und wenn doch irgendein Mädchen protestiert, dann droht man ihr mit "Ausgangssperre" d.h. sie darf am Samstag oder Sonntag nicht gemeinsam mit der Gruppe und Erzieherin "draußen" spazierengehen. Wenn auch das nichts hilft, dann helfen auf jeden Fall Beruhigungstabletten wie Valium oder Haldol, die man den Mädchen im Kakao oder Tee unterjubelt – ganz einfach. Hauptsache es herrscht wieder Ruhe im Birkenhof."

Die Heiminitiative Hannover will mit der Öffentlichmachung der Zustände im Mädchenerziehungsheim Birkenhof erreichen, **"daß die Birkenhof-Leitung ihre bisherigen Erziehungskonzeptionen aufgeben muß, das Heim geöffnet wird (Abriß des Stacheldrahtzauns) und die Mädchen dann die Möglichkeit haben, eine Schul- oder Berufsausbildung außerhalb des Heims zu machen."**

Die Heiminitiative plant eine Informationsveranstaltung und hat eine Dokumentation erstellt.

Kontakt: Heiminitiative Hannover, Michael Laube, Fössestr. 51, 3000 Hannover 91

ZENTRUM DACHSBERG SOLL GEKÜNDIGT WERDEN

Camp Lintfort 13. Juni *Das Zentrum Dachsberg – Freie Bildungs- und Begegnungsstätte zur Förderung und Gestaltung ganzheitlichen Lebens – hat uns ein Flugblatt mit der Bitte um Hilfe geschickt. Das Zentrum Dachsberg ist eine der drei Gruppen der Bewegung "Emmaus" am Niederrhein. Die Emmaus-Bewegung arbeitet in 20 Ländern. Sie entstand 1949 durch den französischen Obdachlosen- und Armenpfarrer Abbe Pierre als eine Bewegung von "Leuten, die nichts haben für Leute, die noch weniger haben." Sie erhält keinerlei Zuschüsse und finanziert sich durch ihre Arbeit. Der Dachsberg ist ein alternatives Tagungszentrum für Selbsterfahrung, Meditation u.a. Außerdem gibt es dort eine Initiative gegen die Wegwerfgesellschaft und für die Wiederverwertung von Altmaterial. Das Zentrum besteht seit zwei Jahren. Die Dachsberger zahlten bisher an die Ruhrkohle-AG 60.000 DM Miete, die auf den Kaufpreis von 320.000 DM angerechnet werden sollten. Dazu kamen die Renovierungskosten. In dem Flugblatt heißt es:*

Wenn Euch das, was hier geschieht, wichtig ist, habt ihr die Möglichkeit uns durch zweierlei zu unterstützen: Durch Bausteine (Darlehen) und Mörtel (Briefe an die Ruhrkohle AG). 500 Bausteine a 500 DM ermöglichen den Kauf des Hauses. Wir werden jeden Monat zwischen 5 und 12 Bausteine je nach Ertragslage in der Reihenfolge ihres Eingangs auf unser Konto zurückzahlen (teilt uns mit, wenn ihr die Darlehen anders als durch diese Regelung kurzfristig oder längerfristig geben könnte). Wenn ihr euch entschließt, uns durch Darlehen entsprechend euren Möglichkeiten zu unterstützen, weist es umgehend an und teilt dies und euren Grund unverzüglich vor dem 14. Juni der Ruhrkohle AG mit, damit die nicht gegen uns handelt, bevor das Geld von euch eingetroffen ist.

Ein Brief an die Ruhrkohle AG ist auf jeden Fall wichtig, auch wenn jemand von euch uns wirklich nicht finanziell unterstützen kann. Das Geld ist ausschließlich für den Kauf bestimmt, sollte er nicht zustande kommen, überweisen wir das Geld sofort zurück. Bitte schickt eine Kopie eures Schreibens an die Ruhrkohle AG auch uns zu. Wir sehen keinen Sinn und keine Möglichkeit, die Arbeit hier fortzusetzen, wenn wir nicht durch konkrete Unterstützung in dieser Krise erfahren, daß unsere Arbeit auch für euch Bedeutung hat.

Wir hoffen auf eure Unterstützung, wir, die wir den Dachsberg stützen:
Christine Bartek, Ursula Nothhelfer, Emmanuel Nothhelfer,

Renate Otto, Thomas Kolbe, Marianne und Thomas Radetzki, Konstantin Engels, Ruth und Andresa Ratuschni, Clemens Kolbe.

Bausteine an: Emmaus Zentrum Dachsberg, Pkto Essen, 566 17–434;
Adresse der Ruhrkohle AG: Montan Grundstücksgesells chaft, z. Hd. Herrn Prokuristen Nawarotzki und König, Rüttenscheiderstr. 1, Postfach 5, 4300 Essen.
Kontakt: Zentrum Dachsberg, Rheurdter Str. 200, 4132 Camp Lintfort, Tel. 02842/ 41 0 25

LASST DIE HUPFLA STEHN!
- Uni will das alte Bezirkskrankenhaus abreissen ...

ERLANGEN
JUNI 1978

Vom Sprecherrat der Universität Erlangen-Nürnberg erhielten wir ein Flugblatt folgenden Inhalts:

Jedesmal zu Beginn eines neuen Semesters das gleiche Lied: Studenten suchen verzweifelt Wohnraum. Die Unileitung in "edler Fürsorge" bittet dann die Bevölkerung in herzerweichenden Aufrufen über das ET darum, die letzten möglichen Wohnraumreserven für die Studenten ohne Dach über dem Kopf zu erschließen.

Peinlich und unglaubwürdig würde sich solche "soziale Rührerei" darstellen, hätte die Uni selbst leerstehenden Wohnraum, der genutzt werden könnte.

Und in der Tat, peinlich, peinlich...
Vom Bezirk Mittelfranken hat nämlich die Uni das Gelände mitsamt den Gebäuden des ehemaligen Bezirkskrankenhauses, bekannt als Hupfla (ehem. Heil- und Pflegeanstalt), erworben. Zum neuen Besitz der Uni gehören u.a. 5 Häuser mit großen Wohnungen, die sofort als solche genutzt werden können, sowie ein Schwesternwohnheim mit etwa 60 Appartments, das erst um 1960 erbaut worden ist und ohne weiteres z.B. als Lehrlings- bzw. Studentenwohnheim weiterverwendet werden könnte.

Frühestens 1982 ist auf dem Gelände der Bau eines neuen Klinikums geplant. Aber das steht noch in den Sternen. WAS soll nach den Plänen der Uni in der Zwischenzeit mit dem Gebäudekomplex passieren? ? ?
Sie sollen - und zwar sofort - abgerissen werden!!!

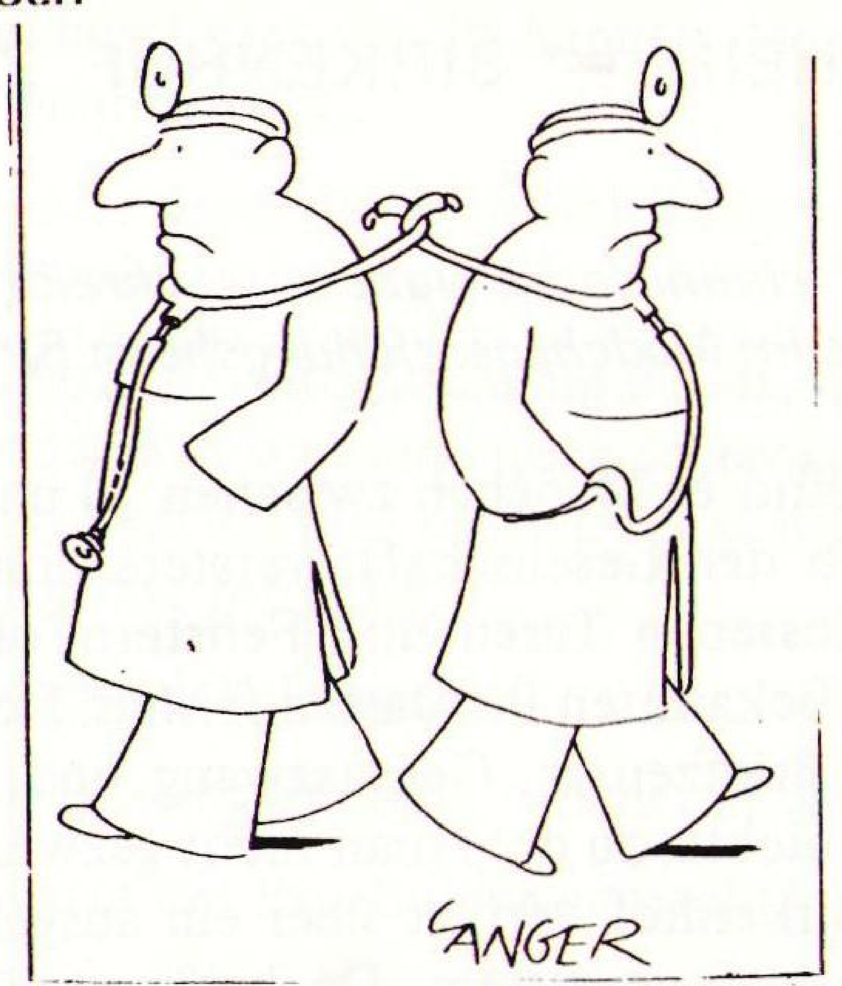
Deswegen hat sich die "Bürgerinitiative Maximiliansplatz" zur Rettung des Wohnraums in der alten Hupfla gebildet. Wir wollen erreichen, daß die Uni die Wohnhäuser der alten Hupfla Studenten, Lehrlingen oder anderen Wohnungssuchenden zur Verfügung stellt, ihnen also einen Nutzungsvertrag gibt, in der Weise, wie es die Stadt in der Moltkestraße und Drausnickstraße macht.

GESPRÄCHE MIT DEM OBERBÜRGERMEISTER

In einigen Gesprächen wurde die Stadtverwaltung auf das Problem Abriß von Wohnhäusern und Trakten aufmerksam gemacht.
In der Folge hat die Stadtverwaltung der Uni den Vorschlag gemacht, zwei Häuser am Maximiliansplatz unter der Regie der Stadt für Wohnungen zu nutzen. Die Stadt würde auch die Kosten für Anschlüsse übernehmen.
Die Antwort der Uni steht noch aus...

Nachdem mit der Uni fruchtlose Gespräche geführt wurden, und die Ausschreibung für die Abbrucharbeiten bereits da ist, haben wir uns entschlossen, zu demonstrieren, daß man hier eine unnütze und sinnlose Zerstörung von Wohnungen verhindern kann.
Deshalb sind wir heute früh in das Haus Maximiliansplatz 3 eingezogen, um dieses Wohnhaus vor dem Abriß zu retten.
Damit wollen wir erreichen:

1. Erhaltung der Wohnräume und damit Entlastung des überstrapazierten Wohnungsmarktes
2. Öffnung der idyllischen Parkanlagen für die Bevölkerung
3. daß Gebäude stehengelassen werden, die genutzt werden können als
   Übungsräume für Bands, Werkräume für Initiativen bzw. Lagerräume und Treffpunkte für Gruppen, die keinen Raum haben



4. endlich von der Universität klare Zusagen über die weitere Nutzung zu erhalten.

GESPRÄCHE MIT DER UNILEITUNG

Für die Universität war der Abriß sämtlicher Gebäude (mit Ausnahme des ehemaligen Verwaltungsgebäudes, das unter Denkmalschutz steht) eine gemachte Sache. Danach steht der Abriß kurz bevor. Wie der Vize-Präsident und der Kanzler in einem Gespräch am 22.5.78 mitteilten, hat man bisher nur die Eigennutzung für medizinische Institute erwogen. Eine Renovierung für deren Anforderungen käme aber zu teuer. Daß man Wohnungen als Wohnungen weiter nutzen kann, darauf sind die Uni-Vertreter selber nicht gekommen!
Wenn nichts unternommen wird, steht der Abriß fest!
Der Zustand der Klinikgebäude sei, so sagen sie, katastrophal; sie haben aber keine genaueren Kenntnisse über die sanitären Verhältnisse (bis vor kurzem waren in Teilen der Klinik noch Patienten untergebracht).

D i e F a k t e n m ü s s e n a u f d e n T i s c h, d a n n k a n n e r n s t h a f t ü b e r d i e w e i t e r e N u t z u n g v e r h a n d e l t w e r d e n !



In England gibt es per Gesetz die soziale Verpflichtung, ungenutzen Wohnraum der Nutzung zuzuführen. Eben das sollte auch hier in diesem unserem Lande möglich sein. Durch unsere symbolische Aktion wollen wir darauf dringen, daß die Universität als öffentliche Institution sich den allgemeinen Grundsatz "Eigentum verpflichtet" zu eigen macht und unsere Forderung erfüllt. Selbstverständlich wird von Anfang an in angemessener Höhe Miete bezahlt. Die Räume werden nötigenfalls selbst renoviert und erhalten.

Wir fordern den Präsidenten. Herrn Prof. Dr. Fiebinger, und den Kanzler der Universität, Herrn Köhler, auf, sich an einem öffentlichen Podiumsgespräch zu beteiligen, an dem von Seiten der Stadt Herr Oberbürgermeister Dr. Hahlweg und Herr Stadtrat Lederer teilnehmen sollten, sowie für die "Bürgerinitiative Maximiliansplatz" auch zwei Vertreter.

Wir fordern die Universität weiterhin auf, den Abrißauftrag solange nicht zu vergeben, wie diese von uns geforderten Gespräche nicht abgeschlossen sind.

Um zu zeigen, in wie gutem Zustand die bisher nicht zugänglichen Wohnungen und anderen Gebäude sind, werden wir jeden Tag Führungen durch das Bezirkskrankenhaus machen.
Treffpunkt: jeweils 12 Uhr und 17 Uhr
vor dem Haus Maximiliansplatz 3
Wir laden alle Erlanger herzlich ein.

FRANKFURT SOLL SPERRGEBIET FÜR ASYLBEWERBER WERDEN

Frankfurt
14. Juni

Ab Juni 1978 ist vorgesehen, daß in Frankfurt Asylbewerbern keine Duldung (des Aufenthalts) mehr für 6 Monate gegeben wird, sondern nur noch eine Art Bescheinigung, die für einen Monat gültig ist. Ausländer werden dann wahrscheinlich in weniger belastete Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder die Lüneburger Heide verfrachtet. Als Gründe werden angeführt, daß Frankfurt überlastet sei an Ausländern (Ballungsgebiet, internationaler Flughafen), daß in Frankfurt angeblich sowieso zu leicht Asyl beantragt werden könne. Seit kurzem gibt es eine spezielle Regelung, daß diejenigen, die sich neu in Frankfurt anmelden, auf andere Bundesländer verteilt werden. Asylbewerber melden sich aber deshalb nicht in anderen Bundesländern, weil es dort sehr viel weniger Arbeitsplätze gibt. Außerdem müssen sie dort oft in Lagern oder von der Sozialhilfe leben und haben wenig Chancen von da wegzukommen. Es ist also klar, daß Großstädte mehr Anziehungskraft für Ausländer haben. Für diese neue Regelung gibt es keine Rechtsgrundlage , die entsprechenden Verwaltungen arbeiten aus der 'hohlen Hand'. Betroffenen Ausländern kann daher nur geraten werden, sofort einen Anwalt einzuschalten, wenn sie in ein anderes Bundesland abtransportiert werden sollen.

Wir wollen demnächst einen größeren Bericht (Sonderteil) zum Thema Asylrecht, Verschärfungen des Asylrechts, Verstöße von bundesdeutschen Behörden gegen Rechte von Ausländern, Methoden der Behörden bei Abschiebung, Zurückweisung und Auslieferung (durch konkrete Fälle belegt) schreiben und veröffentlichen. Dazu suchen wir noch Material und Leute, die daran mitarbeiten wollen.

RAUMVERBOT AN DER UNI MÜNCHEN GEGEN LINKE GRUPPEN IST RECHTSWIDRIG

MÜNCHEN
JUNI 1978

Der Münchner Stadtzeitung 'Blatt' entnehmen wir folgenden Auszug einer Presseerklärung von Anwälten, die verschiedene linke Gruppen gegen das bayerische KuMi verteidigte:

'In zwei gleichlautenden Entscheidungen, die jetzt schriftlich vorliegen, hat das Bayerische Verwaltungsgericht München entschieden, daß die seit drei Jahren von der LMU München praktizierten Raumverbote gegen linke Gruppen rechtswidrig sind.

Wir erinnern uns alle an die Festnahme von ca. 500 Studenten auf einer verbotenen Versammlung am 19.5.76. Ein Teil dieser Studenten ist inzwischen wegen Hausfriedensbruch verurteilt worden.

Präsident Lobkowitz berief sich in diesen wie in anderen Fällen auf den Raumverbotserlaß. Aufgrund dieses Erlasses wurden seit 1975 linken hochschulpolitischen Gruppierungen an der LMU keine Hörsäle mehr zur Verfügung gestellt, während konservative Studentengruppen ihre Veranstaltungen durchführen konnten.

Durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wird dem Vorgehen der Univerwaltung gegen zahlreiche linke Gruppierungen an der Uni in den letzten Jahren nachträglich der rechtliche Boden entzogen.

Gleichwohl sind Kultusministerium und Präsident Lobkowitz offenbar entschlossen, an der Raumverbotspraxis festzuhalten. In einem Schreiben vom 8.11. an die ADK, mit der eine Diskussion zum Thema 'Gleichschaltung der Wissenschaft an den Hochschulen' verboten wird, heißt es, die Uni könne sich der Spruchpraxis des Verwaltungsgerichts aus grundsätzlichen Erwägungen nicht anschließen. Es muß ihnen daher anheimgestellt bleiben, die Raumzuweisung unter Zuhilfenahme des Bayerischen Verwaltungsgerichts zu betreiben.'

HOLLÄNDER PROTESTIEREN GEGEN BERUFSVERBOTE

Münster
Juni 78

Seit vier Jahren kämpft die Lehrerin Ulrike Schröter um ihre Einstellung in den Schuldienst. Frau Schröter wird vom Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen vorgeworfen, sie habe seit 1971 an fünf DKP-Veranstaltungen teilgenommen. Sie biete deshalb nicht die Gewähr, "positiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten."

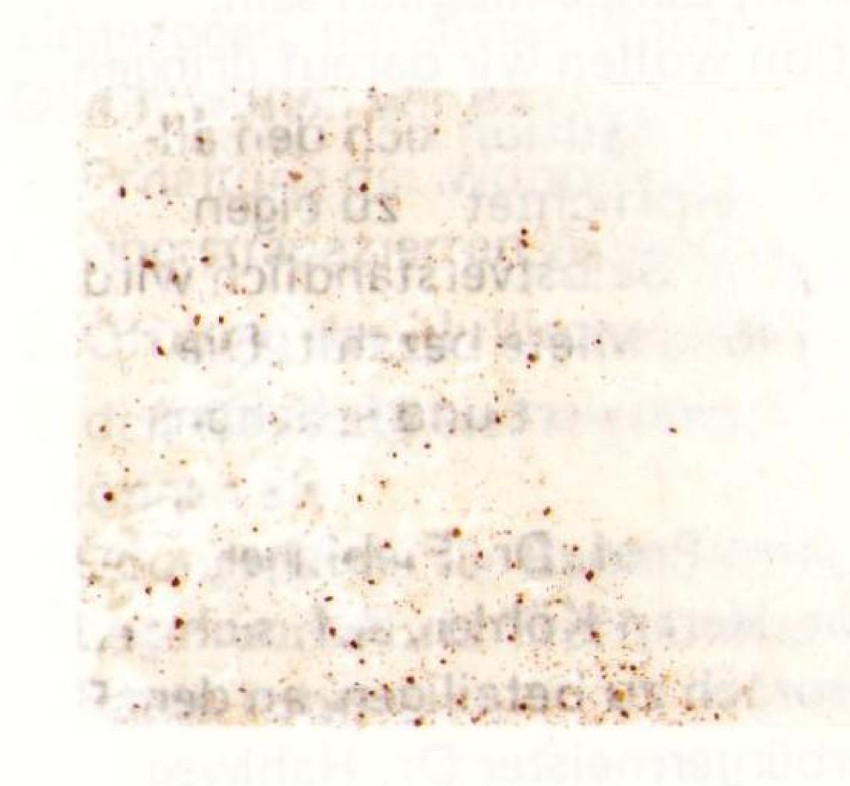
Ulrike Schröter legte Widerspruch ein, der abgelehnt wurde. Eine Klage gegen die Nichteinstellung wurde am 3.6.76 zu ihren Ungunsten entschieden. Jetzt sollte am 12. Mai die Berufungsverhandlung stattfinden. Die Revision wurde zur Überraschung vieler nicht – wie oft üblich – verworfen, sondern das Gericht will neuerlich in die Beweisaufnahme eintreten und Zeugen hören. Die Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote vermutet, daß dieser Erfolg einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken ist. So hatten sich als Prozeßbeobachter Initiativen aus der holländischen Partnerstadt von Münster im Gerichtssaal eingefunden. Außerdem erhielt das Gericht zahlreiche Informationen von Kollegen über die fachliche Qualifikation von Ulrike Schröter.

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90



3

Achtung, liebe Abonenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag

ZUR DISKUSSION UM DEN „FURCHTBAREN JURISTEN"

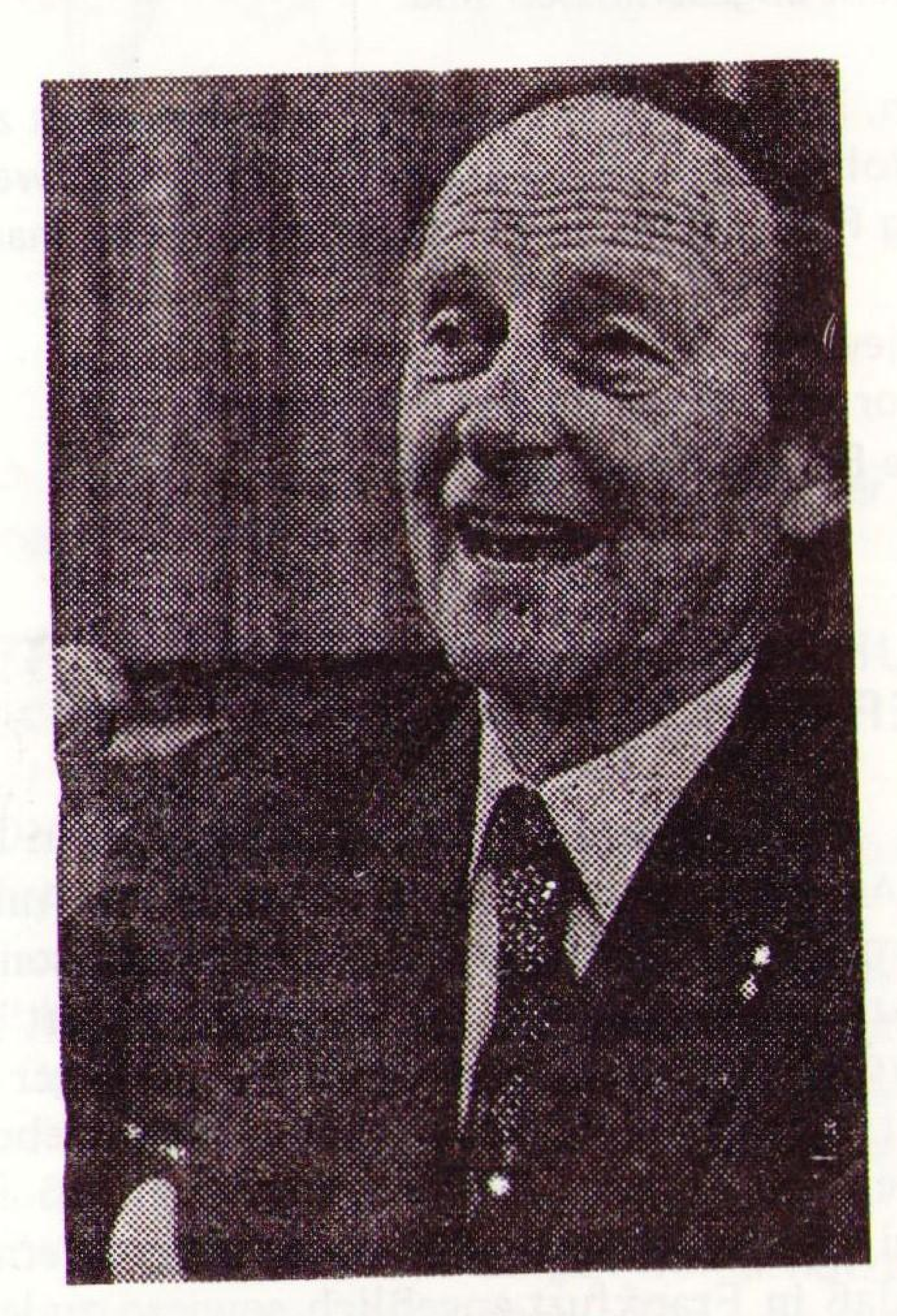
FRANKFURT 15.Juni *Bereits vor 2 Jahren war es einer Würzburger Wohngemeinschaft gelungen, Äußerungen des „furchtbaren Juristen" Filbinger zu seiner Vergangenheit richtig vorherzusagen. Wir veröffentlichten damals ihren ‚Bericht aus Bonn', den wir hier aus gegebenem Anlaß nochmals dokumentieren:*

Im Wortlaut:

Philisterpresident Milibinger vergreift sich am Wort:
„Sehr geleertes hohles Haus! Her r Fressident! Ich möchte noch einmal den Schandpunkt unserer Kartei beluglich des sogenannten „Besuchsverbotes" in der mir gebotenen Würze verklären. Für uns Mistdemokraten ist die reinheitlich-demagogische Pfundsordnung eine eilige Verrichtung, die es gilt mit allen Mitteln zu beleidigen!"
(seichter Reinfall bei CDU/CSU)
„Wir lassen nicht zu, daß linkslapidare Exkremente alles unternehmen, unser aller Saat von der Angel zu heben! Nicht mit grunz! Nicht mit grunz! Denn wer nicht auf den Zoten des Bumsgesetzes steht, dem können wir nur zurufen: Keine Geilheit für die Feinde unserer Geilheit!"
(rasanter Beischlaf aus der Matte, unterkrochen von Ausrufen wie: „So isses! Schwer wahr!")

Zwar haben unsere Verfassungsschmutzorgane in dieser Richtung absolut Vorkindliches geleistet, allerdings ist dabei die Hundsrepublik, geschührt von linkspastischen Meisen im In- und Lausland, einer hodenlosen Programmstimmung ausgesetzt. Immer noch wird in unserer alten Verlegenheit herumgesüffelt, die wir doch alle längst gescheut haben. Als ob wir für alle Verbrechen aus dieser weinseligen Zeit die Versandordnung übernehmen müßten. Da kann ich nur sagen, mitvernichten, mitvernichten!





Hans Filbinger

Verwiderwärtigen wir uns doch noch einmal der Vergreisung ungeschälter Landsläuse aus den Rostgebieten. Das darf doch nicht alles in Vesessenheit geraten! In dieser Rache kann ich die Herrn von der sozial-technokratischen Fiktion von einer Mitschuld nicht freisprechen. Verinnerlicht sei hier nur an die sogenannte Verhöhnung mit dem Pfosten, die pathetische Mitbestimmung, die Verselbständigung der Produktionsmittel, der von ihnen ferngesteuerte Schundfunk und die Kontrakte unserer Gezwerkschaften mit dem köstlichen DFB. Sogar den Privatwitz greifen sie an! Das keucht doch alles auf Systemverlängerung hinaus!
(emplößte Zwetschenrufe von der SPD: „Kein Wort rar! Meuchler!")

Es wird mit Ausflug aus dem Krahl getobt. Gerissene Heißerkeit bei CDU/CSU. Es werden Anschläge gefällt, den Redner wegfahren zu lassen.

„Den Stuß meiner Fehde, sehr verkehrte Abwesende, möchte ich mit einem Auswurf des Vorsitzenden unserer Schluderpartei verenden lassen: Mehret die Anfänge! Wir sind wieder mehr!"
(tobender Ablauf von den hinteren Hängen und schlechts: „Heiter so! Heiter so! Gut gejagt!" Vermainzelte Muhrufe von der linken Schnecke).